



Plenarprotokoll

43. Sitzung

Donnerstag, 8. November 2018

Gemeinsame Beratung		Flemming Meyer [SSW].....	3175
		Anita Klahn [FDP].....	3176
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen	3175	Serpil Midyatli [SPD].....	3178
		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3179
		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	3180
		Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD].....	3182
		Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	3182
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1011			
b) Einführung einer verpflichtenden Kita-Datenbank	3175	Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/1011 und des Antrags Drucksache 19/1018 an den Sozialausschuss.....	3184
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1018			

Schleswig-Holsteinischer Landespreis für Baukultur und Innovationen im Wohnungs- und Städtebau .	3184	Winternothilfe für Obdachlose - Land unterstützt die Wohnungslosenhilfe	3201
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/987		Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1049	
Özlem Ünsal [SPD].....	3184	Jörg Nobis [AfD].....	3201
Peter Lehnert [CDU].....	3185	Werner Kalinka [CDU].....	3202
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3186	Wolfgang Baasch [SPD].....	3203
Jan Marcus Rossa [FDP].....	3187	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3205
Jörg Nobis [AfD].....	3188	Dennys Bornhöft [FDP].....	3205
Lars Harms [SSW].....	3188	Flemming Meyer [SSW].....	3207
Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	3189	Monika Heinold, Finanzministerin	3208
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	3191	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1028 2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/1049.....	3209
Gemeinsame Beratung		Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2018 bis zum 30. Juni 2018	3209
a) Gutachten ernst nehmen - Schülerinnen und Schüler schützen ..	3191	Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 19/977	
Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1017		Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD], Berichterstatte... ..	3209
b) Beste Bildungschancen von Beginn an: Vorschulklassen an Grundschulen einrichten	3191	Beschluss: 1. Kenntnisnahme des Berichts Drucksache 19/977 2. Bestätigung der Erledigung der Petitionen.....	3210
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1022 (neu)		Bericht zum Planungsstand der A 20	3210
Martin Habersaat [SPD].....	3191, 3200	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1009	
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	3192, 3198	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	3210, 3230
Peer Knöfler [CDU].....	3193	Flemming Meyer [SSW].....	3212
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3195	Hans-Jörn Arp [CDU].....	3213, 3225
Anita Klahn [FDP].....	3196	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	3216, 3232
Jette Waldinger-Thiering [SSW]... ..	3197, 3199	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3219
Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur	3199	Kay Richert [FDP].....	3221
Beschluss: Ablehnung der Anträge Drucksachen 19/1017 und Drucksache 19/1022 (neu).....	3201	Volker Schnurrbusch [AfD].....	3223
Jetzt Winternotprogramm für Obdachlose auf den Weg bringen!	3201	Lars Harms [SSW].....	3224, 3228
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1028			

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	3226	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung besol- dungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften	3244
Christopher Vogt [FDP].....	3227		
Stephan Holowaty [FDP].....	3230		
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3232	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/746	
Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss zur abschließen- den Beratung.....	3233	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/790	
Gemeinsame Beratung			
a) Zweite Lesung des Entwurfs ei- nes Zustimmungsgesetzes zum Vertrag über die Förderung des jüdischen Lebens in Schleswig- Holstein	3233	Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 19/1004	
Gesetzentwurf der Landesregie- rung Drucksache 19/880		Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1048	
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 19/985		Thomas Rother [SPD], Berichter- statter.....	3244
b) Antisemitismus bereits in der Schule vorbeugen	3233	Beschluss: 1. Ablehnung der Ände- rungsanträge Drucksachen 19/ 1048 und 19/790 2. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/ 746 in der Fassung der Drucksache 19/1004.....	3244
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1019 (neu)		Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlaus- schusses	3244
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Berichterstatterin..	3233	Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordne- ten des SSW Drucksache 19/1020	
Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur	3233		
Tobias Loose [CDU].....	3235	Beschluss: Annahme.....	3245
Tobias von Pein [SPD].....	3236		
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3238	Entscheidung über die Zulässigkeit der „Volksinitiative zum Schutz des Wassers“	3245
Christopher Vogt [FDP].....	3240		
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	3241	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 19/1016	
Lars Harms [SSW].....	3242	Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatterin.....	3245
Beschluss: 1. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/ 880 2. Annahme des Antrags Drucksache 19/1019 (neu).....	3243	Beschluss: Annahme.....	3245

**Sammeldrucksache über Vorlagen
gemäß § 63 Absatz 1 a der Ge-
schäftsordnung des Schleswig-Hol-
steinischen Landtags**

* * * *

Drucksache 19/1041 (neu)

3245

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Beschluss: Annahme mit Ergänzung..

3245

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste
Stellvertreterin des Ministerpräsidenten**Reden zu Protokoll**

**Entscheidung über die Zulässigkeit
der „Volksinitiative zum Schutz
des Wassers“**

3246

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge-
sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei-
ter Stellvertreter des MinisterpräsidentenBericht und Beschlussempfehlung
des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/1016Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für
Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstel-
lungMarlies Fritzen [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN].....

3246

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissen-
schaft und KulturHans-Joachim Grote, Minister für Inneres,
ländliche Räume und IntegrationJan Philipp Albrecht, Minister für Energie-
wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita-
lisierungDr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft,
Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Wegen auswärtiger Verpflichtungen ist am heutigen Nachmittag Minister Jan Philipp Albrecht beurlaubt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Kollegen Lars Harms ganz herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren. - Alles Gute für das neue Lebensjahr!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, gemeinsam mit Ihnen möchte ich auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Schule aus Kiel ganz herzlich begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 12 und 24 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1011

b) Einführung einer verpflichtenden Kita-Datenbank

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1018

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile das Wort für die Abgeordneten des SSW dem Abgeordneten Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Zum Thema Kita möchte ich für den SSW eines vorab feststellen: Eine gute Bildung für unsere Kleinsten ist unabdingbar und etwas, wofür wir uns immer eingesetzt haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb begrüßen wir die umfassende Kita-Reform, die CDU, Grüne und FDP voranbringen wollen, ausdrücklich.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es ist gut und richtig, dass die Koalition diese Politik fortsetzt und sich vor allem auch weiter um Qualitätsverbesserungen bemüht. Hierbei haben Sie also genauso unsere Unterstützung wie bei der Weiterführung der Kita-Datenbank. Uns ist bei der Datenbank aber wichtig, dass nicht nur die groben pädagogischen Konzepte erfasst werden. Es muss auch ermittelt werden, welche Einrichtungen Angebote zur Minderheiten- und Regionalsprache machen und wie diese angenommen werden.

Auch mit Blick auf die Kita-Finanzierung ist klar, dass es sich um ein sehr kompliziertes System handelt. Eine faire und transparente Neuregelung zu schaffen, ist ein wirklich dickes Brett. Die Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit der Elternbeiträge, zu der die Regierung bis zum Kita-Jahr 2020/21 kommen will, ist wichtig, aber sie kann für uns nur ein Zwischenschritt sein. Der SSW fordert nach wie vor, dass alle frühkindlichen Bildungsangebote letztendlich für Eltern kostenfrei sein müssen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass in Sachen Kita-Reform viel Geduld gefragt ist. Hier sitzen nun einmal sehr viele Akteure mit sehr unterschiedlichen Interessen am Tisch. Für viele Familien können Verbesserungen aber nicht schnell genug kommen. Diesem Anspruch kann die Politik längst nicht überall gerecht werden. Aber wenn es um wirklich grundlegende Dinge geht, kann ich die Perspektive der Eltern gut nachvollziehen. Für den SSW ist klar: Wenn kein Betreuungsplatz zur Verfügung steht oder wenn es nur Angebote gibt, die sich mit dem Job und der Arbeit nicht vereinbaren lassen, dann muss wirklich schnell gehandelt werden. Der Verweis auf das Jahr 2021 hilft den Betroffenen sehr wenig.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz aller Bemühungen und trotz der immer höheren Ausgaben für unsere Kitas dürfen wir uns nichts vormachen: Viele Menschen stehen vor genau diesen grundlegenden Problemen. Statt mit pädagogischen Details beschäftigen sie sich mit der Frage, ob ihr Kind überhaupt betreut werden kann. Auch die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegen-

(Flemming Meyer)

heiten weist in ihrem aktuellen Bericht darauf hin, dass der Betreuungsbedarf im U-3-Bereich bis heute nicht gedeckt ist, und das, obwohl wir den Ausbau gemeinsam und sehr intensiv vorangetrieben haben. Ich denke, schon hier wird deutlich, dass es durchaus noch Lücken gibt, die wir dringend schließen müssen.

Der SSW will, dass wirklich alle Eltern von Kita-Kindern einen Betreuungsplatz finden, wenn sie ihn brauchen. Und wir wollen, dass sie dabei ein echtes Wunsch- und Wahlrecht haben. Sie sollen ihr Angebot möglichst frei wählen können, je nach gewünschter Betreuungszeit und pädagogischem Konzept. Vor allem in Fällen, in denen sie zur Arbeit pendeln und ihr Kind am Arbeitsort statt am Wohnort unterbringen müssen, brauchen sie einen klaren Betreuungsanspruch. Weil es aber gerade hier immer wieder hakt, haben wir den vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht. Nicht nur Standort- und Wohnortgemeinde, sondern die betroffenen Eltern selbst sollen einen einklagbaren gesetzlichen Anspruch bekommen. Dieser Schritt ist auch deshalb wichtig, weil wir damit einen entscheidenden Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten.

(Beifall SSW und SPD)

Vor diesem Hintergrund freut es mich natürlich, dass auch die Koalition dieses Ziel verfolgt. In einer Kurzübersicht zur Kita-Reform wird angekündigt, dass das neue Strukturmodell auch die Wahrnehmung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern stärken will. Statt der heute benötigten Genehmigung für eine Betreuung außerhalb der Wohngemeinde soll es zukünftig echte Wahlfreiheit geben. Die Kapazitäten hierfür sollen sich in den kommenden Jahren schrittweise über den Bedarfsplan und entsprechend der Elternnachfrage anpassen. Nach meiner Meinung ist es aber sinnvoll, dass wir jetzt nicht noch zwei Jahre warten, sondern dass wir schon Schritte unternehmen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf. - Jo tak.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kinder sind unsere Zukunft. Wir wollen junge Menschen ermutigen, Familien zu grün-

den und Kinder zu bekommen, und das Ganze, ohne Zukunftsängste haben zu müssen; ohne Angst, ob es finanziell machbar ist, ganz ohne Angst, ob es gelingt, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Es ist daher eine gemeinsame Aufgabe von Politik und Gesellschaft, junge Familien genau hier zu unterstützen.

(Beifall FDP, CDU und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

Ich finde, erfolgreiche Familienpolitik unterstützt junge Familien im Alltag und orientiert sich konkret an deren Bedürfnissen. Denn das traditionelle Familienmodell ist nicht mehr vorherrschend. Sowohl Väter als auch Mütter gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Die Arbeitswelt erfordert heute eine große zeitliche und auch räumliche Flexibilität. Um also Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, braucht es häufig ein großes organisatorisches Geschick, vor allem wenn die Kinder klein sind und man deswegen einen Betreuungsbedarf hat.

Gute und familienunterstützende Politik lässt sich also auch daran messen, ob sie die Verantwortung für ein gut ausgebautes, bezahlbares und vor allem verlässliches Betreuungsangebot übernimmt, welches auch ein individuelles Wunsch- und Wahlrecht der Eltern ermöglicht.

An dieser Stelle möchte ich ganz kurz auf den Gesetzentwurf des SSW eingehen. Ihr Antrag greift für die Eltern in der Tat einen sehr wichtigen Punkt auf, aber wir wollen keine Flickschusterei und betten dieses Thema daher in die bereits laufenden Prozesse zur großen Kita-Reform ein; denn um die Umsetzung sicherzustellen, brauchen wir eine bessere Bedarfsplanung als bisher. Für diese benötigen wir eine flächendeckende und zukünftig auch verpflichtende Kita-Datenbank, denn die ist seit Mitte 2016 als sogenanntes Kita-Portal modellhaft erprobt. Es ist einmal mit 60 Einrichtungen der Kindertagesbetreuung gestartet. Inzwischen nutzen 795 Kindertageseinrichtungen und 277 Tagespflegerpersonen diese Datenbank. Das ist genau das, was wir den Eltern anbieten müssen, um sich auf einfache Art und Weise informieren zu können.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

Die Kita-Datenbank soll den Familien die Suche nach einer für sie geeigneten Betreuung erleichtern, ihnen freie Kapazitäten aufzeigen sowie alle wichtigen Informationen über Öffnungszeiten, pädagogische Konzepte, Barrierefreiheit und Kosten bereitstellen. Ich greife den Wunsch des SSW, des Kolle-

(Anita Klahn)

gen Meyer auf, dass man natürlich auch die Sprache der Minderheiten einbringen kann. Das ist in der heutigen Zeit sicherlich alles gut machbar.

Aktuell ist auf diesem Portal allerdings nur die Bewerbung für einen Betreuungsplatz vorgesehen, perspektivisch sollte es - so denke ich - möglich sein, auch die Anmeldung darüber abzuwickeln. Aber, und das ist der ganz große wichtige Punkt, diese Datenbank dient gleichzeitig den Trägern und Kommunen als verlässliche Grundlage für die Bedarfsplanung; denn sie beinhaltet Auswertungsmöglichkeiten im Bereich der Statistiken auf Gemeinde- und Trägerebene, ein automatisches Erstellen der Kinder- und Jugendhilfestatistik, aktuelle Wartelisten, freie Plätze in der Kita, Soll- und Ist-Vergleiche bei der Belegung, Berichte über die Anzahl auswärtiger Kinder sowie über die betreuten Integrationskinder.

Wer sich die Zeit nehmen möchte und es einmal nutzt, wird sehen, wie einfach es ist und wie schnell es funktioniert. Es kommt den Familien entgegen, dass sie das zu Hause in der ihnen zur Verfügung stehenden Freizeit erledigen können und dafür nicht einen Tag Urlaub nehmen müssen, um die einzelnen Kitas abzufahren, um zu fragen, wann sie eventuell einen Platz frei haben könnten.

(Beifall FDP)

Die Planung geht weit in die Zukunft.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete Klahn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Martin Habersaat?

Anita Klahn [FDP]:

Ja, klar. Er ist jetzt wach geworden.

(Zuruf SPD: Er hat ja jetzt ein Kleinkind!)

Martin Habersaat [SPD]: Das Thema bewegt mich derzeit.

- Das kann ich verstehen. Ich habe es hinter mir.

Deswegen wollte ich ein kurzes Statement, verbunden mit einer Frage, abgeben.

Tatsächlich schauen Sie in diesem Onlineportal nach, welche Kitas es gibt, angeblich mit dem Ziel, die am besten geeignete Kita mit dem besten pädagogischen Konzept zu finden. Letztendlich sind Sie aber froh, wenn überhaupt irgendeine Kita einen Platz hat, und das pädagogische Konzept ist dann bei dieser Frage völlig irrelevant. Sie melden

sich dann bei diesem Kita-Portal an. Die Anmeldung wird aber nur dann aktiv und gilt, wenn Sie sich persönlich bei der Kita vorstellen. Das bedeutet, Sie melden sich online bei zehn Kitas an, die eigentlich keinen Platz haben, marschieren zu zehn Kitas hin, von denen Sie dann die Antwort bekommen, dass sie keinen Platz hätten, aber vielleicht eines Tages ja doch. Im Detail ist noch einiges zu tun, und es ist nicht ganz so positiv wie dargestellt.

- Herr Kollege Habersaat, wir haben ja - und an dieser Stelle brauchen wir keine Fronten zwischen den Regierungsparteien und den Oppositionsparteien aufzumachen - in der letzten Legislaturperiode gemeinsam daran gearbeitet, fraktionsübergreifend die Grundlagen, die Ideen für dieses Portal zu entwickeln. Genau aus diesem Grund heraus, den Sie eben geschildert haben, ist es wichtig, die Zahl der Plätze zu erhöhen, da wir viel zu wenig davon haben.

Aus der Kommunalpolitik hören Sie Argumente wie: Wir haben genug Plätze, wir haben sogar zu viele Plätze. Wir brauchen keine weiteren mehr. Die Eltern beschreiben jedoch auf der anderen Seite genau das, was Sie eben ausführten. Das ist doch genau der Grund, warum wir die Kita-Datenbank flächendeckend verpflichtend einführen müssen, damit wir eine Bestandsaufnahme haben und im Zweifel einer Kommune sagen könnten, dass sie noch 40 Plätze einrichten muss, wenn entsprechender Bedarf besteht. Es ist für die Eltern unzumutbar, nicht zu wissen, ob sie zu dem Zeitpunkt der Wiederaufnahme ihrer Arbeit nach der Erziehungszeit den Betreuungsplatz bekommen werden, um nicht ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

(Beifall FDP und CDU)

Ihre Frage, Herr Habersaat, ist das beste Argument für die Kita-Datenbank. Vielen Dank dafür.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Habersaat hat gerade aus eigener Betroffenheit bestens begründet, warum die Notwendigkeit besteht, alle Einrichtungen zu erfassen und es verpflichtend zu machen. Denn dann haben Eltern einen guten Überblick und können ihre Wahl treffen. Kommunen können früher Bedarfe erkennen und darauf reagieren. Ich verbinde damit die Hoffnung, dass Eltern nicht mehr verzweifelt auf den erlösenden Bescheid warten müssen, ob sie überhaupt den Betreuungsplatz bekommen, ob sie ihre berufliche Tätigkeit fortführen können und so weiter.

(Anita Klahn)

Meine Damen und Herren, gute und familienunterstützende Politik erkennt, was Familien wollen. Ich denke, dass ich für alle Fraktionen hier sprechen kann, dass wir diese Verantwortung gemeinsam tragen und nach Lösungen suchen. Denn anders können wir die große Kita-Reform nicht nachhaltig gestalten.

Den Gesetzentwurf des SSW würden wir in den Ausschuss zur Beratung überweisen, wie es vorgesehen ist. Ich sage an dieser Stelle ehrlich, wir könnten über den Antrag zur Kita-Datenbank auch abschließend abstimmen, aber ich verschließe mich nicht einer weiteren Beratung im Ausschuss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Serpil Midyatli.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Serpil Midyatli [SPD]:

Jetzt darf ich dir das von hier erklären, lieber Martin Habersaat.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht einmal vorne weg, auch wenn das nicht auf der Tagesordnung, was die Anträge betrifft, steht: Lieber Flemming, wir freuen uns als SPD-Fraktion sehr, euch hier an unserer Seite zu haben, denn die Beitragsfreiheit ist und bleibt natürlich das Ziel der SPD-Fraktion. Wir freuen uns immer wieder, euch an unserer Seite zu wissen - vielen herzlichen Dank dafür.

(Beifall SPD)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegin, die Kita-Datenbank - wie bereits erwähnt - ist 2016 auf Wunsch der Kommunen, der freien Träger und des Landes an den Start gegangen. Der Dialog der damaligen Küstenkoalition hatte zu erheblichen Verbesserungen in der Kinderbetreuung geführt. Wir haben damals immer gesagt - daher gerade das Zwiegespräch mit Herrn Habersaat -: Ausbau, Ausbau, Ausbau; das ist das Wichtigste. - Selbstverständlich müssen wir auch über Qualität reden, aber was nützt es den Eltern, wenn wir nur über Qualität reden, sie aber gar keinen Platz haben oder sich diesen erst gar nicht leisten können? In dieser Zeit sind über 13.000 Krippenplätze entstanden, und erhebliche Verbesserungen im Bereich der Qualitäts- und

Fortbildungsmaßnahmen der Erzieherinnen und Erzieher wurden erzielt. Dafür haben wir damals mehr als 300 Millionen € eingesetzt; diese sind direkt vom Land an die Träger und an die Kommunen geflossen.

Eine der weiteren Maßnahmen war, deswegen zähle ich das auf, die Kita-Datenbank beziehungsweise das Kita-Portal, welche uns, so der Plan - das sagte Frau Kollegin Anita Klahn auch schon -, Informationen über die Platzsituation, die Gebührenordnung und die pädagogischen Konzepte in der schleswig-holsteinischen Kita-Landschaft geben sollte - vollfinanziert vom Land. Wie gesagt, dies wurde hier auf Wunsch der Träger und der Kommunen geschaffen. Es ist also, müsste man sagen, eine Win-win-Situation sowohl für das Land, die freien Träger, die Kommunen als selbstverständlich auch für die Eltern.

Dass sich die Kita-Datenbank bis heute nicht füllt, ist mega bedauerlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das möchte ich einmal ganz deutlich feststellen. Hierfür hatten uns die freien Träger und die Kommunen ihre Zusammenarbeit fest zugesagt; dies war damals die Vereinbarung, die zwischen dem Land und den beiden Partnern getroffen worden ist. Daher scheint dies nur die einzige Lösung zu sein - Herr Minister Garg, da haben Sie uns auch fest an Ihrer Seite -, diese jetzt verpflichtend einzufordern, denn leider passiert dies nicht freiwillig. Herr Minister Dr. Garg, von daher unterstützen wir Sie sehr gern bei Ihrem Vorhaben. Wir haben aber bereits verkündet - vor einigen Monaten war das schon einmal Thema -, dass Sie uns hierbei an Ihrer Seite haben werden; und von daher wird das hier die allermeisten Kolleginnen und Kollegen auch nicht verwundern.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Kommen wir wieder zu einem sehr wichtigen Thema für die Familien - lieber Flemming, das ist sozusagen auch ein Plädoyer für euren Antrag -: die Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung. Das ist selbstverständlich ein sehr wichtiges Anliegen für die Familien. Schon jetzt ist im Kita-Gesetz geregelt, dass auch dies, wenn Eltern aus besonderen Gründen einen Platz außerhalb ihrer Wohnortgemeinde in Anspruch nehmen wollen, vielleicht an einem anderen Ort, gestattet ist. Die Nähe zum Arbeitsplatz ist nicht klar geregelt. Das heißt: Die Möglichkeit besteht zwar schon, aber es kommt immer wieder zu Streitigkeiten zwischen Eltern und der Wohnortgemeinden, denn diese wollen die Kosten nicht übernehmen.

(Serpil Midyatli)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus Sicht der Gemeinden kann ich dies sehr gut nachvollziehen, denn auch die Gemeinden - liebe Frau Klahn, das machen diese schon - müssen natürlich eine Bedarfsplanung machen und sich auf den bedarfsgerechten Ausbau und die Bereitstellung der Plätze einrichten. Das machen die Städte und Gemeinden, wie gesagt, schon jetzt. Aber ich sage hier ganz deutlich: Bedarfsgerecht ist nur, was familiengerecht ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das heißt: Wir müssen uns hierauf einstellen und unsere Politik dahin gehend ausrichten, dass das, was die Familien am meisten brauchen, vor Ort auch umgesetzt wird. Von daher unterstützen wir auch hierin euren Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen vom SSW.

(Beifall SPD und SSW)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine riesige Herausforderung. Der Arbeitsmarkt und die Betreuungssituation in Kitas und Grundschulen - da können wir gern noch ein neues Fass aufmachen - stellen die Familien wirklich jeden Tag auf eine harte Probe. Das Betreuungsgerüst vieler Familien ist sehr fragil. Wenn ein Teil wegfällt, fällt das gesamte System komplett zusammen. Ich freue mich, dass wir hier im Landtag so viele junge Väter haben, weil wir als Familienpolitiker dadurch endlich, so glaube ich, in allen Fraktionen deutlich mehr Unterstützung bekommen, als wir dies vielleicht vorher hatten.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Zur Ferienbetreuung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht jeder im Land ist Landtagsabgeordnete oder Landtagsabgeordneter und hat eine sechswöchige sitzungsfreie Zeit. Sommerferien von sechs Wochen sind in der Kita, aber auch in der Grundschule eine riesige Herausforderung. Von daher unterstützen wir den Antrag vom SSW sehr. Wir freuen uns, dass er im Gesetz Klarheit sowie eine Konkretisierung bringt. Daher freuen wir uns selbstverständlich auch auf die Beratung im Ausschuss mit Ihnen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon einmal schön, dass es hier im Haus offensichtlich in ein paar Punkten Einigkeit gibt:

Erstens beim langfristigen Ziel der Beitragsfreiheit. Auch das ist, sowohl bei uns Grünen als auch in der Jamaika-Koalition, in allen Parteien ein langfristiges Ziel. Es kann nicht sein, dass man, wenn man schon einen Bildungserfolg hat und bis zum Studium gekommen ist, beitragsfrei studieren kann, die Kleinen aber sozusagen „bezahlen“ müssen. Wir streiten uns dabei aber noch über den Weg, ob wir es sofort machen oder in Schritten.

Zweitens. Liebe Frau Midyatli, wir sind uns einig, dass wir in der letzten Koalition mit mehr als 300 Millionen € schon sehr viel für den Ausbau und die Qualitätsverbesserung gemacht haben. Auch in dieser Koalition werden wir noch einmal - auch dank besserer Haushaltslagen - mehr als 500 Millionen € für die Kitas ausgeben. Das heißt: In diesem Haus hat die Kita-Politik schon lange und noch immer einen hohen Stellenwert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nun stehen wir aber vor einer Herausforderung: Auf der einen Seite wollen wir, dass Eltern schnell einen Platz bekommen. Herr Kollege Habersaat hat ja wirklich sehr emotional - zu Recht emotional - vorgetragen, wie schwierig es ist, einen bezahlbaren Kitaplatz zu bekommen. Ich erlebe es vor Ort auch immer wieder, dass Leute wirklich verzweifelt sind. Leute, die wir auf dem Arbeitsmarkt wirklich brauchen wie Alten- und Krankenpflegerinnen, finden keine Kita-Betreuung. Das ist wirklich eine Katastrophe. Deshalb machen wir dazu etwas; wir unterstützen mit einem Sofortprogramm kurzfristig den Ausbau von Kita-Plätzen.

Aber wir haben gleichzeitig den Wunsch, dass alle Eltern auch die Wahlfreiheit haben, sich die Kita zu suchen, die zu ihren, aber auch zu den Bedürfnissen des Kindes - es ist mir besonders wichtig, deutlich zu machen, dass für uns das Kind im Vordergrund steht - passt. Das hat damit zu tun: Möchte ich einen religiösen Kindergarten? Möchte ich einen Kindergarten der dänischen Minderheit? Möchte ich einen Kindergarten, in dem plattdeutsch unterrichtet wird oder, oder? Das sind Dinge, die ich in Pinneberg nicht finde, die ich aber auch sonst nicht finde. Daher ist dies - da hat Herr Habersaat völlig recht - eine völlige Irreführung der Debatte. Ich kann als Elternteil froh sein, wenn ich überhaupt einen Platz bekomme, ob das dann ein evangeli-

(Eka von Kalben)

scher, ein AWO-Kindergarten oder sonst etwas ist, kann ich mir im Moment überhaupt nicht aussuchen.

Insofern, lieber SSW, finde ich Ihren Antrag zwar total richtig und wichtig - wenn man berufstätig ist und die Kita auf dem Arbeitsweg liegt, kann das zumindest für die Eltern sehr gut sein, ob das für die Kinder aber immer das Richtige ist, muss man dann entscheiden -, aber im Moment stehen wir gar nicht vor diesen Wahlfreiheiten, sondern vor der Herausforderung, dass die Kommunen planen und ausbauen müssen. Auch brauchen wir die Kommunen - das ist uns wichtig - bei dieser Reform. Lieber SSW, wir brauchen - an dieser Stelle sind wir uns einig - die Reform. Wir wissen alle, wie die Diskussionen bei den Kommunen im Moment laufen. Dort gibt es für die Vorschläge, die wir machen, keine große Begeisterung. Deshalb wäre es meiner Meinung nach jetzt ganz falsch, einen Schritt der Reform vorzuziehen, obwohl ich weiß, dass dahinter häufig Eltern stehen, die betroffen sind. Ähnliches haben wir ja auch bei den Beiträgen. Auf jeder Veranstaltung, wo ich bin, fragen die: Warum kommen die Beitragssenkungen erst 2020? In manchen Kommunen - das habe ich gestern gehört -, beispielsweise in der Kommune Schwientental, soll der Beitrag in letzter Minute noch um 75 € für einen Krippenplatz erhöht werden.

(Serpil Midyatli [SPD]: Die SPD ist dagegen!)

- Das freut mich, denn dann müsste es eigentlich eine Mehrheit dagegen geben. Ich habe eine andere Aussage gehört, aber es ist schön, dass - -

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Ja, egal. Das können wir gleich noch einmal klären. Offensichtlich lautet die gute Botschaft: In Schwientental wird es keine Erhöhung geben, weil die SPD auch dagegen ist. Dann haben wir eine Mehrheit, wunderbar.

(Zurufe SPD - Beifall Christopher Vogt [FDP])

Das werde ich an dieser Stelle weitergeben; das freut mich. Insofern - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Ja, wir sind dagegen!)

- Ja, dann haben wir mit euch ja eine Mehrheit, liebe Frau Midyatli. Es ist alles super. Dieses Problem ist gelöst. Aber in vielen anderen Kommunen, wo wir nicht die Mehrheit haben, ist es nicht gelöst. Insofern drängeln die Eltern natürlich.

(Christopher Vogt [FDP]: Das löst aber das Problem nicht!)

- Es ist völlig klar, dass das Problem so lange nicht gelöst ist, bis wir die Reform haben.

Trotzdem - um auf den Punkt zurückzukommen - können wir die Dinge nur gemeinsam angehen. Wenn wir einzelne Punkte herausgreifen, dann bekommen wir keine Zustimmung zu dieser Reform, und die brauchen wir.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Genauso brauchen wir dieses Kita-Portal. Um darauf näher einzugehen, fehlt mir jetzt die Zeit; aber da gibt es ja große Einigkeit. Viele vor Ort haben Angst davor - das möchte ich schon noch ansprechen -, dass ihnen, wenn sie jetzt dieses Portal benutzen müssen, noch mehr Arbeitskraft flöten geht. Deswegen ist es so wichtig, dass wir bei der Reform die Leitungskräfte entlasten. Wir müssen auch darüber nachdenken, ob wir pädagogische Kräfte noch mehr von Verwaltungsarbeit und Hauswirtschaftsarbeit entlasten, damit die wertvolle Arbeit der Pädagogen auch wirklich beim Kind ankommt; denn darum geht es bei unserer ganzen Kita-Politik. Es geht nicht nur um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern es geht um unsere Kinder in Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon viel gesagt worden, und ich kann dem kaum widersprechen. Aber ich will noch einmal unsere Sichtweise beleuchten. Auch für uns ist es natürlich eines der wichtigsten Vorhaben, die die Jamaika-Regierung auf die Schiene stellt. Wir bekennen uns dazu, dass wir Qualität und frühkindliche Betreuung an die erste Stelle setzen, und wir wollen diese ganze Art der Vorbildung oder Bildung der Kinder stärken. Dazu gehört allerdings auch - das müssen wir immer wieder sagen -, dass wir die Kommunen dabei nicht im Stich lassen. Wir wollen sie dabei unterstützen, diese Angebote vorzuhalten und für ein bedarfsgerechtes und ausreichendes Betreuungsangebot zu sorgen. Das ist uns wichtig. Wir wollen die Kita-Gesetzgebung aus den 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts reformieren. Wir haben ja auch

(Katja Rathje-Hoffmann)

schon einen Zwischenbericht von Minister Garg gehört. Man hat mittlerweile einen Eindruck, wohin die Reise gehen wird.

Besonders hervorheben möchte ich, dass wir bei der fürchterlich komplizierten Kita-Finanzierung in Schleswig-Holstein einen immensen Reformbedarf haben. Wir haben sieben Fördererlasse, 13 Regelungsbereiche mit weiteren 32 Kriterien. Meine Damen und Herren, dagegen ist Wirrwarr etwas Einfaches. Ich habe gerade mit einem Bürgermeister gesprochen - er sitzt auf der Bank hier im Parlament zufällig neben mir -, der mir erzählt hat, wie schwierig es für die Gemeinden ist, die Gelder, die wir ihnen zur Verfügung stellen, irgendwann in den Händen zu halten.

(Beate Raudies [SPD]: Das liegt aber auch am Kreis Pinneberg! - Heiterkeit)

- Das hat er auch gesagt. Insofern besteht da wirklich Bedarf, etwas neu zu regeln.

Meine Damen und Herren, wir wollen die Qualität im Interesse der Eltern verbessern. Wir wollen die Kommunen entlasten, und natürlich wollen wir auch die Eltern entlasten. Das ist ganz klar. Das alles geschieht gemeinsam mit allen am Verfahren Beteiligten, mit der LAG der freien Wohlfahrtsverbände, mit den Elternverbänden und natürlich auch mit den kommunalen Landesverbänden.

Wir haben gehört - das ist kein Geheimnis -: Es gibt nicht überall Eintracht, und es gibt nicht überall Zustimmung. Aber alle sagen, dass der Weg, den wir gehen wollen, richtig ist. Bei dem, was wir gemeinsam machen, müssen wir wahrscheinlich ein paar Kompromisse finden. Aber uns eint das Ziel, die Kita-Finanzierung und die Kita-Betreuung in Schleswig-Holstein zu verbessern.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, ein fester Bestandteil dieser Reform ist die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts. Es ist eine seit Langem erhobene Forderung von Eltern, an ihrem Arbeitsplatz einen Kita-Platz in Anspruch nehmen zu können. Wir alle wissen, dass dieses Wunsch- und Wahlrecht im SGB VIII, also im Achten Sozialgesetzbuch, festgeschrieben ist. Ich glaube, wir sollten das in unsere neue Planung einfließen lassen - das ist wichtig -, um den Eltern auch da entgegenzukommen und um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die - Serpil hat es gesagt - wirklich sehr schwer zu erreichen ist, zu verbessern.

Ein Weiteres möchte ich erwähnen. Ich finde es besonders ungerecht, dass es für Eltern vor und hinter Kreisgrenzen unterschiedliche Sozialstaffeln gibt. Auch das möchten wir ändern. Ich möchte das an dieser Stelle noch einmal betonen. Wir wollen diese Ungerechtigkeit beenden, damit Eltern, die wenig Geld haben, überall in Schleswig-Holstein die gleichen Voraussetzungen und Bedingungen haben, um ihre Kinder betreuen zu lassen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ungerecht ist auch, dass Eltern in Neumünster 139 € und Eltern am Hamburger Rand 740 € für die gleiche Leistung bezahlen müssen. Auch das wollen wir ändern. Wir wollen die Heterogenität bei den Gebühren ändern, indem wir uns auf ein Standardkostenmodell einigen, durch das mehr Kostentransparenz für die Eltern, aber auch für die Träger und vielleicht auch für die Politik - auch das ist ja nicht falsch - geschaffen wird.

Zudem möchten wir den Betreuungsschlüssel verbessern. Wir wollen die Leitungen freistellen. Natürlich sollen bei den Erzieherinnen in der Gruppe auch die Vor- und Nachbereitungszeiten, die besonders wichtig sind - für Elterngespräche und so weiter -, berücksichtigt werden.

Um das alles und noch viel mehr auf einen vernünftigen Weg zu bringen und um eine Grundlage für die Planung zu schaffen, brauchen wir die verpflichtende Teilnahme aller vom Land geförderten Träger an der Kita-Datenbank. Es macht überhaupt keinen Sinn, dass das weiter auf freiwilliger Basis geschieht. Wenn nur 1.000 von 1.732 Einrichtungen daran teilnehmen, ist das ein Flickenteppich und schafft keine vernünftige Datengrundlage. Die jedoch brauchen wir für das Portal. Wir brauchen sie natürlich auch für uns sowie für die Einrichtungen und Träger. Wir wollen da die Öffnungszeiten abbilden; das haben wir alles schon gehört. Das Stichwort „Barrierefreiheit“ ist noch nicht genannt worden. Ich finde es wichtig, dass auch das da drinsteht.

Meine Damen und Herren, wir setzen uns für eine vernünftige Datengrundlage für eine tolle Betreuung in Schleswig-Holstein ein. Da sind wir auf einem guten Weg. Wir können im Ausschuss noch ein bisschen weiter diskutieren. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat die Abgeordnete Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein das Wort.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Beim Start des landesweiten Kita-Portals ging die damalige Landesregierung davon aus, dass bereits zum Ende des Jahres 2016 der Großteil aller Kindertagesstätten darin erfasst sein würde. Leider haben sich diese Erwartungen nicht erfüllt. Stattdessen wurde in den regionalen Medien im Frühjahr dieses Jahres berichtet, dass sich nur vier von zehn Tagesstätten in die Kita-Datenbank eingetragen haben. Bei den Tagesmüttern waren es noch nicht einmal 20 %.

In Schleswig-Holstein profitieren wir auf dem Gebiet der Kinderbetreuung von einer großen Vielfalt an kommunalen und freien Trägern. Deshalb ist es nur konsequent, interessierte Eltern flächendeckend, übersichtlich und transparent über freie Plätze, Betreuungszeiten, Gebühren und pädagogische Konzepte zu informieren. Gleichzeitig sollte damit auch eine effiziente Grundlage für die Bedarfsplanung der örtlichen Gemeinden erreicht werden. Natürlich muss auch die wirtschaftliche Situation von Eltern im Blick bleiben.

Gute Betreuung unserer Kinder - ich glaube, da sind wir uns alle einig - ist für uns eines unserer Hauptanliegen. Vor diesem Hintergrund ist die Initiative für eine in Zukunft verpflichtende Kita-Datenbank konsequent, und sie wird von uns als AfD-Fraktion ausdrücklich unterstützt.

Zum Gesetzentwurf des SSW. Es ist für die AfD-Fraktion ebenfalls ein Herzensanliegen, dass Beruf und Familie gut vereinbar sind. Das im Gesetzentwurf des SSW zum Ausdruck kommende Anliegen, beim Besuch von Kindertagesstätten außerhalb der eigenen Gemeinde Unstimmigkeiten im Kostenerstattungsverfahren zu vermeiden, können wir in familienpolitischer Hinsicht nur unterstützen. Allerdings haben wir Bedenken, ob der dazu vorgeschlagene Weg einer bloßen Ergänzung von § 25 a des Kindertagesstättengesetzes ausreichend ist; denn dort wird zuallererst auf gesetzliche Bestimmungen des SGB VIII Bezug genommen. Diese Gesetzesystematik sollte nicht relativiert werden, was im Rahmen der anstehenden Ausschussberatungen ausführlich zu erörtern sein wird. Wir befürworten dementsprechend die Überweisung des Gesetzentwurfs in den Sozialausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat das Wort der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst einmal einen herzlichen Dank an die Vorrednerinnen und Vorredner für die Debatte, vor allem die Art und Weise, in der sie geführt wurde. Ich glaube, heute ist ein guter Tag für Kinder, Familien, aber auch für Erzieherinnen und Erzieher in Schleswig-Holstein, weil die Botschaften unmissverständlich und deutlich waren. Ich fühle mich in dem Kurs der Landesregierung durch fast alle Debattenbeiträge bestätigt. Denn die Landesregierung ist angetreten, eine grundlegende Kita-Reform auf den Weg zu bringen. Ich glaube, wir können sagen, dass wir im Sozialausschuss auf einem sehr guten Weg sind. Im September hat mein Staatssekretär bereits einen ersten Zwischenbericht abgegeben und noch einmal ausführlich die Ziele der Landesregierung erläutert.

Was wir beenden wollen, ist das kurzfristige Nachsteuern auf dem Erlasswege - so, wie es in der Vergangenheit ja gang und gäbe gewesen ist. Deswegen sind wir auch gegen kurzfristige Reförmchen während des laufenden grundlegenden Reformprozesses. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein Reformprozess, in den wir Eltern, Träger und kommunale Landesverbände mit einem sehr straffen Arbeitsprogramm in einem einmaligen Beteiligungsprozess - wie ich meine, zu Recht - sehr eng eingebunden haben.

Die Ziele der Reform sind dabei vollkommen klar: Die Basis guter Kita-Qualität soll überall im Land gesichert werden, die Elternbeiträge sollen landesweit einheitlich gedeckelt werden, die Kommunen sollen entlastet werden, und vor allem soll allen Familien die Kindertagesbetreuung ermöglicht werden, die Kindertagesbetreuung, die die Familien auch tatsächlich benötigen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da spielen mehr Transparenz, Planbarkeit und Fairness in der Kita-Finanzierung eine Rolle. Meine Damen und Herren, das ist die Basis für mehr Betreuungsangebote, die zur Lebenswirklichkeit von

(Minister Dr. Heiner Garg)

Familien passen, und es bedeutet mehr Bildungs- und Betreuungsqualität für die Kleinsten. - Darum geht es. Das ist der Kern, das ist das Ziel dieser Reform.

Dies umfasst auch die Weiterentwicklung der Kita-Datenbank zu einem aussagekräftigen, verlässlichen und verbindlichen Angebot für Eltern, Einrichtungen und Kommunen. Deshalb freue ich mich über den vorliegenden Antrag, mit dem eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt wird. Mein Ziel ist es, die Teilnahme an der Kita-Datenbank für alle Kindertageseinrichtungen im Rahmen der Reform verbindlich festzuschreiben und dabei auch die Tagespflegepersonen flächendeckend aufzunehmen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Serpil Midyatli, die Kita-Datenbank ist eine gute Idee. Aber ich glaube, wir sind uns einig - so ein bisschen ist das auch in Ihrem Beitrag durchgedrungen -: Sie kann mehr leisten. Die Kita-Datenbank ist nämlich erst dann ein wirklich hilfreiches Angebot, wenn Eltern nicht nur für einen Teil, sondern für alle Betreuungsangebote Informationen abrufen können und optimalerweise die Anmeldung des Kindes in der Wunschrichtung tatsächlich online von zu Hause aus erfolgen kann. Das war so ein bisschen der Gegenstand der Intervention des Kollegen Habersaat bei der Rede der Kollegin Klahn; die Kollegin Klahn hat nämlich die Zukunft beschrieben, und Sie haben die Gegenwart erläutert und auch Ihre leidvollen Erfahrungen geschildert. - Das ist die Zukunft, Herr Kollege Habersaat. Das sage ich, bevor Sie noch einmal an das Mikrofon gehen.

(Heiterkeit - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Ein vollständiger Überblick über das Betreuungsangebot in der Region würde - wie bereits angedeutet - beinhalten, dass sich auch Tagespflegepersonen in der Kita-Datenbank präsentieren können.

Aber auch für die Träger und die Einrichtungen ist eine für alle verpflichtende Kita-Datenbank ein Gewinn. Ich will das ausdrücklich sagen. Sie gewährleistet, dass Kinder, die in mehreren Einrichtungen parallel angemeldet werden, nur einmal als Bedarf erfasst werden.

Das bringt auch für die Kommunen einen ganz wesentlichen Fortschritt bei der Ermittlung der tatsächlichen Bedarfe an Betreuungsplätzen. Damit würde die Kita-Datenbank zugleich ein verlässliches Planungsinstrument für die Bedarfsermittlung

und den Ausbau des Betreuungsangebots in Schleswig-Holstein darstellen.

Damit komme ich jetzt zum Antrag des SSW. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist eines der Kernziele der Landesregierung, das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern bei der Auswahl von Kita-Plätzen zu stärken.

(Beifall FDP und CDU)

Das Wunsch- und Wahlrecht erlaubt den Eltern, im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zwischen verschiedenen Trägern zu wählen. Tatsächlich ist dieses Recht - das haben fast alle Vorrednerinnen und Vorredner zutreffend dargestellt - bisher durch sehr enge Vorgaben des Gesetzes eingeschränkt. Mit der Reform ist geplant, den Eltern eine verbesserte Wahrnehmung ihres Wunsch- und Wahlrechts zu ermöglichen. Dies erfordert aber nicht nur eine angemessene Berücksichtigung der bestehenden Kapazitäten, sondern auch eine Anpassung von Strukturen, die genau das reibungslos ermöglichen. Wir werden mit der Kita-Reform das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern stärken. Damit soll die bisher erforderliche Genehmigung einer Betreuung außerhalb der Wohnortgemeinde zukünftig entfallen.

(Beifall FDP)

Das bedeutet auch, dass sich die Kapazitäten mittelfristig und schrittweise der Elternnachfrage anpassen können. Die Betreuung des Kindes am Arbeitsort ist ein Paradebeispiel für einen Wunsch nach auswärtiger Betreuung.

Ich freue mich, dass der SSW dieses Ziel aufgreift. Ich will aber auch sagen, dass ich den vorliegenden Antrag zum jetzigen Zeitpunkt für nicht ganz so zielführend halte. Es gibt aus meiner Sicht nur wenig Sinn - mitten im laufenden Reformprozess, mitten in der Neustrukturierung mit allen Beteiligten -, Details an einem in Kürze vollständig überholten Kindertagesbetreuungsgesetz zu reparieren, zumal der Gesetzentwurf die notwendigen administrativen Änderungsbedarfe ausblendet. In Wahrheit wissen Sie das ja auch. Sie haben ja auch fünf Jahre mitregiert. Sie wissen auch, dass es nicht einfach mit der einen Stellschraube getan ist, sondern dass Sie auch entsprechend beim Planungsrecht nachsteuern müssen. Wir wollen das jetzige System an der Stelle nicht noch weiter chaotisieren. Ich greife das jetzt einmal auf; ich weiß gar nicht, wer es gesagt hat - ich glaube, es war die Kollegin Klahn.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Entwurf für das umfassend neu gefasste Gesetz soll

(Minister Dr. Heiner Garg)

dem Landtag im Sommer 2019 vorliegen. Mein Ziel ist, dass es 2020 in Kraft treten soll.

Auch wenn ich weiß, dass insbesondere das Wunsch- und Wahlrecht die Verantwortlichen vor Ort vor anspruchsvolle Planungsherausforderungen stellt, will ich an dieser Stelle deutlich machen, dass sich das Kita-System in erster Linie nach den Wünschen und Bedarfen derjenigen richten muss, für die dieses Kita-System gemacht ist. Das sind die Eltern, das sind die Kinder, das sind die Familien in Schleswig-Holstein.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Genau weil wir für die Familien in Schleswig-Holstein Politik machen, ist die öffentliche Hand - also das Land und die Kommunen - aufgefordert: Wir müssen sowohl dieses Ziel zum Maßstab machen als auch gleichzeitig dafür sorgen, dass dieses Ziel umsetzbar ist.

Deswegen - ich komme auf das laufende Projekt der Neustrukturierung unseres Gesetzes zurück - müssen wir weg von einer kleinteiligen Struktur eines einzelfallbezogenen Kostenausgleichs. Vielmehr müssen wir in Zukunft den auswärtigen Besuch auch ohne gesonderte Verfahren möglich machen. Das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern in Schleswig-Holstein wird kommen. Es wird mit der umfassenden Reform kommen, die in Schleswig-Holstein gerade vorbereitet wird und die Sie nächstes Jahr verabschieden können. Ich glaube, da ist die Landesregierung wirklich auf einem guten Weg.

Insofern bedanke ich mich nochmals für die heutige Debatte. Sie stärkt nicht nur die Landesregierung, sondern sie stärkt vor allem Kinder, Eltern und damit die Familien hier in Schleswig-Holstein. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um gut 4 Minuten überzogen. Diese Zeit stünde jetzt allen Fraktionen zur Verfügung; aber ich sehe nicht, dass davon Gebrauch gemacht werden soll, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Ich schließe also die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung zum Teil a), Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1011. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf, Drucksache 19/1011, in den Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte

ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Teil b), Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1018. Es ist beantragt worden, den Antrag in den Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Schleswig-Holsteinischer Landespreis für Baukultur und Innovationen im Wohnungs- und Städtebau

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/987

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Özlem Ünsal das Wort.

Özlem Ünsal [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Gesicht eines Landes wird auch von seinen Bauten geprägt. In der KMK-Erklärung von Davos von 2018 heißt es aus meiner Sicht zudem zu Recht:

„Hohe Baukultur verstärkt unsere Verbundenheit mit dem Ort. Sie ermöglicht der Bevölkerung die Identifikation mit ihrem Umfeld, fördert eine inklusive und solidarische Gesellschaft, wirkt Diskriminierung und Radikalisierung entgegen und unterstützt Integration und Bürgerbewusstsein.“

Dort heißt es weiter:

„Dies ist nicht nur für Stadtzentren und historische Ortsbilder wichtig, sondern für den gesamten Lebensraum Europas, für suburbane und ländliche Räume, Dörfer, Industriezonen und Infrastrukturen.“

Wir wollen mit unserer heutigen Initiative erreichen, dass insbesondere herausragende Wohnraum- und Quartierkonzepte mit bezahlbaren Mieten sowie regionale Besonderheiten mit dem Landesbaupreis für Schleswig-Holstein gewürdigt werden.

(Beifall SPD)

Der Landesbaupreis, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann vorbildliche Bauwerke hervorheben, das

(Özlem Ünsal)

Interesse für qualitatives Planen und Bauen wecken und auf eine eigene Marke der Baukultur setzen. Ein derartiger Preis dient der Sichtbarkeit und Würdigung einer hochwertigen und gesellschaftspolitisch notwendigen Planungs- und Baukultur unseres Bundeslandes.

Eine gute Baukultur ist Heimat, gesellschaftliche Verantwortung, wichtiger Imagefaktor und bedeutender Standortfaktor für Schleswig-Holstein. Guckt man sich einmal um, wie es insgesamt im Bundesgebiet aussieht, sieht man, dass bereits alle anderen 15 Bundesländer im Rhythmus von zwei bis vier Jahren einen solchen Landesbaupreis ausloben. Lediglich Schleswig-Holstein erlaubt sich das aus mir unerklärlichen Gründen nicht. Damit verspielen wir eine Chance, gute Bauqualität und -projekte ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken und zu würdigen.

Auch die Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein macht sich seit mehr als zehn Jahren für die Initiierung eines „Staatsbaupreises“ - so wird er dort genannt - des Landes Schleswig-Holstein stark. Qualitativ hochwertiger Wohnraum bei bezahlbaren Mieten ist etwas, das aus Sicht der norddeutschen Wohnungsbaunternehmen und vieler weiterer Vertreter der Wohnungswirtschaft machbar ist. Viele Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsgesellschaften investieren bereits verantwortungsvoll in unsere Quartiere und sorgen damit für den sozialen Frieden. Diese - vor allem solche - und weitere Projekte hätten damit Vorbildcharakter und erhielten die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit, um für das Thema Baukultur und Bezahlbarkeit von Wohnraum zu sensibilisieren.

Insofern ist die Auslobung eines Landesbaupreises aus unserer Sicht sinnvoll und mehr als notwendig. Deshalb fordern wir die Landesregierung ganz klar auf, sich ebenfalls für diesen Preis für Schleswig-Holstein einzusetzen und - das ist unser besonderes Augenmerk als Sozialdemokraten - dabei natürlich nicht nur in eine Richtung zu denken, sondern insbesondere der gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und zu schauen: Wo haben wir besonders gute Beispiele rund um das Thema bezahlbares Wohnen? Wo können wir unsere Kommunen motivieren und ihnen Kraft geben, solche guten Beispiele voranzubringen und vor allem auch ihren gesellschaftlichen Beitrag dazu zu leisten, dass sich die Lage im Bereich des Wohnens entspannt?

(Beifall SPD)

Aus unserer Sicht sollte hierbei die Federführung für die Ausgestaltung und Auslobung bei der Archi-

tekten- und Bauingenieurkammer liegen und gemeinsam mit weiteren Partnern gestaltet werden. Dazu, dass man eine entsprechende Ausgestaltung vornimmt, gehören aus meiner Sicht auf alle Fälle die Fachressorts, die Selbstverwaltung und viele weitere kreative Köpfe, die wir hier im Bundesland haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen qualitatives Bauen zu bezahlbaren Preisen und vor allem bezahlbare Mieten. Wir brauchen einen breiten Diskurs darüber, wie wir in unseren Quartieren bauen, wohnen und leben wollen. Wir brauchen Vorreiter für gutes Bauen und Wohnen. Lassen Sie uns deswegen nicht weiter den anderen Bundesländern hinterherhinken, sondern uns gemeinsam für diesen Baupreis starkmachen, ihn sehr zügig aktivieren und für Schleswig-Holstein umsetzen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peter Lehnert das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen ausdrücklich den Vorschlag der Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein, wieder einen Landespreis für Baukultur und Innovation im Wohnungs- und Städtebau aufleben zu lassen.

(Beifall CDU, Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dennys Bornhöft [FDP])

Wir hatten vor einigen Wochen Gelegenheit, auf Einladung der Architekten- und Ingenieurkammer in ihren Räumlichkeiten zu Gast zu sein, wo sie uns verschiedene wichtige Aspekte der Baukultur in Schleswig-Holstein nähergebracht hat. Im Rahmen der Vorträge, die wir dort gehört haben, kam auch diese Idee auf. Deswegen bin ich sehr froh, dass die Kollegin Ünsal diesen Vorschlag jetzt einmal zu Papier gebracht hat, und glaube, dass es ein guter Entwurf ist, über den wir heute diskutieren.

Wir hatten bereits in den Jahren 2001, 2003 und 2005 eine Preisverleihung durch das Land. Ich denke - so verstehe ich auch die Debatte, die wir bei der Architekten- und Ingenieurkammer geführt haben -, dass grundsätzlich Einigkeit darüber besteht, dass ein solcher Landespreis erneut für Schleswig-Holstein etabliert werden soll.

(Peter Lehnert)

Wir sollten uns allerdings die Zeit nehmen im zuständigen Fachausschuss - dem Innen- und Rechtsausschuss - über die genaue Ausrichtung, die damit verbundene Dotierung, die Besetzung eines Auswahlgremiums und weitere Modalitäten zu diskutieren und all dies vor allem unter Hinzuziehung möglichst breiter fachlicher Kompetenz zu erörtern. Ich beantrage deswegen hiermit die Überweisung des Antrags in den Innen- und Rechtsausschuss, um die von mir eben aufgeworfenen Fragestellungen abschließend zu klären. Ich bin mir sicher, dass es uns dabei gemeinsam gelingen wird, eine Lösung zu finden, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ünsal, vielen Dank für den Antrag. Sie sind bei dem Thema Wohnungsbau sehr fleißig. Ich finde, es ist den Schweiß der Edlen wert, die Idee aufzugreifen - die, wie wir jetzt gehört haben, aus der Architektenkammer an uns herangetragen wird -, daraus eine Landtagsinitiative zu machen und sich mit dieser Thematik zu beschäftigen. Ich finde die Idee sehr sympathisch und erkläre auch für meine Fraktion, dass wir mit dieser Idee im Ausschuss konstruktiv umgehen werden.

Es ist heute tatsächlich sehr schwer zu sagen, wohin eigentlich die Trends im Bauen gehen. Da ist zum Beispiel die Frage - ich erlebe das in meiner eigenen Familie -, wo man im Alter wohnen möchte. Man sieht es auch bei den Kindern, die sehr beweglich sind und, wie ich finde, erstaunlich geringe Ansprüche an das haben, was sie als Wohnen bezeichnen. Sie sind sehr flexibel; ich hatte gestern schon einmal das „leichte Gepäck“ angesprochen.

Am Ende ist man vielleicht gar nicht so sehr von den Konsumbedarfen einer älteren Generation geprägt, sondern hat einen, wie ich finde, suffizienten Ansatz eines Lebensstils, mit weniger auszukommen. Die Generation Y - so heißt sie - bringt uns in dem Themenfeld Klimawandel und bei all den anderen großen Problemen, die wir haben, in einer bezaubernden, guten Weise Konzepte nahe, bei denen wir hinschauen müssen. Das ist die nächste Genera-

tion, die unsere Gesellschaft prägen wird. Deshalb ist es wichtig, auch einmal über solche Preise zu schauen, was an Innovation möglich ist.

Ich habe an dieser Stelle schon einmal von Tiny Häusern gesprochen. Ich kenne es von meinen Eltern so: Hausbau war ein Jahrhundertprojekt. Man baute Häuser für 100 Jahre oder für Generationen und wollte sie vererben. Das hat dann aber auch damit zu tun, dass man vor Ort bleiben muss, dass man nicht mehr die flexiblen Dinge machen kann, die man heute von uns in der Berufswelt insgesamt erwartet. Deshalb ist das Ansinnen, für die Ewigkeit zu bauen, etwas, was wir hinterfragen sollten. Da wird Fläche versiegelt, und am Ende haben wir das Problem, dass dort niemand mehr wohnen will.

Bei einem solchen Preis finde ich auch interessant, nicht nur auf Beton zu gucken, also auf die Hardware, sondern auch darüber nachzudenken, Konzepte zu fördern. Was uns interessiert, ist, dass es Lebensentwürfe gibt, die ineinandergreifen. Wir kennen das unter dem Stichwort Quartiersmanagement, soziale Stadt. Es kommen weitere Aspekte hinzu: neue Arbeit, das Thema Mobilität. Es gibt in der Tat den Ansatz, auch gesellschaftspolitische Aspekte, Forschung, Soziologen hineinzunehmen. Hier ist auch die Geisteswissenschaft gefragt, also die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, auf welche Kosten und so weiter. Das hat auch ethische Aspekte. Das hat Aspekte, die in das Baukonzept hineinkommen. Deshalb halte ich einen Baupreis, der etwas ganzheitlicher ausgestattet ist, der auch solche Konzeptideen beinhaltet, für sehr wichtig.

Sie haben sich auf die soziale Frage kapriziert. Auch das ist ein wichtiger Punkt. Man kann da einmal über den Tellerrand schauen. Meine Fraktion wird ihre Fraktionsreise im nächsten Jahr in die Niederlande machen. Da kann man einmal schauen, wie man dort auch angesichts des Klimawandels mit flexiblen Bauweisen umgeht. Da wachsen Wohnungen mit. Die Frage ist, ob ich im Alter noch eine 120-m²-Wohnung brauche. Man muss sie putzen, man muss sie pflegen und so weiter. Wenn man aber im Quartier bleiben will, nicht aus dem Quartier hinausgehen will, ist die Frage, wie man flexible Baukonzepte haben kann, dass man Wohnungen so baut und schneidet, dass sie mitwachsen, im Lebensverlauf aber auch wieder reduziert werden können. Die Biographie sollte so an das Wohnen angepasst werden, dass die Baukultur Rücksicht darauf nimmt. Das finde ich spannend.

Das sind Konzepte, die wir in einem solchen Preis gern ausloben wollen. Deshalb ist es vielleicht nicht nur die Architektenkammer, die so etwas ausloben

(Dr. Andreas Tietze)

sollte. Ich bin dafür, dass wir das interdisziplinärer sehen, dass wir schauen, dass auch andere Sichtweisen und Blickrichtungen beim Thema Bauen betrachtet werden.

Insofern begrüße ich diesen Antrag, finde es gut, dass Sie ihn eingereicht haben. Ich habe auch Lust, daran mitzuwerkeln. Wir haben in der Jamaika-Koalition festgestellt, dass dies ein Punkt ist, an dem wir gemeinsam ein bisschen Zukunft für unser Land, für unser Bauen gestalten können. Deshalb herzlichen Dank für diesen Antrag.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa das Wort.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Andreas Tietze, die vielen Ideen, die hier vorgetragen wurden, waren fast schon eine Bewerbungsrede für den ersten Baupreis. Ich begrüße, dass das Thema Wohnungsbau ein so zentrales Thema dieser Landtagstagung geworden ist. Wir beschäftigen uns in dieser Woche hier zum dritten Mal mit dem Wohnungsbau. Das zeigt, wie drängend das Problem Wohnungsbau ist und dass wir Lösungen brauchen.

Wichtiger als die Anzahl der Tagesordnungspunkte ist sicherlich die Qualität der Debatte und der Lösungsvorschläge. Hier muss man sagen: Der Antrag der SPD, der auf Anregung der Architektenkammer den Weg in dieses Parlament gefunden hat, zeichnet sich positiv aus. Er unterscheidet sich ganz deutlich von vielen anderen Anträgen, in denen eher mit Beschwörungen gearbeitet und dargestellt wird, wo wir überall Probleme haben und mit welchen Zwangsmaßnahmen wir diese Probleme ausräumen wollen.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vor diesem Hintergrund finde ich den Antrag richtig und gut. Wir unterstützen, dass damit ein Anstoß für Innovationen in Wohnungs- und Städtebau gegeben wird. Ein Landesbaupreis kann ein Signal setzen und einen Anstoß geben, dass wir auf diesem Weg nach vorn kommen. Dafür vielen Dank.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin zuversichtlich, dass uns ein solcher Wettbewerb bei der Problemlösung voranbringen kann und wird. Wir werden Ideen einsammeln und Lösungsansätze erschließen, von denen wir möglicherweise bis heute noch gar nichts wissen, weil wir Fachleute heranziehen und an ihre Kreativität appellieren, damit sie sich an diesem Landesbaupreis beteiligen.

Die Lust auf Innovation und Neugier auf unbekanntere Wege gehört zur DNA der FDP.

(Beifall FDP)

Wäre es nicht bereits unser Wahlspruch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre der Slogan „Denken wir neu!“ eine geeignete und passende Überschrift für Ihren Antrag.

(Beifall FDP)

Es lohnt sich, gemeinsam im Innen- und Rechtsausschuss über die nähere Ausgestaltung eines solchen Preises zu reden. Meine Idee ist, diesen Landesbaupreis als Wettbewerb auszugestalten, indem wir jährlich vor dem Hintergrund der Bedarfe und Bedürfnisse auf dem Wohnungsmarkt die Aufgabenstellung jeweils mit Experten gemeinsam definieren und so Richtungen für die Weiterentwicklung von Wettbewerbsbeiträgen vorgeben.

Hierfür und für die Preisvergabe sollten wir eine Expertenkommission einrichten, die über die Architektenkammer deutlich hinausgeht. Wir sollten die Wohnungswirtschaft, die Bauwirtschaft und die Wissenschaft einbeziehen, von der viel Hilfe kommen kann, wenn es um die Definition und die Festlegung der Aufgabenstellungen geht. Ich glaube, da liegen wir nicht weit auseinander. Wir werden sicherlich ein Paket debattieren und schnüren können, um eine wirklich gute Lösung für einen Landesbaupreis in Schleswig-Holstein zu finden, der für Innovation im Wohnungsbau sprechen wird.

Ich danke Ihnen noch einmal für diesen Antrag und freue mich, wenn wir das gemeinsam im Innen- und Rechtsausschuss vertiefen werden. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich fürchte, ich muss die vereinigte Lobhudelei ein bisschen dämpfen.

(Zurufe: Oh!)

Die Förderung innovativer Konzepte auf den Gebieten des Wohnungs- und Städtebaus gehört zweifellos zu den besonders wichtigen Aufgaben der Landespolitik. Dennoch scheint es sich bei dem hier vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion aus unserer Sicht um einen Schnellschuss zu handeln, in dem zwar viele bedeutungsvolle Begriffe verwendet werden, die konkreten Konturen aber umso verschwommener bleiben. Sie schreiben in Ihrem Antrag: „Wohnraum- und Quartierskonzepte für unterschiedliche gesellschaftliche Zielgruppen“. Das klingt ganz toll. Dann schreiben Sie: „leistbare Mieten“; dies alles unter vorbildlicher „Berücksichtigung sozialer, ökonomischer und ökologischer Aspekte“, nicht zu vergessen unter Berücksichtigung „regionaler Besonderheiten“ und der „Baukultur insgesamt“. Sie packen wirklich alles in Ihren Antrag hinein, was heutzutage auch nur irgendwie in der allgemeinen politischen Debatte mit dem Wohnungs- und Städtebau in Verbindung gebracht wird.

Statt allgemeiner und umfassender Begrifflichkeiten wäre es doch viel mehr erforderlich, eine thematische Eingrenzung vorzunehmen. Weil es aber genau an einer solchen Eingrenzung fehlt, handelt es sich bei Ihrem Antrag um nicht mehr als eine unverbindliche Anregung.

Nichts verdeutlicht diese Thematik besser als die am Schluss des Antrags verwendeten Worte „und die Baukultur insgesamt“. Hier läuft der Versuch einer inhaltlichen Beschreibung, welche Konzepte in Zukunft durch einen weiteren Landespreis prämiert werden sollen, endgültig aus dem Ruder.

Wir sollten uns einmal vor Augen halten, wie umfassend allein der Begriff der Baukultur definiert wird. Anders als die Baukunst beinhaltet die Baukultur sämtliche Elemente der bebauten Umwelt. Deshalb geht der Begriff der Baukultur über die architektonische Gestaltung von Gebäuden hinaus und umfasst ebenso den Städtebau, die Ortsplanung, die Gestaltung von Verkehrsbauwerken und natürlich die Kunst am Bau und die Kunst im öffentlichen Raum.

Liebe Kollegen mit dem roten Parteibüchlein, geht es nicht eine Nummer kleiner? Wo erwarten Sie bei einer derart ausufernden inhaltlichen Beschreibung

die von Ihnen erhofften innovativen Signale in Wohnungs- und Städtebau?

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Haben Sie sich überhaupt schon konkret Gedanken darüber gemacht,

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

oder dient dieser Antrag lediglich dazu, die SPD in der Wohnungsbaupolitik wieder ins Gespräch zu bringen? Wir als AfD-Fraktion halten es daher für fragwürdig, allein auf dieser dürftigen inhaltlichen Grundlage der Architekten- und Ingenieurkammer die Auslobung eines neuen Landespreises im Wohnungs- und Städtebau zu beschließen. Sie wollen offenbar für sich die Rolle des Ideengebers in Anspruch nehmen. Aber die detaillierte Ausgestaltung lassen Sie völlig offen.

Das aber, meine Damen und Herren von der SPD, ist zu wenig, wenn wir berücksichtigen, dass es bei einem Landespreis nicht allein um die Auslobung, sondern um die Regelung eines gesamten Verfahrens einschließlich Satzung gehen muss. Als parlamentarischer Ausgangspunkt für einen neuen Landespreis ist dieser SPD-Antrag daher nicht ausreichend.

Im Ausschuss sollten wir trotzdem darüber beraten, wie so ein Landespreis im Detail ausgestaltet werden kann. Dem sind wir nicht abgeneigt und freuen uns auf die Diskussion im Ausschuss darüber. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, einen Landespreis für Bauprojekte auszurufen. Das ist ganz grundsätzlich sicherlich eine gute Sache beziehungsweise erst einmal ein positives Vorhaben, welches hier vonseiten der SPD angedacht wird. Schließlich geht es um eine Auszeichnung für etwas Innovatives, welches unser Land doch hoffentlich auch in Bezug auf das Bauen bereichert.

Allerdings stellen sich mir in diesem Zusammenhang einige Fragen. Vorredner haben Ähnliches

(Lars Harms)

schon angesprochen. Der Preis soll nämlich für den Wohnungs- und Städtebau vergeben werden. Das können durchaus unterschiedliche Zielrichtungen sein. Ausgezeichnet werden sollen dabei herausragende Wohnraum-, aber auch Quartierskonzepte mit leistbaren Mieten sowie unter Berücksichtigung sozialer, ökonomischer und ökologischer Aspekte. Hinzu kommen noch die Berücksichtigung von regionalen Besonderheiten sowie die Baukultur im Allgemeinen. Das wirkt im ersten Moment auf mich erst einmal ziemlich überladen. Irgendwie soll alles berücksichtigt werden, und alles scheint irgendwie preiswürdig. Das ist es auch.

Ich frage mich allerdings: Wie soll die tatsächliche Zielrichtung aussehen? Was wollen wir mit diesem Preis verändern? Der Preis ist ja kein Selbstzweck, sondern wir setzen ihn aus, um eine Innovation auszulösen. Wir wollen gern einen langfristigen Effekt haben. Den sollten wir vorher definieren.

Sicherlich sind alle im Antrag genannten Kriterien ehrwürdig - gar keine Frage. Trotzdem sollte man sich ausgucken, ob bestimmte Punkte besonders ehrwürdig sind - um es einmal so zu formulieren -, die man im Besonderen heraushebt, sodass man weiß: Aha, in diese Richtung geht es. Der Kollege Dr. Tietze hat zum Beispiel die Bauweise in den Niederlanden angesprochen. Wollte man in diese Richtung gehen, sähe der Preis anders aus, als sagte man, wir wollten etwas Schönes in einer Innenstadt schaffen, was die regionale Baukultur fördert. Da muss man schon ein bisschen genauer gucken. Deshalb meine ich, dass etwas weniger Kriterien der Sache möglicherweise dienlich wären, damit sich eine konkrete und verständliche Zielrichtung herauslesen lässt.

Das macht den Kreis von potenziellen Preisträgern kleiner. Das kann durchaus passieren. Es dient aber der Nachvollziehbarkeit und dem politischen beziehungsweise gesellschaftlichen Effekt, den wir damit nachhaltig abbilden wollen. Schließlich geht es auch darum, Anreize zu schaffen. Einen Anreiz kann ich nur schaffen, wenn die entsprechenden Kriterien nicht völlig überladen sind. Es braucht unserer Auffassung nach also einen klaren Fokus. Wie gesagt, ich kann diesen Fokus bisher nicht ganz klar erkennen.

Wir können sicherlich schauen, wie hoch der Preis dotiert sein soll, wofür der Preis vergeben werden soll, wer diesen Preis möglicherweise verleihen soll. Das kann man dort sicherlich alles in Ruhe besprechen. Deswegen glaube ich, dass eine Ausschussüberweisung genau das Richtige wäre.

Wir können auch sehr innovativ darüber reden und uns vielleicht auch Konzepte in anderen Ländern anschauen, was man dort an innovativem Bauen im weitesten Sinne macht. Dabei könnte man sich möglicherweise auf eine politische Zielsetzung einigen, indem man sagt, diese Art des Bauens will man auch bei uns etablieren, und dann den entsprechenden Preis so gestalten, dass man nicht nur den Preis an sich ausgibt, sondern auch innovatives Bauen, wie wir es politisch wollen, zielgerichtet verfolgen kann, weil sich neue Bauprojekte an den Preisträgern orientieren. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Beifall Peter Lehnert [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat der Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote, das Wort.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Idee, wieder einen Baukulturpreis zu kreieren und auszuloben, sprechen Sie mir ganz ehrlich tief aus der Seele. Ein Wettbewerb öffnet den Blickwinkel, schafft neue Ideen und setzt Signale. Die Kommunen werden ermuntert, neue Wege kreativ anzugehen. Daher ist das Wichtigste eines Wettbewerbs, dass er flexibel ist, dass er sich auf neue Situationen, eine sich verändernde Stadt und eine sich verändernde Gemeinschaft einstellt. Nicht erst seit ich Bau- und Innenminister bin, spreche ich beinahe zu jeder Gelegenheit davon, wie wichtig es ist, eine attraktive und lebenswerte Stadtumgebung für unser Zusammenleben zu haben, zum einen, weil die Menschen nun einmal gern zusammenleben, und in einer Kommune, in einer Stadt leben sie zusammen - aus dem Lateinischen stammt das Wort communis, gemeinschaftlich, daraus ist die Kommune entstanden -, zum anderen, weil wir uns angesichts der globalen Entwicklung - Stichwort: Digitalisierung - ernsthaft darüber Gedanken machen müssen, wie wir unser Zusammenleben in Zukunft in einer möglicherweise digitalen Gesellschaft gestalten wollen. Das schließt unbedingt das Leben in unserer Gemeinschaft und in unseren Städten mit ein: Wie leben wir in der Zukunft?

Es ist insofern leicht für mich, Ihren Antrag wirklich gut zu finden, liebe Frau Ünsal. Allerdings -

(Minister Hans-Joachim Grote)

das ist auch in der Diskussion herausgekommen - habe auch ich einige Fragen und einige Anmerkungen und Ideen zum Inhalt und zum Prozedere. Sie haben völlig recht, wenn Sie sagen, dass auch der sogenannte soziale Wohnungsbau attraktiv und wertig sein muss. Nicht ganz unbescheiden möchte ich sagen, dass sich darum mein Haus, das Innenministerium, kümmert. Auch in der Vergangenheit haben alle Innenminister immer wieder großen Wert darauf gelegt. Wir werden es auch zukünftig weiter tun. Wir sorgen beispielsweise heute mit Quartiersoffensiven und mit Qualitätsoffensiven für zukunftsweisendes Bauen. Das ist auch ein wesentlicher Bestandteil von Förderprogrammen. Wir reden auch darüber, die Herrichtung von Bauland für attraktiv gemischte Wohnquartiere zu starten. Kommunen sollen gerade eben diese gemischten Wohnformen in Baugebieten ausweisen. Wir wissen alle, dass Monostrukturen eher Probleme schaffen, als sie Lösungen bringen.

Architektur prägt maßgeblich unser Zusammenleben. Sie kann Orte aufwerten und Zusammenhalt und Zusammengehörigkeitsgefühl stiften. Es ist völlig richtig: Die Zeiten, in denen ein Gebäude 100 Jahre oder 50 Jahre steht, wie es unsere Abschreibungsmodi momentan noch vorsehen, entsprechen nicht mehr der Realität. Historische Gebäude bestehen noch so lange, aber ansonsten haben wir uns darauf einzustellen, dass der Lebenszyklus für ein Haus inzwischen 35 Jahre beträgt.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Annabell Krämer [FDP])

Die Individualität ist also viel größer geworden. Baukultur ist aber noch viel mehr als das, nämlich ein interdisziplinärer Ansatz von qualitätsvoller Planung und Gestaltung der gebauten Umwelt. Er beschreibt einen gesamtgesellschaftlichen Prozess: Wie wir zusammenleben, spiegelt sich auch in der Art unserer Häuser wider. Diese Vorhaben fördern wir heute bereits sehr intensiv im Rahmen der Städtebauförderung, aber nur in den Quartieren, wo wir Gelder ausloben.

Ein, wie ich finde, identitätsstiftendes Gebäude haben wir gerade in Rendsburg eingeweiht, die dortige Mehrzweckhalle in einem - so sage ich einmal vorsichtig - sicherlich benachteiligten Stadtquartier, wie es dort der Bürgermeister selbst nannte. Aber dort entstehen dritte Orte, neben der Familie und neben dem Arbeitsplatz ein Ort, an dem ich mich treffe. Das sind neue Wohnformen und neue Lebensformen, wo wir miteinander kommunizieren.

Ich halte solche Gebäude auch für den Zusammenhalt einer Stadt heute für ganz wichtig.

Deshalb wäre es aus meiner Sicht zu eng, die Sicht nur auf das Segment sozialen Wohnungsbau zu richten. Natürlich ist das ein ganz zentraler Baustein unseres gesellschaftlichen Miteinanders heute. Wir müssen - so hoffe ich - weiterdenken. Wir erleben derzeit wirklich einen enormen Wandel in den Wohnformen. Junge Menschen ziehen zu uns nach Schleswig-Holstein, meist in die Ballungsgebiete. Gleichzeitig steigt die allgemeine Lebenserwartung. Die Form des Zusammenlebens wird im ländlichen Raum nicht mehr geprägt durch das klassische Einfamilienhaus, dort werden genauso Geschosswohnungen für junge und alte Menschen gebraucht. Wir haben Begriffe wie mitwachsende Häuser, wir haben Begriffe wie Lebenslagenhäuser. Wir wollen flexiblere Wohnformen. Ich glaube, dass wir daher etwas größer denken sollten. Ich habe aber auch Ihren Antrag nicht so verstanden, dass er eingrenzend ist. Ich glaube, ein Landesbaupreis muss in eine größer angelegte Baukulturinitiative eingebettet werden, um eine möglichst breite Debatte über den gesellschaftlichen Mehrwert einer guten Baukultur anzustoßen. Welche Wechselwirkungen haben wir zwischen dem Leben der Menschen und der Art des Lebens in Gebäuden?

Einen Landesbaupreis kann allerdings nur das Land Schleswig-Holstein vergeben. Wir fangen diesbezüglich auch nicht ganz neu und bei null an. Auch die Auslobung eines Landesbaupreises in den Jahren 2001, 2003 und 2005 erfolgte durch das Land. Ich möchte an dieser Stelle auf keinen Fall auf die Expertise der Architekten- und Ingenieurkammer verzichten, ich sehe sie intensiv eingebunden in die Vorbereitungen, in die Jury und möglicherweise auch Preisgerichte. Aber ob die einen Landespreis ausloben sollten, sollten wir zumindest noch einmal überdenken. Wenn, wäre es eigentlich eine Sache des Landes selbst.

Ich denke, wir sind uns einig. Ich bin deshalb froh, dass Sie diesen Antrag eingebracht haben, weil wir ein Thema angehen, das für uns wichtig ist. Ich vermute, es wird viele geben, die dies unterstützen werden, sei es die Technische Hochschule in Lübeck, die Muthesius Kunsthochschule, die Architekten- und Ingenieurkammer, oder seien es die Berufsverbände. All diese werden sich dieses Themas annehmen. Deshalb schlage ich vor, wie es vorhin schon gesagt wurde, dieses im Ausschuss zu erörtern.

Sehr geehrter Herr Nobis, eine Anmerkung: Ich fände es schade, wenn wir heute einen Wettbewerb

(Minister Hans-Joachim Grote)

auf ein ganz konkretes Ziel hin definieren. Wettbewerbe sollen bewusst flexibel sein. Ich wünsche mir wirklich, dass wir einen Landesbaupreis ausloben. Hätten wir ihn vor 20 Jahren in einem ganz strengen Segment ausgewiesen, wären wir heute nicht glücklich. Wettbewerbe zeichnen sich dadurch aus, dass sie individuelle Schwerpunktsetzungen zulassen.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Wenn wir ihn alle zwei oder alle vier Jahre ausloben, gehe ich davon aus, dass die Jury vorher eine Schwerpunktsetzung vornimmt. Für mich sind die Ideen und die Vorschläge aus einem Wettbewerb eigentlich das Entscheidende. Das Prämieren eines guten Entwurfs soll ja nicht nur ein Dank an den Planer sein, sondern Inspiration für neue Ideen geben. Deswegen finde ich es gut, es möglichst offen zu gestalten und nicht festzuschreiben.

Eine Debatte im Ausschuss wäre toll, und ich freue mich, wenn wir mit dabei sein dürfen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/987 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schüler und Schülerinnen der Käthe-Kollwitz-Schule in Kiel. - Herzlich willkommen im Haus!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 23 und 27 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Gutachten ernst nehmen - Schülerinnen und Schüler schützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1017

b) Beste Bildungschancen von Beginn an: Vorschulklassen an Grundschulen einrichten

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1022 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die diesjährigen Prüfungen zum mittleren und zum ersten Schulabschluss besonders in Mathematik waren ein Debakel. Bereits 16 Tage nach der Klausur hat das Ministerium in einer Pressemitteilung eine öffentliche Vorwarnung herausgegeben. Da standen die Ergebnisse noch gar nicht abschließend fest, aber es war schon ersichtlich: Irgendetwas ist da schiefgelaufen. Tatsächlich hatten mich in der Woche danach Lehrkräfte angerufen und mir E-Mails gesandt, die unter anderem von Schülerinnen und Schülern erzählten - eigentlich guten Schülerinnen und Schülern -, die sich in persönlichen Botschaften für Blackouts in den Klausuren entschuldigt haben und die richtige Briefe unter die Klausur geschrieben haben, in denen sie sagten, sie könnten sich nicht erklären, was da schiefgelaufen sei.

Es gab dann auch ähnliche Briefe an das Ministerium, wahrscheinlich deswegen auch die Sensibilität im Ministerium, vor Abschluss der Ergebnisse schon eine Pressemitteilung herauszugeben. Was stand darin? - Darin stand, Schülerinnen und Schüler könnten sich ja für Nachprüfungen melden und damit ihr Ergebnis verbessern. Die damit verbundene Aussage war: Wenn es schiefgelaufen ist, hatten die Schülerinnen und Schüler schuld. - In der Pressemitteilung stand aber auch, dass es künftig mehr und bessere Fortbildungen für Lehrkräfte geben wird. Das stand in kleinem Widerspruch zum ersten Teil der Aussage, denn wenn Lehrkräfte besser fortgebildet werden sollen, dann hatten die offenbar die Verantwortung. Der Berufsschulminister hat sich - da bin ich ganz sicher - nach sorgfältigster Prüfung der gesamten Situation

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

auch zu Wort gemeldet und den Tipp gegeben, Mathe solle unterhaltsamer stattfinden, dann könne so etwas nicht mehr passieren.

(Martin Habersaat)

(Zurufe: Oh! - Stephan Holowaty [FDP]: Da hat er auch recht! - Beifall Dennis Bornhöft [FDP])

Das war eine schöne Lösung, nur leider nicht für das vorliegende Problem, Herr Buchholz.

(Beifall SPD und SSW)

Denn tatsächlich gab es frühzeitig Hinweise darauf, dass ein Aufgabenteil mehr betroffen war als andere, der, in dem es um die Funktionen ging. Deshalb habe ich in den Ausschussberatungen und überall von vornherein gesagt: Ich glaube, da müssen wir genauer hinschauen.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Es kam heraus: Ein Gutachten warnte im Vorfeld der Klausuren vor dem Aufgabenteil Funktionen, wie er geplant war, und die Auswertung des Ministeriums zeigte tatsächlich: Da war die Situation besonders dramatisch.

Das Gutachten sollte geheim gehalten werden. Wir haben bei einem Treffen im Ministerium nachgefragt, wir haben im Ausschuss nachgefragt, wir haben in einer Kleinen Anfrage nachgefragt - das Gutachten wurde nicht vorgelegt. Über den Weg der Akteneinsicht ist es dann doch gelungen, und tatsächlich stand in diesem Gutachten über die in Rede stehende Aufgabe unter anderem, sie sei sehr rechenlastig. Für eine Mathe-Klausur finde ich es zulässig, dass die Aufgaben rechenlastig sind. Da stand aber auch: Sie mutet gymnasial an. - Das ist nun, was die Aufgabe bei einem mittleren Schulabschluss genau nicht sein soll, denn der mittlere Schulabschluss ist das Dokument, mit dem Schülerinnen und Schüler ins Leben entlassen werden, die das Abitur nicht anstreben.

Das Ergebnis der Auswertung - vom Ministerium selbst in Auftrag gegeben - lautete: Nur 20 % der möglichen Punkte sind erzielt worden. Das ist, wenn man das mit anderen Aufgaben vergleicht, tatsächlich erschütternd wenig. Aus unserer Sicht ist das der Beweis: Fehler sind nicht allein den Schülerinnen und Schülern vorzuwerfen und nicht allein den Lehrerinnen und Lehrern, sondern es ist auch im Ministerium etwas schiefgelaufen.

(Jörg Nobis [AfD]: Alle Schüler eine Note anheben!)

Warum kann nun die Ministerin das nicht öffentlich erklären? - Die einzige Erklärung, die ich dafür gefunden habe, ist eine politische. Es gab in Hamburg einmal einen vergleichbaren Fall, Frau Prien, wo Sie sich sehr schrill mit Herrn Rabe gestritten ha-

ben, der die Noten sogar quasi nachträglich angepasst hatte. Möglicherweise wollten Sie diesen Schritt nicht gehen.

Meine Auffassung ist grundsätzlich, dass Unterrichtsinhalte und Prüfungen nicht regelmäßig hier im Landtag debattiert werden sollten. Ich finde aber, in diesem Fall muss hier einmal gesagt werden: Liebe Schülerinnen und Schüler, es war nicht allein eure Schuld. Frau Ministerin, eigentlich müsste diese Aussage heute auch von Ihnen kommen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl das Wort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Schüler auf der Tribüne! Liebe Gäste! Gerade zum Schulbeginn sollten die Startchancen für alle Kinder möglichst vergleichbar und gut sein. Die AfD-Fraktion beantragt deswegen die Wiedereinführung der bewährten Vorschule. Die SPD beantragt zeitgleich die Feststellung der Schuld für die schlecht ausgefallenen Mathe-Abschlussarbeiten 2018. Herr Habersaat, der Begriff „Schuld“ ist hier vollkommen fehl am Platz. Die Angriffe auf die Bildungsministerin sind es ebenso. Im Ausschuss wurde alles abschließend besprochen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Der SPD-Antrag zeigt aber auch: Einmal mehr fokussiert man sich hier auf den Abschluss der Schullaufbahn. Entscheidend ist aber nicht das Nachbessern am Ende, entscheidend ist der Beginn. Die entscheidenden Weichenstellungen werden beim Übergang vom Kindergarten zur Schule gestellt, und hier ist auch der Hebel anzusetzen, wenn wir endlich ernsthaft die Schere zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg verkleinern wollen.

(Beifall AfD)

Kinder sind unterschiedlich. Manche werden mit fünf Jahren eingeschult, andere mit sieben Jahren. In aller Regel befindet der Schularzt bei der Schuleingangsuntersuchung über die sogenannte Schulreife. Bei gravierenden Lücken können von dieser Stelle aus teils auch schulbegleitende Maßnahmen eingeleitet werden.

(Dr. Frank Brodehl)

Was aber nur in äußerst seltenen Fällen geschieht, ist, dass von einer Einschulung abgesehen wird, und zwar auch dann, wenn der Amtsarzt ausdrücklich „nicht schulreif“ konstatiert, auch dann, wenn die Eltern um Rückstellung bitten, immerhin kennen sie ihr Kind am besten, und auch dann, wenn die zuständige Grundschule oder auch ein zu Rate gezogener Sonderschulpädagoge klar davon abraten. Begründet wird dies meist mit der Möglichkeit der erweiterten Eingangsstufe. Die erweiterte Eingangsstufe heißt: Die Kinder können die Klassen 1 und 2 innerhalb von drei Jahren durchlaufen. Vielen Kindern ermöglicht das in der Tat, Defizite nachzuholen. Für andere trifft das nicht zu, sogar das Gegenteil ist der Fall.

Um das zu verdeutlichen, stellen Sie sich bitte Kinder vor, die sehr starke Sprachauffälligkeiten haben, oder Kinder, die sehr große Schwierigkeiten im sozioemotionalen Bereich haben.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Fragen Sie am Mikrofon, Herr Stegner. Auffälligkeiten im sozioemotionalen Bereich, das war das Stichwort.

(Beifall AfD)

Es geht also um Kinder, die beziehungsgestört sind. Diese Kinder gehen dann zunächst - wie alle andern Kinder - hochmotiviert zur Schule, aber ihren tatsächlichen Bedürfnissen wird nicht oder kaum entsprochen. Die Folge: Egal, wie sehr sich diese Kinder auch recken, sie erreichen allenfalls ab und zu die unterste Sprosse der Leistungsskala. Im schlimmsten Fall führt das dazu, dass das Kind auch sozial in der Klassengemeinschaft abgehängt wird. Meine Damen und Herren, damit fehlen dann die Grundlagen für jedes weitere erfolgreiche Lernen, und die Probleme potenzieren sich. Selbst wenn diese Kinder dann die 1. oder die 2. Klasse wiederholen: Solange sich die Richtlinien und die Rahmenbedingungen nicht verändern, so lange wird der Teufelskreis nicht durchbrochen werden können.

Die mittel- und langfristigen Folgen von so etwas habe ich 20 Jahre lang miterlebt. Ich kann sie mir gut vorstellen, und wir sollten sie nicht länger hinnehmen. Die beschriebene Problematik wird sich noch weiter verschärfen. Sie wissen: Seit Jahren tauchen immer mehr gravierende Defizite bei den Einschulungsuntersuchungen auf. Es besteht also akuter Handlungsbedarf. Das Gebot der Stunde ist die Wiedereinführung der Vorschulklassen an Grundschulen.

(Beifall AfD)

Wir können dabei auf unsere eigene bewährte Praxis zurückblicken. Die letzten Vorschulen wurden hier erst vor etwa zehn Jahren geschlossen. Oder wir können in andere Bundesländer gucken, nach Baden-Württemberg oder zu unserem direkten Nachbarn Hamburg. Hier hat der rot-grüne Senat für alle Kinder eine rechtzeitige umfangreiche Diagnostik eingeführt. Falls es für das Kind notwendig ist, wird von dieser Stelle aus auch eine Vorschule zugewiesen. Der Profit: Überschaubare Klassengröße, professionelle Förderung und vor allem Geduld, Zeit und Aufmerksamkeit führen in vielen Fällen dazu, dass die Defizite innerhalb von nur einem Jahr aufgeholt werden können. Oft wird sogar noch mehr erreicht. Oft wird einer drohenden Behinderung vorgebeugt.

Meine Damen und Herren, über den Stellenwert, der allein den Bereichen Sprache und Teamfähigkeit innerhalb des gesamten Bildungsweges zukommt, dürfte kein Zweifel bestehen. Die bisherige Praxis mit den erweiterten Eingangsstufen hat sich nicht bewährt, und die Zahl schulunreifer Kinder wird steigen.

Wenn wir Begriffe wie frühkindliche Bildung und Bildungsgerechtigkeit ernst nehmen und mit Leben füllen möchten, dann bitte ich Sie, diesen Antrag nicht aus ideologischen oder sonstigen Gründen abzulehnen, sondern zur Beratung in den Bildungsausschuss zu überweisen. Wir wollen, dass alle fünf- bis sechsjährigen Kinder ein einheitliches diagnostisches Verfahren durchlaufen und dass Kinder, die nicht reif für die 1. Klasse sind, die Möglichkeit haben, in kleinen Lerngruppen ein Vorschuljahr zu durchlaufen, denn ein guter Schulabschluss ist wirklich wichtig, liebe Schüler. Entscheidend ist aber ein guter Schulstart. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peer Knöfler das Wort.

Peer Knöfler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Beginnen wir mit dem Antrag von SPD und SSW: Es ist unstrittig, dass schriftliche Matheprüfungen zum ESA und zum MSA in diesem Jahr im Verhältnis zum Vorjahr schlecht ausgefallen sind. Genau deswegen hat das Bildungsministerium unmittelbar

(Peer Knöfler)

nach der Erkenntnis die Öffentlichkeit darüber informiert. Wir alle haben Einblick in die Prüfungsaufgaben und die entsprechenden Vorbereitungswege bekommen. Mehr als einmal haben wir im Bildungsausschuss mit dem Bildungsministerium und der Bildungsministerin die Problematik erörtert und analysiert. Transparenz und Aussprache gab es zur schriftlichen Mathe-Prüfung auf allen Ebenen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Am 13. September dieses Jahres wurde auf Wunsch der SPD durch das Bildungsministerium ein Abschlussbericht zu den schriftlichen Prüfungsergebnissen in Mathematik für den ersten und mittleren Prüfungsabschluss in der Sitzung des Bildungsausschusses vorgelegt. Auch Sie, Herr Habersaat, und Sie, Frau Waldinger-Thiering, waren in der Sitzung anwesend und haben die bereits umgesetzten Maßnahmen zustimmend zur Kenntnis genommen. Zu diesen Maßnahmen gehörte unter anderem die Vorlage eines Zweitgutachtens zu den Prüfungsaufgaben.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine -bemerkung des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Peer Knöfler [CDU]:

Bitte sehen Sie es mir nach. Ich würde gern die Rede fortführen. Das nächste Mal.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, ist das jetzt das nächste Mal? Gestatten Sie jetzt eine Bemerkung?

Peer Knöfler [CDU]:

Nein. - Zu diesen Maßnahmen gehörte unter anderem die Vorlage eines Zweitgutachtens zu den Prüfungsaufgaben. In diesem Gutachten werden die Prüfungsaufgaben als angemessen attestiert. Ferner sagt das Gutachten aber aus, dass Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein ein allgemeines Problem mit dem Erreichen des Bildungsstandards im Fach Mathematik haben, und das wird durchaus ernst genommen, um unsere Schülerinnen und Schüler zu schützen und zu stärken. Es sind bereits Maßnahmen getroffen worden wie zum Beispiel die VERA-6-Verpflichtung oder die Ausarbeitung von Informationsveranstaltungen mit fachbezogenen Workshops.

Abschließend möchte ich noch kurz auf die stichprobenartige Datenerhebung zur mündlichen Prüfung an 15 Schulen im Land eingehen. Zu den Aussagen zitiere ich mit Erlaubnis aus dem Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses vom 13. September 2018:

„In Bezug auf alle Prüflinge einer Schule erhielten durchschnittlich im ESA 80 % und im MSA 85 % eine Endnote, die ihrer Vornote entsprach.“

Dies ergibt sich, wenn man sich mit den Prüfungsregularien auseinandersetzt. Dann versteht man, wie das läuft: Wenn man mit einer „drei“ vorzensiert ist und beispielsweise in der Prüfung eine „fünf“ schreibt, dann sind durch die Vornote bereits 50 % der Note sicher. Wenn ich eine „fünf“ schreibe, dann habe ich die Möglichkeit, das Prüfungsergebnis über eine mündliche Prüfung, die auch Teil einer Prüfung ist, zu verändern. Wenn ich meine Vornote bestätige, was in der Regel der Fall ist, erhalte ich eine Prüfungsleistung „ausreichend“, und das führt zu einer Endnote, die die Vornote bestätigt.

Mit diesem Wissen plädiert die CDU-Fraktion für die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW.

Zum Antrag der AfD: Ich möchte Ihnen das Prozedere der Einschulung oder besser gesagt die umfassenden Maßnahmen, die ergriffen werden, wenn ein Kind den Schritt vom Kindergarten in die Grundschule macht, etwas näherbringen. Ich habe drei Kinder, und meine Frau ist Grundschullehrerin und begleitet dieses Verfahren schon etwas länger.

Kinder, die zum 30. Juni eines Jahres sechs Jahre alt sind, sind in der Regel einschulungspflichtig. Nun ist es aber nicht so, dass schulpflichtige Kinder aus ihrer Kindergartengruppe entnommen und in die Schulbank gedrückt werden und so von heute auf morgen Schulkind sind. Nein, dieses Prozedere eines heranwachsenden Schulkindes erstreckt sich über mindestens ein Jahr, in dem Fachgespräche mit dem Fachpersonal des Kindergartens und zusätzlich der Schule geführt werden. Dieses Prozedere findet man unter anderem im § 5 des Kindertagesstättengesetzes wieder. Kindergarten und Schule stehen im engen Austausch miteinander und erarbeiten anhand von Leitlinien Maßnahmen, um einen guten Übergang vom Kindergarten in die Schule zu ermöglichen.

Hinzu kommt die verpflichtende Schuleingangsuntersuchung durch Fachärzte des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes der Gesundheitsämter. Da-

(Peer Knöfler)

bei geht es um die Beurteilung der körperlichen, geistigen, sozialen und emotionalen Entwicklung des angehenden Schulkindes. Zuständig hierfür sind die Träger, die Kreise, die kreisfreien Städte. Das gehört zu den kommunalen Pflichtaufgaben, und entsprechend sind die Aufsichten verteilt.

Diese Fachärzte untersuchen aber nicht nur das Kind, sondern stehen den Eltern sowie der Schule beratend zur Seite und empfehlen individuelle Maßnahmen für jedes Kind, zum Beispiel Logopädie, pädagogische Sprachförderung oder Sprint-Kurse.

In Zusammenarbeit mit verantwortungsbewussten Eltern und Familien sind die Grundlagen für die besten Bildungschancen unserer Schulanfänger bereits geschaffen. Deshalb plädieren wir auch hier für die Ablehnung dieses Antrages. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedes Kind in Schleswig-Holstein soll vor der Einschulung - so sagt es das Schulgesetz - schulärztlich untersucht werden. Dies ist auch die Regel, und das ist gut so, weil dort das Kind durchgecheckt wird und eventuelle Förderbedarfe festgestellt werden können.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So stellen die Kinder- und Jugendärztlichen Dienste der Gesundheitsämter fest, ob das Kind den Anforderungen des Schulalltags körperlich und seelisch gewachsen ist, welche Unterstützungsbedarfe vorhanden sind und wo in der Schule gegebenenfalls Hilfen benötigt werden.

Zusammen mit den verpflichtenden Vorsorgeuntersuchungen der Kinder durch Kinderärzte und Kinderärztinnen, die U9, wird dafür Sorge getragen, dass keine Schülerin und kein Schüler durch das Vorsorgeraster fällt. Auch eine spätere Einschulung ist möglich. Das, was die AfD will, gibt es also schon.

Nun will die AfD noch spezielle Vorschulklassen für Kinder mit Förderbedarfen an Grundschulen: typisch AfD. Nicht Inklusion und individuelle För-

derung, sondern Separierung von Kindern mit Unterstützungsbedarf. Das ist rückwärtsgerichtet und mit uns nicht zu machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Anita Klahn [FDP])

Wir haben mit den Bildungsleitlinien an Kitas eine gute Grundlage für die Begleitung und Förderung der Kinder von der Krippe bis zur Schule. Die Erzieherinnen haben einen intensiven, fachlich fundierten Blick auf die Kinder und unterstützen sie in ihren Entwicklungsprozessen. Man könnte sagen, die gesamte Kita-Zeit ist Vorschulzeit. Dazu gehört alles, was Kinder auf den nächsten Lebensabschnitt vorbereitet. Mit der geplanten neuen Kita-Finanzierungsstruktur und deutlich mehr Mitteln für den Kita-Bereich werden wir auch die Qualität an den Kitas weiter steigern.

Pädagogisch innovativ sind Projekte, in denen Kitas und Grundschulen gemeinsam den Übergang gestalten. Wir Grüne haben uns vor Kurzem das Bildungshaus mit Eltern-Kind-Zentrum in Hamburg-Lurup angeschaut. Der Übergang zwischen Kita und Schule ist dort fließend. Wir fanden es besonders klasse, dass es, obwohl das Bildungshaus in einer besonders herausfordernden Gegend liegt, hier gelingt, einen hohen Bildungsstandard und eine Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu erreichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das zeigt einmal mehr, dass mit dem richtigen pädagogischen Konzept quasi alle Herausforderungen gemeistert werden können. So geht fortschrittliche Bildungspolitik, geehrte AfD.

Nun zum Antrag von SPD und SSW: Die Abschlussprüfungen in Mathe sind in diesem Jahr besonders schlecht ausgefallen. Wir haben dies mehrfach im Bildungsausschuss diskutiert. Außerdem hat das Bildungsministerium zu Gesprächen eingeladen, in denen ausführlich der Entstehungsprozess, das Zweitgutachten des IPN und die Bewertung der Aufgaben vorgestellt wurden.

Die Vorbereitung der Aufgabenerstellung für Abschlussprüfungen dauert zwei Jahre. Das heißt, die erste Version der Aufgaben ist bereits im Jahr 2016 entwickelt worden. Auch ich habe Akteneinsicht genommen und mir den Weg der Erstellung, der Begutachtung und der Modifizierung der Prüfungsaufgaben angesehen. Es war höchstspannend, und die Akten zeigen, dass das Ministerium und die Fachkommission es sich wirklich nicht leichtma-

(Ines Strehlau)

chen. Sie haben versucht, den Schülerinnen und Schülern eine möglichst ausgewogene Prüfung vorzulegen. Der Vorgang zeigt aber auch, wie schwierig das zu erreichen ist.

Es gab ein detailliertes 25-seitiges Gutachten einer Professorin aus einem anderen Bundesland zu den jeweils drei Paketen mit Aufgaben für den mittleren und den ersten Schulabschluss. Die Aufgabenschwerpunkte, die geprüften Kompetenzen und jede einzelne Formulierung wurden auf Herz und Nieren geprüft. Außerdem wurden die Aufgaben in anderen Bundesländern getestet. Danach hat sich die Fachkommission, die die Aufgaben erstellt hat, mit jeder einzelnen Anmerkung des Gutachtens auseinandergesetzt. Sie hat viele Änderungsvorschläge übernommen und einiges nach reichlicher Abwägung in der Ursprungsfassung belassen. Trotzdem hat es in Mathe insgesamt deutlich schlechtere Ergebnisse der schriftlichen Prüfungen als im Vorjahr gegeben. Dies ist allerdings auch in den vergangenen Jahren schon einmal vorgekommen. Es ist also kein neues Phänomen.

Beim MSA - dem mittleren Schulabschluss - war es dieses Mal bei 21 % der Prüflinge so, dass die Prüfungsnote um zwei Noten schlechter als die Vornote war. Allerdings erzielten nach der mündlichen Prüfung 75 % der Schüler ihre Vornote, 25 % schnitten besser oder schlechter ab.

Wichtig für alle Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte ist, dass das Ministerium Konsequenzen aus dem schlechten Abschneiden gezogen hat. Das Ministerium hat darüber umfangreich im Bildungsausschuss am 13. September 2018 berichtet. Es ist ein Maßnahmenbündel mit Entlastungen bei der Bearbeitungszeit, Verbesserungen bei der Vorbereitung, Unterstützung der Lehrkräfte und einigem mehr auf den Weg gebracht worden. Das Ministerium hat also reagiert und macht dabei einen guten Job. Deshalb braucht es die Aufforderung von SPD und SSW nicht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich verstehe den Antrag der SPD wirklich nicht. Wie lange wollen Sie eigentlich noch die

Sau „MSA“ durchs Dorf treiben? Wir haben das Thema eingehend im Ausschuss behandelt, und, wie ich finde, auf wirklich konstruktive Art und Weise. Genauso produktiv haben sich Bildungsministerium, Eltern, Schulen über die Sachlage ausgetauscht.

Anders als Sie darzustellen versuchen, hat das Bildungsministerium auch Konsequenzen aus den schlechten Prüfungsergebnissen gezogen. Vor allen Dingen hat man gesagt, dass man das Fortbildungsangebot für Lehrkräfte attraktiver gestalten und dafür Sorge tragen will - das ist eines der Hauptprobleme -, dass es stärker als bisher in Anspruch genommen wird. Das hat vorher keiner so deutlich zum Ausdruck gebracht. VERA 6 Mathematik wird verpflichtend. Das Problem waren ja nicht die zu schweren Aufgaben, das hat ja auch das IPN in einem Gutachten festgestellt, sondern das Problem war - wie ich ebenfalls finde - die ausbaufähige Vorbereitung in den Jahren vor dem Abschluss. Denn im Abschlussjahr lassen sich die Defizite nicht mehr ausgleichen. Das hat uns auch Professor Köller in dem Gespräch bestätigt, und Sie waren dabei.

Es gibt auch noch andere Gründe, warum die Abschlussprüfungen so schlecht geworden sind. Auch das ist erläutert worden. Wir müssen genau hinschauen, warum Schüler bewusst durch eine Prüfung fallen, um diese wiederholen zu können.

Ich denke, Sie machen sich das ein bisschen zu einfach. Viele Schülerinnen und Schüler, die jetzt ihre Prüfung gemacht haben, haben in ihrer Schullaufbahn die SPD in bildungspolitischer Verantwortung erlebt. Man könnte also sagen, dass Sie sich mit allem, was Sie heute hier anprangern, selber anprangern. Denn Sie haben in den letzten Jahren federführend die Verantwortung für die Bildungspolitik gehabt, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, CDU und AfD)

Es ist aus meiner Sicht mehr als scheinheilig, nun zu suggerieren, die amtierende Ministerin Prien oder vielleicht die Kommission oder vielleicht der Heilige Geist seien dafür verantwortlich.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben offensichtlich in den Ausschussberatungen geschlafen, oder Sie haben beziehungsweise wollten das Problem nicht verstehen.

Ich muss ganz ehrlich sagen, Dr. Buchholz hat völlig recht mit seiner Aussage: „Mathe muss Spaß machen.“

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

(Anita Klahn)

Wenn Unterricht langweilig ist, tauchen Schüler schlicht und einfach ab. Wir müssen alles dafür tun, um einen zeitgemäßen, attraktiven Unterricht zu gestalten. In diesem Zusammenhang komme ich gern auf das Thema Digitalisierung zu sprechen. Das ist ein Instrument, mit dem man auch Schüler gewinnen kann. Wir müssen an dieser Stelle ehrlich über die Probleme nachdenken und uns fragen, ob bin-differenzierter Unterricht für alle Schüler und Schülerinnen der richtige Weg ist oder ob wir vielleicht doch auch andere Möglichkeiten zulassen müssen.

Wir lehnen den Antrag der SPD und des SSW ab. Er ist offenbar substanzlos und dient wohl nur dazu, ein schlechtes Ergebnis politisch zu instrumentalisieren, ohne die wahren Hintergründe ehrlich zu analysieren und darauf richtige Maßnahmen zu ergreifen. Wir werden dies tun.

Zu dem AfD-Antrag. Auch dieser zeigt, was wir schon lange wissen: Bildungspolitische Kompetenz ist bei Ihnen nicht wirklich vorhanden. Wir sind in den Kindergärten, mit dem Übergangssystem Kita-Schule, heute viel weiter, als Sie versuchen, dies darzustellen. Schauen Sie - -

(Zuruf AfD: Das war in der Vorschule aber besser!)

- Ihre ganz persönliche Erfahrung sollte jetzt aber nicht allein die Handlungsweise für das ganze Land beeinflussen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie in die Kitas gehen und sich anschauen, mit welchem Engagement sich Erzieherinnen, Lehrkräfte, Eltern und Kinderärzte darum kümmern, Kinder frühzeitig zu fördern, sie sowohl in ihren Stärken als auch bei ihren Schwächen zu unterstützen, dann wüssten Sie, dass wir auf diese Art und Weise wirklich viel weiterkommen als mit der uralten Vorschule aus dem letzten - ich sage es wirklich - Jahrtausend.

Meine Damen und Herren, die Kita ist heute keine Verwahranstalt mehr. Die Kita ist eine Bildungseinrichtung, die erste, die ein Kind besucht. Es wird dort Früherkennung betrieben; es gibt Entwicklungs-, Sprach- und Lernförderung. Das ist eine ganz wichtige - die Kollegin Strehlau hat es auch dargestellt - Aufgabe. Es gibt aber ein ganz anderes Problem, das Sie außer Acht lassen: Eltern brauchen eine verlässliche und ausgeweitete Betreuungszeit, um den Bereich von Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen. Dafür haben wir in den letzten Jahren mit Bund, Land und Kommunen

wirklich gute Strukturen geschaffen. Das können Schulen nicht leisten, weil es diese flexiblen Möglichkeiten, die Infrastruktur und die Räume schlichtweg nicht gibt. Es gibt dort auch nicht das Personal. Es ist - das ist heute auch deutlich gesagt worden - nicht das richtige Instrument, Kinder in der Schule unterzubringen, von denen Sie gesagt haben, sie bräuchten eine ganz besondere Förderung. An dieser Stelle, weil es ganz aktuell ist, sage ich auch: Leider hat die GroKo gerade die 2 Milliarden € gestrichen, die für den Ausbau der verlässlichen Ganztagsbetreuung an Grundschulen vorgesehen waren. An dieser Stelle haben wir ganz andere Probleme, über die wir sprechen müssen. Sie aber wollen den Grundschulen eine Vorschule aufdrängen, die wirklich - -

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Anita Klahn [FDP]:

Ja, ich formuliere meinen letzten Satz. - Dies ist also nicht hilfreich. Sorry, das ist anachronistisch, und das werden wir nicht unterstützen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das war jetzt der letzte Satz.

Anita Klahn [FDP]:

Danke schön.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn landesweit Schwierigkeiten in einem Teilbereich einer Prüfung festzustellen sind, ist erst einmal die Vermutung naheliegend, dass es Probleme in der Aufgabenstellung gab. Aus unserer Sicht ist in der Ausschussbefassung deutlich geworden, dass tatsächlich ausschlaggebende Schwierigkeiten in der Fragestellung des Teilbereichs „Funktionen“ lagen. Unserem Antragstext ist zu entnehmen, dass es uns hier nicht um Schuldzuweisungen geht.

(Jette Waldinger-Thiering)

Aus der Diskussion im Ausschuss lässt sich schließen, dass auch die sogenannte „Teaching-to-the-test“-Mentalität, also die sehr beengte thematische Hinführung auf die erwarteten Prüfungsfragestellungen, an manchen Schulen zu schlechteren Ergebnissen beigetragen haben. Die schlechteren Prüfungsergebnisse zeigen uns außerdem ganz deutlich, dass das immer wiederkehrende Thema Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer immer noch nicht den Stellenwert hat, den wir beim SSW ihm zumessen. Das ist schade. Schließlich wissen wir aus den Berichten des Ministeriums, dass auf der entsprechenden Informationsveranstaltung von 200 teilnehmenden Schulen nur 36 Mathematiklehrkräfte waren und dass es bei IQSH-Fortbildungen mehrere Ausfälle von Fortbildungsveranstaltungen zum Thema Funktionen in Klasse 9 und 10 gegeben hat. Wir nehmen die Ergebnisse der Diskussion im Ausschuss zum Anlass zu fordern, dass das Ministerium öffentlich Verantwortung übernimmt und vor allem den Schülerinnen und Schülern gegenüber einfach zugibt: „Ja, es gab vorab Beanstandungen an der Aufgabenstellung zur Funktionsrechnung. Wir haben die Warnungen, die es im vorbereitenden Gutachten gab, an dieser Stelle nicht ernst genug genommen.“

(Beifall SSW und SPD)

Die abschließende Benotung ist nun einmal abgeschlossen, daran können und werden wir nicht rütteln. Es wäre nur gut und richtig gewesen, wenn das Ministerium die Kritik öffentlich angenommen hätte.

(Beifall SSW und SPD)

Dies wäre ein angemessenes Signal an die Schülerinnen und Schüler. Ziel unseres Antrags ist nicht, an der Vergleichbarkeit und Qualität aller schulischen Abschlüsse zu rütteln. Ziel unseres Antrags ist, den Schülern und Schülerinnen auch Raum für Kritik zu geben und pragmatisch auf verhagelte Ergebnisse in Abschlussprüfungen zu reagieren.

Sicherlich können sich Leistungen in Prüfungen leicht verändern, aber hier liegt die Ursache nicht nur bei den Schülerinnen und Schülern, sondern nachweislich an der Aufgabenstellung. Stellvertretend hat dann ausgerechnet unser Wirtschaftsminister seine persönliche Lösung verkündet: Unsere Lehrerinnen und Lehrer müssten den Unterricht doch attraktiver machen. - Vielleicht haben einige von Ihnen schon vergessen, wie anstrengend Prüfungssituationen in der Schule sein können, wie viele Ängste und tatsächliche Chancen für die Zukunft damit einhergehen. Der SSW hat klar an der

Seite der Schülerinnen und Schüler gestanden; und es ist bedauerlich, dass wir von der Bildungsministerin nicht selbiges behaupten können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für einen Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will dies noch nachschieben: Es ging mir überhaupt nicht um die zweifelsohne sehr gute pädagogische Förderung an unseren Kitas. Die Vorschulförderung findet dort statt. Es geht mir auch überhaupt nicht um das Einschulungsprozedere, etwa um die amtsärztlichen Maßnahmen; auch das findet dort statt. Im Moment findet es dort noch statt; auch Sie haben in dieser Woche bestimmt in der Zeitung gelesen, dass es immer weniger stattfindet. Dass es so etwas in unserem Land gibt, ist für mich unvorstellbar, aber es ist leider die bittere Realität.

Die Abschaffung der Vorschule wurde seinerzeit gefordert, da die Schule mit Heterogenität umgehen und man für jedes Kind adäquate Angebote vorhalten müsse. Das hört sich gut an; und in Grenzen ist dies auch machbar. Die Praxis hat aber gezeigt, dass die Schulen damit teilweise überfordert sind und dass wir damit teilweise auch die Kinder überfordern. Es geht mir darum, dass wir Kinder einschulen, die erwiesenermaßen nicht schulreif sind. Es geht mir auch nicht darum, die Kinder aus dem Kindergarten herauszuholen - das wäre das Hamburger Modell -, sondern darum, dass man Kindern, die dies wirklich brauchen, nach der Kindergartenzeit, nach der vorschulischen Erziehung im Kindergarten das Angebot macht, dass sie vor der Schule vorbereitet werden; und das findet normalerweise in der Vorschule statt.

(Beifall AfD)

Da Sie sagen, das sei „rückwärtsgewandt“ und „anachronistisch“: Um Himmels willen, ich bin bestimmt kein bester Freund von Rot-Grün in Hamburg - das werde ich auch nicht werden -, aber hier hat Hamburg vorgelegt. Das ist nicht anachronistisch, sondern wir haben auf eine Entwicklung reagiert, die wir seit mehreren Jahren verstärkt sehen, dass wir immer mehr Kinder haben, die schlicht und ergreifend nicht schulreif sind. Ich finde es ab-

(Dr. Frank Brodehl)

solut unmenschlich, diese Kinder in die Schule zu schicken, statt sie in eine ordentliche Vorbereitung zu geben.

Hamburg hat darauf reagiert. Wenn ich als AfD-Politiker hierauf hinweise, dann ist es echt gewagt, hieraus zu machen, das sei ja „anachronistisch“ und passe nicht in die Zeit. - Das Gegenteil ist der Fall. Ich werde von dieser Stelle auch immer wieder die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen: „Je vielfältiger, desto besser“ klingt gut, ist in der Schule aber nur eingeschränkt wahr. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sind mehr für Einfalt!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering von den Abgeordneten des SSW.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Vielen Dank, Herr Landtagspräsident! - Ich muss noch einmal auf den AfD-Antrag eingehen und vor allen Dingen auf das, was der Abgeordnete Brodehl gerade gesagt hat. Die frühkindliche Förderung findet - das hat auch die Abgeordnete Ines Strehlau dem Parlament und den Zuhörerinnen und Zuhörern noch einmal dargestellt - in den Kindergärten statt. Wir haben viele Programme, ob das nun die Sprachförderung, die Logopädie oder andere sind. Es gibt viele Dinge, die in den Kindergärten schon gemacht werden. Jetzt zu meinen, wir müssten die Vorschule wieder einführen, weil die Schule - das ist Ihr Ausgangspunkt - mit der Vielfältigkeit von Kindern nicht zurechtkommt, möchte ich doch - Sie zitieren immer wieder Hamburg - eines sagen: Wenn Sie Hamburg schon zitieren, dann zitieren Sie Hamburg weiter.

Wenn Sie Hamburg schon zitieren, dann müssen Sie Hamburg auch weiter zitieren; denn in Hamburg sagt man, die Schule muss sich an die Kinder anpassen und nicht die Kinder an die Schule.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Genau das sehen wir anders!)

Die Kinder zu sortieren und zu sagen: „Ihr kommt in die Vorschule, und ihr anderen könnt in die Schule gehen“, das ist doch nicht weit genug gedacht. Wenn Kinder Schwierigkeiten haben, dann nützt es nichts, wenn man dies erst fünf Minuten vor zwölf, also kurz bevor sie in die Schule kommen, diagnostiziert. Insofern setzen wir auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kitas, mit

den Pädagogen, die dort jeden Tag unendlich große Aufgaben zu bewältigen haben. Ich glaube, das ist ein sehr gutes System. Wir sollten mehr darauf setzen - das werden wir gemeinsam tun -, dass die Kita noch feinfühlicher wird und noch mehr Zeit für pädagogische Aufgaben hat. Dann, glaube ich, holen wir nachher auch das Beste für die Kinder heraus - und keine Vorschule.

(Beifall SSW und Kai Vogel [SPD])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. Ich erteile nun für die Landesregierung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien, das Wort.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst zum Antrag der SPD und des SSW „Gutachten ernst nehmen, Schülerinnen und Schüler schützen“ ein paar Worte sagen. Natürlich, die unterdurchschnittlichen Ergebnisse der schriftlichen Mathearbeiten in den ersten und mittleren Abschlüssen haben für viele Diskussionen gesorgt. Das kann ich sehr gut nachvollziehen. Das ist auch der Grund dafür gewesen, dass wir sehr schnell nicht nur die Öffentlichkeit darüber informiert haben, sondern mit einer gründlichen Ursachenanalyse begonnen haben, die wir im Übrigen zu jedem Zeitpunkt transparent gemacht haben. Der Titel des Antrags „Gutachten ernst nehmen“ führt deshalb in die Irre. Das müssen Sie sich auch entgegenhalten lassen, meine Damen und Herren von SPD und SSW; denn genau das Gegenteil ist der Fall. Das Ministerium ignoriert die Expertise der Gutachten keineswegs, sondern wir haben die Expertise der Gutachten genau unter die Lupe genommen. Insofern möchte ich Sie noch einmal kurz auf das Verfahren hinweisen.

Die Entwicklung der Aufgaben - darauf ist hingewiesen worden - begann durch die Fachkommission im Jahr 2016 unter Ihrer Regierungsverantwortung. Der erste Entwurf der Aufgaben wurde gutachterlich überprüft. Das ist das Verfahren, das hier üblich ist. Die im Gutachten zu Recht aufgeworfene Kritik wurde dann bei der Überarbeitung der schriftlichen Arbeiten berücksichtigt. Auf Basis des Gutachtens wurden 40 Veränderungen der eingereichten Aufgaben vorgenommen. Wir haben dazu, weil wir nämlich genau wissen wollten, wie in unserem Hause im Bereich der Qualitätssicherung gearbeitet wird, das IPN, immerhin eines der führen-

(Ministerin Karin Prien)

den Bildungsforschungsinstitute in Deutschland, gebeten, einmal zu überprüfen, ob an dieser Stelle im Hause Fehler gemacht worden sind. Das IPN - das wissen Sie; das Gutachten liegt Ihnen vor - kam zu dem Schluss, dass es sich um eine inhaltlich ausgewogene und den Fachanforderungen angemessene Arbeit gehandelt hat.

Meine Damen und Herren, trotzdem haben wir uns über die Frage der Qualitätskontrolle intensiv Gedanken gemacht, die ja Ihre Ministerin zu verantworten hatte. Ich würde nicht auf die absurde Idee kommen, Frau Ernst im Nachhinein die Schuld für die schlechten Mathematikergebnisse im MSA und ESA zu geben. Ich glaube, wir sollten an dieser Stelle auch fair miteinander umgehen. Ich bin froh, dass wir auch auf der Grundlage der Überlegungen des IPN jetzt zu einer verbesserten Qualitätssicherung gekommen sind. Die Maßnahmen sind im Einzelnen von Frau Strehlau beschrieben worden. Wir haben noch mehr Maßnahmen ergriffen. Ich bin mit Ihnen der Meinung, wir sind als Ministerium in der Verantwortung, diesen Prozess der Aufgabenstellung so sorgfältig wie irgend möglich durchzuführen. Wir sind auch in der Verantwortung, die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer so zu veranlassen, dass die Schülerinnen und Schüler möglichst gut auf die Prüfungen vorbereitet sind. Dafür übernehme ich gern für die Zukunft die Verantwortung.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Lassen Sie mich nun zu dem Antrag der AfD einige Sätze sagen. Ich bin tatsächlich der Auffassung, dass eine gute Sprachbildung vor Eintritt in die Grundschule für den späteren Bildungserfolg unserer Schülerinnen und Schüler von außerordentlich großer Bedeutung ist. Gerade das Alter zwischen drei und sechs Jahre bietet hier ein großes Potenzial für Kinder mit Migrationshintergrund, aber übrigens auch für solche ohne Migrationshintergrund. Das hat mit der Frage erst einmal gar nichts zu tun. Auch im Hinblick auf die anderen Förderbedarfe ist diese Zeit außerordentlich wichtig. Deshalb ist die gute Zusammenarbeit zwischen der Kita und der Grundschule, insbesondere im letzten Jahr vor der Einschulung, von außerordentlich großer Bedeutung. Da machen wir schon viel. Wir diskutieren zwischen den Häusern darüber, was man da möglicherweise noch besser machen kann. Ich bin weit davon entfernt zu sagen, dass wir alles machen, was möglich ist. Ich finde, da kann man noch besser werden. Aber wir sind auf einem guten Weg. Wir haben uns das Startchancenjahr deshalb vorgenommen,

damit wir an dieser Stelle bei der Qualitätsverbesserung noch nachjustieren können.

Im Übrigen haben wir - das ist in der Diskussion bisher nicht genannt worden; in Schleswig-Holstein ist es anders als in Hamburg - die flexible Eingangsphase. Das heißt, wir haben ohnehin die Möglichkeit, gerade die Schülerinnen und Schüler, die es schwerer haben, ein Jahr länger zu beschulen. Insofern gibt es da schon ein Korrektiv.

Sie haben gesagt, die Untersuchungen bei den Vier- einhalbjährigen mit der Möglichkeit der Teilnahme am Vorschulversuch in Hamburg stammten von Rot-Grün. Das ist falsch. Das ist von der CDU-Regierung eingeführt worden. Das muss an dieser Stelle auch einmal gesagt werden.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Umso besser!)

Aber ich glaube, man muss sich auch die strukturellen Unterschiede zwischen einem Stadtstaat und einem Flächenland anschauen. Wir würden Vorschulklassen ohnehin nur ganz vereinzelt in Stadtteilen zustande bekommen. Deshalb ist das einfach kein Modell für ein Flächenland, sondern wir müssen über andere, besser wirksame Modelle sprechen. Da gibt es in Schleswig-Holstein bereits sehr gute Beispiele. Ich warne einfach davor, jetzt eine pauschale Strukturdebatte über die Vorschule in Schleswig-Holstein zu führen. Eine Strukturdebatte bringt uns an dieser Stelle nicht weiter; vielmehr müssen wir über eine Qualitätsverbesserung sowohl in der Kita als auch in der Schule und vor allem in Bezug auf eine Zusammenarbeit beider Institutionen sprechen. Ich bin optimistisch, dass wir in dieser Legislaturperiode noch weitere Schritte vorankommen werden. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Nun hat sich zu einem Kurzbeitrag der Abgeordnete Martin Habersaat aus der SPD-Fraktion gemeldet.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Ich möchte aus dem Protokoll über die Sitzung des Bildungsausschusses am 13. September 2018 vorlesen. Da habe ich gesagt:

„Ich bekomme zwei Dinge nicht überein. Frau Ministerin, Sie sagen, es sei von Kreis zu Kreis unterschiedlich gewesen, deswegen

(Martin Habersaat)

könne man nicht sagen, dass es in einem Bereich besonders gravierend war. Gleichzeitig haben wir aber gehört, dass bei der Vollerhebung“

- das war die Auswertung aller Klausuren durch das Ministerium -

„der Bereich Funktionen besonders defizitär war. Deswegen meine Frage: Ist es möglich, uns die Vollerhebung und das Gutachten von Professorin Driike-Noe zugänglich zu machen?“

Antwort der Ministerin:

„Nach meinem Verständnis haben wir zu dem Gesamtvorgang umfassend und transparent berichtet, in einem Umfang, in dem - glaube ich - noch nie berichtet worden ist. Insofern glaube ich, dass wir unserer Informationspflicht überobligatorisch nachgekommen sind.“

Die Antwort auf meine Frage war also: Nein, Sie wollten uns das nicht zugänglich machen. Ich habe im Ausschuss und im Gespräch im Ministerium mehrfach gesagt, dass ich die Konsequenzen, die das Ministerium aus diesen Klausuren zieht, begrüße und gut finde. Ich finde es völlig absurd, heute Ihre Vorgängerin da mit hineinziehen zu wollen, obwohl wir von Ihnen einfach nur einmal hören wollten: Ja, es ist auch im Ministerium nicht alles perfekt gelaufen. Liebe Schülerinnen und Schüler, es lag nicht ausschließlich an euch. - Das hätten wir heute von Ihnen erwartet. Das haben Sie nicht geliefert, und das finde ich bedauerlich. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen nun zur Abstimmung zu Punkt a): Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1017. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Ich lasse über den Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung zu Punkt b): Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1022 (neu). Diesbezüglich hat der Kollege Dr. Brodehl Überweisung in den Bildungsausschuss beantragt. Wer diesen Antrag dem Bildungsausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist die Ausschussüberweisung gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktion der AfD mit den Stimmen aller übrigen Abgeordneten abgelehnt, und wir kommen zur Abstimmung in der Sache.

Wer dem Antrag mit der Drucksachennummer 19/1022 (neu) zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der AfD-Fraktion mit den Stimmen aller anderen Fraktionen so abgelehnt.

Ich rufe nun auf Tagesordnungspunkt 28:

Jetzt Winternotprogramm für Obdachlose auf den Weg bringen!

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1028

Winternothilfe für Obdachlose - Land unterstützt die Wohnungslosenhilfe

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1049

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst dem Fraktionsvorsitzenden der AfD, Jörg Nobis, das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Obdachlosigkeit ist auch in Schleswig-Holstein ein großes Problem. Wer denkt, dieses Problem betreffe ausschließlich nur die großen Städte in Deutschland, wie beispielsweise Hamburg oder Berlin, liegt völlig falsch. Genau darum geht es heute in unserem Antrag. Wir wollen, dass das Land die Kommunen jetzt unbürokratisch unterstützt. Dabei sollen insbesondere die während der Flüchtlingskrise angeschafften Wohn- und Sanitärcontainer im Rahmen eines Winternotprogramms für Obdachlose ab sofort den zuständigen Kommunen zur Verfügung gestellt und dabei selbstverständlich auch logistische Hilfestellung geboten werden.

(Jörg Nobis)

Meine Damen und Herren, natürlich werden Sie unserem Antrag wie immer nicht zustimmen, weil Sie unseren Anträgen generell nicht zustimmen. Das wissen wir.

(Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das!)

Aber ich bin dieses Mal schon gespannt darauf, wie Sie sich das gleich im Detail zurechtargumentieren werden. Wir begrüßen jedenfalls, dass sich die Regierungskoalition gestern noch dazu durchgerungen hat, unsere Idee aufzugreifen, und einen im Kern fast deckungsgleichen Alternativantrag gestellt hat. Sie hätten natürlich auch einfacher unserem Antrag zustimmen können; aber das haben Sie dann doch nicht über das Herz gebracht.

Ich darf doch noch einmal anmerken: Wir von der AfD-Fraktion betreiben Agenda-Setting. Das freut uns sehr. Es geht uns ja immer um die Sache.

(Beifall AfD)

Genau in der Sache besteht nämlich dringender Handlungsbedarf. Aus persönlichen Gesprächen mit Menschen, die sich in meinem Wahlkreis in der Obdachlosenhilfe engagieren, weiß ich, dass die Kapazitäten vielfach nicht ausreichend sind und dass vor allem Obdachlose ihre Tiere nicht in entsprechende Unterkünfte mitnehmen dürfen. Diese Menschen werden schlichtweg abgewiesen, beziehungsweise sie werden aufgefordert, ihren häufig einzigen treuen Wegbegleiter, ihren Hund, woanders unterzubringen.

Genau deshalb beantragen wir hier und heute, dass die Landesregierung sich der Problematik unbürokratisch annehmen möge. Sie soll dann insbesondere die Bedarfe ermitteln, um den Städten und Gemeinden die noch nicht abgängigen Container anzubieten und in der Umsetzung ganz konkrete Logistikhilfe zu leisten - genauso wie in der Flüchtlingshilfe auch.

Ich sage das mit aller gebotenen Deutlichkeit. Es gibt für mich keinen sachlichen Grund, warum in der Flüchtlingskrise den Menschen unbürokratisch geholfen werden konnte, warum es aber bei Obdachlosen an Zuständigkeiten, Verwaltungsvorschriften oder dem vermeintlich falschen Antragsteller - nämlich der AfD-Fraktion - scheitern sollte. Wir bitten daher die Landesregierung, ihre während der Hochphase der Flüchtlingskrise gewonnenen Erfahrungen für ein Winternotprogramm für Obdachlose einzusetzen und schnell zu handeln. Die Hilfe duldet keinen Aufschub. In Hamburg gab

es bereits Ende Oktober die erste Kältetote. Ich beantrage daher Abstimmung in der Sache.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Kollege Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obdachlose gehören zu uns; sie sind Teil unserer Gesellschaft.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Ich finde es imponierend, dass zum Beispiel Frank Zander dies immer wieder mit der Einladung zum Weihnachtsessen zum Ausdruck bringt. Ich möchte die Debatte dazu nutzen anzuregen, ob wir nicht auch seitens des Landtags Obdachlose unseres Landes zu einem Beisammensein in das Landeshaus oder an einen anderen Ort einladen sollten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Ich glaube, wir würden uns freuen, wenn der Landtagspräsident dies fördernd begleiten würde.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Das Landeshaus ist das Dach für alle Bürger unseres Landes.

(Beifall CDU und AfD)

Die sozialen Probleme werden größer, auch die Zahl der Obdachlosen. Wir hatten im vergangenen Jahr im November bei der Debatte hier in diesem Hause zu dem gleichen Thema - also kein neues Thema, auch in dieser Wahlperiode nicht - etwa eine Zahl von 8.000. Es mögen mehr sein, keiner kann es ganz genau sagen.

Wer durch die Straßen geht, vor allen Dingen in Großstädten - ich habe mir im Sommer in Köln bei einem Spaziergang durch die Stadt einmal ein Bild gemacht -, der sieht in vielen Straßen, vor allen Dingen in guten Straßen, alle 100 m einen Menschen ohne Obdach: Das sind junge, alte, verletzte und kranke Menschen. Das ist ein sehr bedrückender Zustand in einer so reichen Gesellschaft, wie wir es sind.

(Beifall CDU und AfD)

(Werner Kalinka)

Viele haben sich ihr Schicksal sicherlich nicht ausgesucht. Es gibt viele Gründe dafür: Verlust von Arbeitsplatz, Beziehungsprobleme - ich will sie im Einzelnen nicht aufzählen. Es ist ganz wichtig, dass wir der Prävention, der vorbeugenden Begleitung eine hohe Bedeutung beimessen. Wir, die Jamaika-Koalition, haben im vergangenen Jahr - genau wie andere - zum Ausdruck gebracht, dass wir höhere Mittel für dieses Programm als richtig ansehen würden. Wir freuen uns, dass die Landesregierung mit dem Herrn Sozialminister dem Landtag eine Erhöhung der Mittel von 682.000 € auf 1,9 Millionen € für 2019 vorschlägt.

(Beate Raudies [SPD]: Da ist nichts dagegen zu sagen!)

Das ist genau der richtige Weg. Dieses entspricht auch genau dem, was wir für notwendig ansehen.

(Beifall CDU - Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Es nützt ja nichts, dass Sie sich künstlich aufregen, weil Sie einfach nicht verknusen können, dass Sie Versäumtes nicht ändern können in der ganzen Angelegenheit. Das ist immer wieder Ihr psychologisches Problem.

(Beate Raudies [SPD]: Ich rege mich nicht künstlich auf! - Beifall SPD)

- Ja, wer denn sonst?

Meine Damen und Herren, ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen zu danken, die sich beim Thema der Obdachlosenhilfe so engagiert und großartig einbringen. Das ist eine schwere Arbeit. Dafür herzlichen Dank, auch von diesem Hause.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sollten Container benötigt werden, dann freuen wir uns, dass die Landesregierung aus ihrem noch zur Verfügung stehenden Kontingent dieses selbstverständlich tun wird. Einer besonderen Aufforderung bedarf es ja auch eigentlich gar nicht.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Ich denke doch!)

Die Kommunen konnten doch, genau wie andere, die Container bestellen, in Anspruch nehmen, beantragen; also eine besondere Aufforderung ist dort überhaupt nicht mehr nötig. Aber wenn dies für richtig angesehen wird: Es schadet ja auch nicht. Besonders wenn der Winter hart wird, ist eine wärmende Bleibe wichtig.

Ich möchte einen weiteren Gedanken hinzufügen: Ob es um Obdachlose oder um von Wohnungsver-

lusten bedrohte Frauen aus den Frauenhäusern geht - da bringt ja auch die Gleichstellungsministerin Frau Dr. Sabine Sütterlin-Waack einiges auf den Weg - auch dafür vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Menschen, die auf dem freien Markt kaum oder keine Chance haben, denen sollte gesondert geholfen werden. Ich höre, dass es auch bei der Landesregierung dazu Überlegungen gibt, zum Beispiel, indem Kommunen das Land zur Verfügung stellen und das Land den Kommunen Finanzmittel gibt. Das wäre mit Sicherheit ein richtiger Weg, um in diesem schwierigen Bereich zu helfen, um Wohnungsverluste zu vermeiden und Wohnungen anbieten zu können.

Ein Dach über dem Kopf ist ein Menschenrecht - ein elementares. Nicht jedes Leben ist materiell erfolgreich. Aber deswegen ist es nicht ohne Wert. Zur Freiheit gehört auch, dass der Erfolg nicht garantiert ist. Unsere Aufgabe ist es sicherzustellen, dass jeder zumindest ein Dach über dem Kopf und eine Mahlzeit zum Essen hat.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist beschämend, dass in Deutschland Menschen wohnungslos sind. Das heißt, es gibt Menschen ohne Wohnung, Menschen die keinen Mietvertrag bekommen. Es gibt Menschen, die kurz vor der Zwangsräumung stehen beziehungsweise wegen vieler anderer Schwierigkeiten in ihrem Leben auf der Straße leben müssen. Wenn wir über Wohnungslosigkeit sprechen, sprechen wir in Deutschland mittlerweile über circa eine Million Menschen, die keine eigene Wohnung haben, so die aktuelle Prognose der BAG Wohnungslosenhilfe e. V. Das heißt, diese Menschen leben in Not- oder Sammelunterkünften, in billigen Hotels, auf der Straße oder retten sich bei Freunden von Couch zu Couch. Darum muss es unser Ziel sein, dass alle Menschen eine Wohnung haben,

(Sandra Redmann [SPD]: Genau!)

(Wolfgang Baasch)

dass die Menschen ihre eigene Wohnung haben, in der sie sich sicher und zu Hause fühlen können.

(Beifall SPD, Dennys Bornhöft [FDP], Oliver Kumbartzky [FDP] und Lars Harms [SSW])

Wohnungslose Menschen brauchen Wohnungen. Viele individuelle Hilfen sind wertvoll und sicherlich auch hilfreich und unterstützenswert; aber das Entscheidende ist doch, dass der Mensch ein Dach über dem Kopf hat und das jeden Tag, an dem er in diesem Land lebt beziehungsweise etwas mit seiner Familie gestalten will.

(Beifall SPD)

Deswegen ist es wichtig, auf das Problem aufmerksam zu machen. Das Problem muss gelöst werden. Das ist das Entscheidende. Darum unterstützt die SPD die Volksinitiative des Sozialverbandes und des Mieterbundes Schleswig-Holstein, die das Recht auf angemessenen Wohnraum in unserer Landesverfassung festschreiben möchte. Gemeinsam werden wir sehen, wenn wir darüber hier im Parlament diskutieren, ob wir dieses Grundrecht der Menschen in unsere Landesverfassung aufnehmen.

(Sandra Redmann [SPD]: Ja!)

Dieser dann auch festgeschriebene politische Wille und der Bau von Wohnungen mit sozialer Bindung sind die Antwort auf das Marktversagen im Wohnungsbereich. Wir müssen dem Marktversagen sowie dem Missbrauch durch Spekulation oder der Überbelegung und Verwahrlosung von Wohnraum sowie der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entschieden entgegenreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vermeidung und den Abbau von Wohnungslosigkeit gilt es zu zentralem politischen Handeln aller Akteure auf den kommunalen Ebenen, im Land und im Bund zu machen. Menschen mit vielschichtigen Problemlagen wie einer Suchterkrankung oder psychischen Erkrankung oder mit finanziellen Schwierigkeiten - zum Beispiel Mietschulden - brauchen besondere Hilfe. Eine niedrigschwellige Beratungs- und Hilfskultur und Unterstützungsangebote sind notwendig, damit Menschen nicht mehr gezwungen sind, von einem ins nächste Notasyl zu wechseln.

(Sandra Redmann [SPD]: Ja!)

Die steigende Überschuldung in Schleswig-Holstein wird auch zu einer Verschärfung im Bereich des Wohnungsmarktes führen, denn wer überschuldet ist, kann zuerst seine Miete nicht mehr bezahlen. Um die Beratungs- und Hilfsangebote zu stär-

ken, hatte die SPD-Landtagsfraktion bereits für den Haushalt 2018 eine Aufstockung der Wohnungslosenhilfe auf über 1 Million € beantragt. Wir wollten den entsprechenden Haushaltstitel aufgrund der steigenden Zahlen von Wohnungslosen in Schleswig-Holstein von 682.000 € um 400.000 € erhöhen.

(Beifall SPD)

Dies hat die Jamaika-Koalition 2018 abgelehnt. Deswegen ist es natürlich schwierig, jetzt auf etwas anderes als auf sich selbst zu verweisen, Herr Kollege Kalinka. Sie waren es, die es praktisch schon um ein Jahr verzögert haben, dass das, was Sie jetzt fordern, umgesetzt wird.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Dann bleibt noch festzuhalten: Es handelt sich nicht um 1,9 Millionen €; so großzügig sind Sie auch nicht.

(Werner Kalinka [CDU]: 1,09!)

- 1,09 Millionen € sind es. Dass Sie das jetzt beantragt haben, zeigt, dass wir damals - 2018 - schon sehr vorausschauend gedacht und Entsprechendes beantragt haben. Es ist gut, dass Jamaika diese Forderung jetzt aufgreift und in einem Antrag ankündigt, dass wir das in den Haushaltsberatungen so regeln. Dem werden wir, weil wir es für richtig halten, natürlich zustimmen. Wir haben es für richtig gehalten, und wir halten es für richtig.

(Beifall SPD)

Der Beleg findet sich in dem vorgelegten Alternativantrag, den wir für unterstützenswert halten und dem wir auch zustimmen werden.

Den Ursprungsantrag der AfD lehnen wir ab. Eine Partei, die eine irrationale Angst vor Überfremdung produziert, den Verlust einer angeblich deutschen Identität feststellt und mit rassistischem Gedankengut Menschen in schlechter oder besser einteilt, kann über kein soziales Gewissen verfügen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dennys Bornhöft [FDP] und Lars Harms [SSW])

Eine solche Partei, die sonst den Rückzug des Sozialstaates fordert, gibt sich mit dem Ursprungsantrag einen vermeintlich sozialen Anstrich. Das nehmen wir Ihnen nicht ab. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab. Dem Antrag der Regierungskoalition werden wir zustimmen.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW] - Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vieles ist schon gesagt worden. Über vieles haben wir uns auch im letzten Jahr schon miteinander ausgetauscht. Ich würde gern an das, was der Kollege Wolfgang Baasch eben gesagt hat, anknüpfen: Es ist so, dass in Schleswig-Holstein fast 8.000 Obdachlose leben. Und ja: Wir kümmern uns als Jamaika und auch als Grüne um sie. Es ist Ihr gutes Recht, als Opposition zu sagen: Es muss schneller gehen, und es muss mehr werden. - Das ist alles gut. Mich freut aber, dass Sie unserem Antrag trotzdem zustimmen werden, denn wir haben ja reagiert. Genau das habe ich letztes Jahr von dieser Stelle aus gesagt: Wenn das Geld nicht ausreichen wird, werden wir uns dafür einsetzen, dass nachgebessert wird. Das haben wir getan. Das Geld kommt, und es ist gut aufgehoben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dennys Bornhöft [FDP] und Lars Harms [SSW])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Winter ist die Jahreszeit, die für die Obdachlosen am allerschwierigsten ist. Das hat der Kollege Kalinka gerade eben schon ausgeführt. Ein Dach über dem Kopf zu haben, sollte ein Mindeststandard unserer Gesellschaft sein in einem Land, das insgesamt reich genug ist. Deswegen - das ist mir von grüner Seite ganz wichtig, und ich freue mich, dass wir uns darauf in den Besprechungen mit den Jamaika-Koalitionären verständigen konnten - ist es sinnvoll und das Beste, wenn wir Obdachlosigkeit verhindern, Prävention stärken und die Beratungsangebote stärken. Es kann doch nicht sein, dass im „Panorama“-Magazin ein Bericht läuft, in dem gesagt wird: Diese junge Frau wird demnächst obdachlos werden. - Das kann nicht sein. Es steigert den Verdruss gegenüber der Politik, und es mangelt dann an Vertrauen in den Sozialstaat, das wir alle miteinander stärken müssen. Deswegen ist es gut, dass wir hier weiter vorankommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ganz klar: Die Container stehen zur Verfügung. Selbstverständlich können sie, wenn es vor Ort gewollt ist, als Übergangslösung für die kalte Jahreszeit in An-

spruch genommen werden. Das ist sinnvoll und in unserem Antrag enthalten; das werden wir gern so zur Verfügung stellen und ermöglichen.

Ich habe einen weiteren Punkt, der uns ganz wichtig ist: Wir müssen bei den Obdachlosen einmal gucken, in welcher Situation sie sich befinden und ob sie auch die Angebote, die da sind, in Anspruch nehmen. Auch das steht in unserem Antrag. Das sind ganz viele unterschiedliche Menschen. Manche möchten sich nicht von ihrem Hund trennen; deswegen brauchen wir eine Lösung, wie das funktionieren kann. Manche möchten nicht in die großen Einrichtungen hinein; auch da brauchen wir Lösungen. Eines ist ganz klar: Jeder Fall von Obdachlosigkeit ist einer zu viel. Ich sage ganz deutlich: Bei allen Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind und häufig Opfer von Gewalt werden, brauchen wir mehr Respekt, mehr Solidarität und mehr Humanität.

Zu dem Antrag, der hier mal wieder vorgelegt worden ist, möchte ich sagen: Ich finde, niemand, der sich in der Obdachlosenhilfe engagiert, hat es verdient, von dieser Fraktion instrumentalisiert zu werden. Wir lehnen Ihren Antrag ab. Das ist zynisch. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich im ersten Satz Herrn Kalinka zitieren: Obdachlose sind „Teil unserer Gesellschaft“. Das war aber nicht immer so. Es gab sehr dunkle Zeiten in Deutschland, in denen soziale Randgruppen - dazu gehörten die Obdachlosen - als Asoziale benannt, verfolgt, inhaftiert und auch ermordet wurden. Dieser Sozialdarwinismus ist leider nicht nur pure Historie, denn seit 1989 wurden allein in Deutschland 26 Obdachlose von Neonazis umgebracht. Obdachlose werden insbesondere von Rechtsextremisten und -populisten stigmatisiert oder auch für ihre eigenen Zwecke politisch missbraucht.

In den letzten Jahren stieg insbesondere die Anzahl vermeintlicher Hilfsvereine, die für „deutsche“ Obdachlose Spenden sammeln. Eine Vielzahl der Ob-

(Dennys Bornhöft)

dachlosen, die es bei uns gibt, ist aber gar nicht deutschstämmig. Insofern muss man bei einigen Hilfsbekundungen gegenüber Minderheiten immer etwas Vorsicht walten lassen.

(Vereinzelter Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Über die Container wurde schon gesprochen. Es gibt diese Möglichkeit natürlich. In unserem Alternativantrag wird das noch einmal angesprochen. Es muss vor allem unbürokratisch gemacht werden.

Ein bisschen muss ich jetzt meine Rede über den Haufen werden, denn, Herr Nobis, Sie haben darauf verwiesen, dass Sie hier insbesondere für Sozialpolitik der Agenda-Setter seien.

(Jörg Nobis [AfD]: Ohne uns hätte es Ihren Antrag doch gar nicht gegeben!)

- Dazu möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Sie sind eine Partei, die es mittlerweile seit fünf Jahren gibt. Dennoch war Ihr Bundesvorsitzender, Herr Gauland, im ZDF-Sommerinterview nicht dazu in der Lage, zu einer einzigen Frage mit Sozialbezug irgendetwas Konkretes zu sagen. Es gab von ihm nicht eine konkrete Antwort.

(Beifall FDP und CDU)

Jetzt haben Sie die Obdachlosen für sich entdeckt. Stets - gerade eben auch wieder - operieren Sie mit dem unterschwelligem Hinweis, dass ihnen durch Flüchtlinge Wohnraum und Essenshilfe streitig gemacht würden.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

- Ja, genau. Wie lange muss der Steuerzahler bei Ihnen warten, bis Sie sich einmal Gedanken über Geldpolitik machen? Müssen erst Flüchtlinge Rentenansprüche haben, damit Sie sich Gedanken darüber machen?

(Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD]: Sie machen sich ja gar keine Gedanken!)

- Nein? Ich glaube, wir haben, was das angeht, genug Bezüge zur Sozialpolitik und auch zur Bildungspolitik.

Frau von Sayn-Wittgenstein, schön dass Sie sich gerade jetzt zu Wort melden: Wie lange müssen wir warten, bis Sie sich beispielsweise Gedanken zur Pflegepolitik machen? Wahrscheinlich tun Sie auch das erst, wenn ein Flüchtling vermeintlich jemandem einen Pflegeplatz wegnimmt. - Wobei, nein. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus einer Kleinen Anfrage, die Sie eingereicht haben. Wir ha-

ben von Ihnen die Fragen für die Kleine Anfrage vom 1. November 2018 vorliegen.

„Asylbewerber in Pflegestationen, Pflegeheimen

Derzeit werden viele Asylbewerber im Pflegebereich eingestellt.“

- Nicht schlecht, aber dann kommen leider die Fragen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Gehört das noch zur Sache?)

- Ja, das ist zur Sache. Ich zitiere beziehungsweise gehe auf Ihren Fraktionsvorsitzenden ein. Das müssen Sie selber in Ihrer Fraktion natürlich nicht machen, aber ich mache das jetzt einfach einmal.

(Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD]: Was hat das mit Obdachlosen zu tun?)

„Was sind die Zusatzqualifikationen, die diese Personen aufweisen müssen?

Finden gesundheitliche Untersuchungen dieser Personen statt?“

(Zurufe FDP und SPD: Ach!)

Wir reden hier von Beschäftigten im Pflegeheim!

„Falls ja, auf welche Erkrankungen? Falls nein: Warum nicht?“

Das ist ein schöner Einstieg für die zukünftige sozialpolitische Sprecherin Ihrer Landtagsfraktion.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Das ist also Ihr Ansatz, wie Sie Pflegepolitik leben oder auf den sozialen Zusammenhalt eingehen.

Solche Alibi-Anträge, wie Sie ihn heute vorgelegt haben, können Sie sich daher auch sparen.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU - Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Denn sämtliche anderen Beiträge, Wortmeldungen und Initiativen, die Sie hier zeigen, verdeutlichen, dass Sie ansonsten immer nur Menschen ausgrenzen wollen.

Wie man das im Sinne der Sache macht, haben wir in unserem Alternativantrag gezeigt. Es wurde auch schon erwähnt, dass die Landesregierung - ja, die SPD hat das beim letzten Mal auch beantragt - es schon zugesagt hat, es kommt jetzt, dass das aufgenommen wird.

Gute Sozialpolitik kann man daran erkennen, dass keine Bevölkerungsgruppe, sei sie jung, alt, krank

(Dennys Bornhöft)

oder gesund, von hier oder woanders her, gegen andere ausgespielt wird.

(Beifall Jörg Hansen [FDP])

Das ist das, was Sie von allen anderen Fraktionen und Gruppen hier im Parlament unterscheidet. Zur Klarstellung: Darauf sollten Sie nicht stolz sein. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon an verschiedenen Stellen erwähnt worden, dass wir keine wirklich belastbaren Zahlen zur Obdachlosigkeit haben. Was aber eindeutig belegt ist, ist die Tatsache, dass Deutschland zu den erfolgreichsten Industrienationen der Welt gehört. Das Bruttoinlandsprodukt liegt bei weit über 3 Billionen €, und es ist im vergangenen Jahr um weitere 1,9 % gestiegen. Der Reichtum wächst, auch bei uns in Schleswig-Holstein. Gleichzeitig fehlt aber immer mehr Menschen das Geld für die grundlegendsten Dinge wie zum Beispiel regelmäßige Mahlzeiten oder ein Dach über dem Kopf. Ich persönlich halte diese Entwicklung einfach nur für traurig und beschämend.

(Beifall SSW, Birte Pauls [SPD], Dennys Bornhöft [FDP] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

Aus Sicht des SSW ist Obdachlosigkeit schlicht nicht hinnehmbar. Für uns ist klar, dass wir dieses Problem weiter bekämpfen müssen. Dazu zählt auch, dass wir die Hilfen für Wohnungslose und für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, weiter stärken. Es ist gut und richtig, dass die Jamaika-Koalition die Zuschüsse für die Beratungsstellen der Wohnungslosen und Straffälligenhilfe aufstockt. Sie tut das sogar fast in der Höhe, in der wir, der SSW, es schon für den letzten Landeshaushalt gefordert haben.

(Beifall SSW und vereinzelt FDP)

Doch in der Tendenz steigen nicht nur die Beratungskontakte und die Zahl der Hilfesuchenden, auch der Bedarf an Baumaßnahmen und Neubauten für Notunterkünfte wächst.

Dem SSW ist wichtig, dass wir auch an diesem Punkt nachbessern. Deshalb werden wir auch in diesem Jahr wieder entsprechende Haushaltsanträge stellen.

(Beifall SSW und Birte Pauls [SPD])

Grundsätzliches Ziel unserer Sozialpolitik muss doch sein, vor allem jene Menschen zu unterstützen, die unsere Hilfe am dringendsten brauchen. Wir müssen ihnen Angebote machen, die sie in ihrer Lebenswirklichkeit erreichen. Unsere sozialpolitischen Maßnahmen müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Betroffene wieder ein sinnerfülltes Leben in Würde führen können.

Natürlich spielt hier die Präventionsarbeit eine herausragende Rolle. Aber mit Blick auf all die Menschen, die kein Dach mehr über dem Kopf haben, ist es unheimlich wichtig, dass sie so schnell wie möglich eine Wohnung bekommen.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Nur so können wir sie in die Gesellschaft integrieren. Da reicht es nicht, im Winter einen Container hinstellen oder ihnen zu erlauben, mit ihren Hunden dort einzuziehen. Wie im gesamten Sozialbereich brauchen auch Obdachlose verlässliche und dauerhafte Unterstützung.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Hilfsangebote nach Jahreszeit oder nach Kassenlage bringen uns nicht wirklich weiter. Gerade wohnungslose Menschen werden oft in verschiedenen Lebensbereichen ausgegrenzt. In Zeiten, in denen Wohnraum knapp ist, haben sie kaum Chancen, eine Wohnung zu finden. Damit bleibt Ihnen in aller Regel der Zugang zum Arbeitsmarkt versperrt. Auch die Gesundheitsversorgung ist für viele Obdachlose nicht mehr bezahlbar. Wer erst einmal ganz ohne Unterkunft auf der Straße lebt, muss nicht nur verbale, sondern sogar körperliche Gewalt und Diskriminierung fürchten. Eine Wohnung ist für diese Menschen von zentraler Bedeutung, wenn sie diesen Teufelskreis durchbrechen wollen.

Wir dürfen uns in dieser Frage nicht in die Tasche lügen. Wenn wir es dauerhaft verhindern wollen, dass Menschen auf der Straße leben, brauchen wir auch umfassende Veränderungen in der Wohnungs- und Sozialpolitik. Es fehlt nun einmal an sozialem und bezahlbarem Wohnraum. Im Vergleich zu 2002 gibt es über eine Million Sozialwohnungen weniger, noch dazu fehlen Millionen von kleinen und Kleinstwohnungen. Hier müssen wir auch auf Landesebene deutlich mehr tun.

(Flemming Meyer)

Auf der anderen Seite werden aber auch die Armutsriskiken nicht wirkungsvoll genug bekämpft. Stattdessen nehmen atypische und prekäre Beschäftigungen sogar noch weiter zu. Viele Sozialleistungen sind schlicht und einfach zu gering, um vor Armut zu schützen.

Es reicht also längst nicht mehr aus, an Symptomen herumzudoktern und nur populistische Forderungen aufzustellen, wir brauchen wirklich tiefgreifende Reformen. - Jo tak.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich erteile nun für die Landesregierung der Ministerin für Finanzen, Monika Heinold, das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als „Container-Ministerin“

(Heiterkeit)

möchte ich gern einen Beitrag für die Landesregierung zu diesem sehr wichtigen Beitrag leisten.

Sie wissen es, die Zuständigkeit für die Wohnungslosenhilfe liegt bei den Kommunen. Ob akute oder drohende Wohnungslosigkeit: In den Kommunen werden die Hilfen geplant, umgesetzt und bewertet. Dennoch unterstützt das Land seit vielen Jahrzehnten selbstverständlich die Hilfsangebote, denn Wohnen - das ist schon gesagt worden - gehört zu den elementaren Grundbedürfnissen des Menschen und ist deshalb zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

Deshalb wird das Thema Wohnen von uns schwerpunktmäßig begleitet. Herr Flemming - -

(Zuruf: Herr Meyer! - Heiterkeit)

- Herr Meyer, okay, ich als „Container-Ministerin“!

Herr Meyer, ich fand sehr schön, dass Sie zum Schluss noch einmal betont haben, dass wir hier über Übergangsmöglichkeiten reden und im Grunde der Fokus natürlich darauf liegen muss, dass Menschen eine Wohnung finden, wenn sie sie brauchen und wenn sie sie wollen. Auch das gehört zur ehrlichen Debatte dazu, dass nicht jeder eine Wohnung haben möchte. Auch dieses muss respektiert werden. Dann muss natürlich die Winterhilfe, die wir brauchen, auch in der Jahreszeit greifen.

Es ist erwähnt worden, dass die Landesunterstützung sehr deutlich aufgestockt worden ist. Ja, natürlich ist es immer so - ich habe es noch nicht anders erlebt -: Wenn Regierung an einer Stelle etwas Sinnvolles, Richtiges und Gutes tut, finden Sie in der Regel immer einen Oppositionspolitiker oder eine Oppositionspolitikerin, die sagt: Das habe ich gestern doch schon gefordert. - Zumindest nehme ich aus den letzten 20 Jahren, die ich hier sein durfte, mit,

(Zurufe)

dass dieses nicht so ganz neu ist. Das ist auch ein bisschen unabhängig davon, wer in der Opposition ist.

Außer dem konkreten Beitrag für die Beratungsstellen der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe, der jetzt bei über 1 Million € liegt, unterstützen wir auch das Diakonische Werk. 48.000 € für die Koordinierungsarbeit und Fortbildungen im Bereich der Wohnungslosenhilfe und noch einmal 20.000 € für das landesweite Winternotprogramm, ein Notprogramm, mit dem Schlafsäcke, warme Kleidung und beheizbare Container finanziert werden können, damit wir denjenigen helfen, die kein festes Dach über dem Kopf haben und aus unterschiedlichsten Gründen ablehnen, in bestehenden Notunterkünften, die es ja auch gibt, zu übernachten.

Wir haben jetzt November. Der Winter steht - man weiß es angesichts der Klimaveränderung nicht so genau, aber theoretisch - unmittelbar vor der Tür. Ob die Kommunen jetzt ausreichende Übernachtungsmöglichkeiten haben oder ob sie mehr brauchen, das können wir nicht beurteilen. Ich habe bisher kein Signal bekommen. Die Kommunen wissen ja, dass sie, wenn es um Container geht, gern bei der GMSH über das Finanzministerium nachfragen können. Wir haben bisher kein Signal von den Kommunen bekommen. Aber natürlich, sollten wir ein Signal von den Kommunen bekommen, dass sie Container noch einmal verstärkt für die Winterzeit brauchen, machen wir das, was wir in der Regel machen: Wir versuchen zu helfen.

Es ist auch nicht neu, dass wir Container an die Kommunen abgeben. Es kann gut sein, dass wir auch schon einmal einen abgegeben haben, der jetzt für Wohnungslose eingesetzt wird. Da kann ich gar nicht sagen, wie es ist, denn wenn die Kommunen auf uns zukommen und Bedarf melden, dann helfen wir. Wir haben 1.500 Wohncontainer unentgeltlich an Kommunen, Schulen und gemeinnützige Organisationen abgegeben. Ich finde, dass wir sehr gut versucht haben, den Übergang zu gestalten: Erst be-

(Ministerin Monika Heinold)

ziehungsweise dann, wenn die Hilfe ansteht, helfen wir den Flüchtlingen, und dann tun wir mit dem, was wir in dieser Notsituation angeschafft und bezahlt haben, etwas Gutes für alle Menschen in unserem Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Wir haben auch 1.400 Container an die Hochschulen gegeben, an unterschiedliche Standorte. Auch das hilft dort viel. Wir haben in Teilen auch veräußert. Beispielsweise in Seeth stehen noch viele Container, die aber abgebaut werden, weil sie veräußert wurden.

Wir haben dann zwischendurch - gefühlt vor einigen Wochen - einmal gesagt: Jetzt haben wir an Containern erst einmal ausgeschöpft, was wir abzugeben hatten, aber immer mit dem Signal - das habe ich immer und überall gesagt -: Die Dinge verändern sich auch. Wir haben zurzeit in Flintbek 24 Container stehen, zusammengeklappt und abfahrbereit. Wer sich von den Kommunen meldet - gern! Wir haben außerdem noch zwei große Unterkünfte, wo wir auch noch Container stehen haben, Rendsburg und Bad Segeberg, wobei in Bad Segeberg eben mittelfristig auch ein Abbau geplant ist. Sollte es so sein, dass mehr Container gebraucht werden, werden wir unser Konzept weiterdrehen.

Ich würde gern eines noch klarstellen, damit nicht der falsche Zungenschlag der AfD im Raum stehen bleibt, wo ein bisschen suggeriert wurde: Na ja, wenn es um die Flüchtlinge geht, dann bringt ihr den Kommunen das hin, und alles ist supi, und wenn es um die armen Obdachlosen geht, dann sagt ihr, die Kommunen müssen sich das aber selbst abholen, und wir machen euch das Leben schwer. - Alles Unsinn! Die Logistik ist und bleibt vergleichbar: Die Container werden bei Bedarf, wenn wir sie im Bestand haben, an die Kommunen kostenlos abgegeben, alles andere ist dann in der Verantwortung der Kommunen, das Abholen und das Aufstellen. Das war so, das bleibt so. In diesem Sinne ist es gut, diese Debatte geführt zu haben, um einmal deutlich zu machen, was wir schon Gutes tun und dass es funktioniert und alle, das ist deutlich geworden, ein Interesse haben, dass wir dort helfen, wo Hilfe notwendig ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute und 50 Sekunden überschritten. Gibt es Fraktionen, die davon jetzt Gebrauch machen wollen? - Das sehe ich nicht. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1028, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der AfD-Fraktion mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1049, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist einstimmig der Fall.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2018 bis zum 30. Juni 2018

Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 19/977

Ich erteile der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, der Abgeordneten Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein, das Wort.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Im zweiten Quartal 2018 hat der Petitionsausschuss 83 neue Petitionen erhalten. 67 Petitionen wurden abschließend behandelt. Davon wurden nur 6 % im Sinne und 25,4 % teilweise im Sinne der Petenten entschieden. 65,7 % konnte der Ausschuss nicht zum Erfolg verhelfen. Eine Petition ist im Laufe des Verfahrens zurückgezogen worden, eine andere Petition hat sich anderweitig erledigt. Der Ausschuss hat ferner eine Anhörung von Vertretungen der Landesregierung durchgeführt.

Im Berichtszeitraum hat sich der Petitionsausschuss intensiv mit mehreren Petitionen befasst, die staatsanwaltschaftliche Tierbeschlagnahmen betrafen. Entgegen der Einschätzung des Justizministeriums ist der Ausschuss zu der Überzeugung gelangt, dass die Einführung von Richtlinien für Tierbeschlagnahmen sinnvoll und sachgerecht ist.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

(Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein)

Eine entsprechende Richtlinie gibt es zum Beispiel schon für die Umsetzung des Betäubungsmittelgesetzes in Schleswig-Holstein. Die Richtlinie für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren reicht offenbar nicht aus, um strukturellen Mängeln zu begegnen.

Dem Ausschuss ist es ein wichtiges Anliegen, dass zukünftig bei der Durchsuchung, Beschlagnahme und Notveräußerung von Tieren durch die Staatsanwaltschaft grundsätzlich der Richtervorbehalt beachtet wird, damit der Ausnahmetatbestand der Gefahr im Verzug nicht zum Regeltatbestand wird und die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen gewährleistet ist. Dies gilt insbesondere für die Beschlagnahme und Notveräußerung größerer Tierherden, weil diese häufig Grundlage der beruflichen Existenz sind und derartige Maßnahmen besonders schwere Eingriffe in Grundrechte darstellen.

Ein ganz anderer Bereich, nämlich die Schließung des letzten Kreißsaals auf der Insel Föhr, hat den Petitionsausschuss ebenfalls in mehreren Sitzungen beschäftigt. Der Ausschuss stimmt mit dem Sozialministerium überein, dass eine Abweichung von normierten Mindeststandards zugunsten einer Berücksichtigung der besonderen Situation in Insel- und Randlagen mit einer niedrigen Geburtenzahl eine potenzielle Gefährdung der Gesundheit und des Lebens von Mutter und Kind bedeuten würde. Hilfreich können zum Beispiel der Ausbau der Vor- und Nachbetreuung, die Vernetzung von niedergelassenen Gynäkologen, Hebammen und der Geburtsklinik sowie der Ausbau rettungsdienstlicher Strukturen sein. Für den Ausschuss steht hierbei die Sicherheit von Mutter und Kind im Vordergrund. Er hat das Sozialministerium deshalb gebeten, sich weiter intensiv mit dem Thema zu befassen und insbesondere die Boarding-Bedingungen zu verbessern.

Ich bitte, von dem Bericht Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen aus dem zweiten Quartal 2018 zu bestätigen. Mein Dank gilt wie immer abschließend den Mitarbeitern der Geschäftsstelle für ihre gute Unterstützung bei der Ausschussarbeit.

(Beifall)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht mit der Drucksachenummer 19/977 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das dürfte einstimmig so beschlossen sein.

Ich unterbreche die Sitzung bis heute Nachmittag um 15 Uhr.

(Unterbrechung: 12:52 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich zunächst Gäste auf der Besuchertribüne. Das sind zum einen Menschen vom Frauenbüro der Hansestadt Lübeck und zum anderen Studierende der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistungen aus Altenholz. - Ihnen allen herzlich willkommen

(Beifall)

und einen angenehmen Aufenthalt hier bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 35 auf:

Bericht zum Planungsstand der A 20

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/1009

Ich erteile dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Bericht zum Planungsstand der A 20 vor, der ja der Öffentlichkeit inzwischen bekannt ist, weil wir ihn bekanntmachen durften. Dafür, Kollege Harms, mein herzliches Dankeschön. Wir wollten nicht, dass das einfach „durchsuppt“, sondern dass man darüber ordentlich berichten kann. Herzlichen Dank dafür, dass wir das tun konnten.

(Beifall FDP und CDU)

Dieser Bericht, meine Damen und Herren, gibt mir zunächst Gelegenheit, hier noch mal eines ganz deutlich zu bekräftigen und klarzustellen: Diese Landesregierung tut alles dafür, die A 20 in all ihren Teilabschnitten so zügig wie möglich - „zügig“ ist nach deutschem Planungsrecht eben ein schwie-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

riger Begriff -, gründlich in der Planung und rechtsicher auf die Reise zu bringen und dabei diese Planungen mit einer realistischen Herangehensweise zu betreiben.

Deshalb war es uns wichtig, zu sagen: Jetzt ist es Zeit, dass auch andere darauf schauen. All mein Bestreben von Beginn der Legislaturperiode an war es, dieses Zügige und das Umsetzen voranzutreiben. Deshalb war es eine meiner ersten Amtshandlungen, die DEGES in das Projekt hineinzuholen. Ich glaube, alle Beteiligte - bis auf einige wenige auf der Oppositionsbank: Herrn Abgeordneten Vogel zum Beispiel, der immer noch nicht überzeugt ist - sind der Auffassung, die Beauftragung der DEGES war das Richtige, was man in dieser Angelegenheit tun konnte,

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt AfD)

unabhängig von der Frage, welche Planer mit welchen Qualitäten da unterwegs sind. Es gab ganz einfach die Situation, dass mit der Übernahme der DEGES 15 versierte Planerinnen und Planer aus dem Projekt in sechs Projektabschnitten vorhanden waren. Das waren versierte Planer, Menschen, die in den Planungen drin sind, keine Leute, die man drei Jahre lang anlernen muss, weil sie neu in den Landesbetrieb Verkehr gekommen sind. 15 neue Planer direkt und unmittelbar dafür zu haben, hat es uns übrigens ermöglicht, überhaupt Planer des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr herauszunehmen und an der Westküste zum Beispiel die B 5 zu planen, die wir ansonsten heute nicht planen könnten.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt AfD)

Sie hat es also ermöglicht, die Kapazitäten zu erhöhen und schneller voranzukommen.

Wir haben parallel dazu das Amt für Planfeststellung ausgegliedert, neu „gestaffelt“ und personell deutlich verstärkt. Ich komme noch mal zurück zur DEGES: Die Zahl von 15 Planern, die da heute sitzen, soll im Laufe des nächsten Jahres auf 25 bis 30 erhöht werden. Das zeigt, die DEGES ist in allen Abschnitten mit Dampf dabei, die Planungen voranzutreiben. Das ist, glaube ich, die wichtigste Botschaft, die wir haben.

(Beifall FDP und CDU)

Sieht man sich dabei nun die konkreten Zeitplanungen und den Planungsstand an, dann fällt das Resultat ein bisschen ernüchternd aus, insbesondere für jemanden wie mich, der aus der Wirtschaft kommend gewohnt ist, dass man schnelle Entscheidungen auch schnell umsetzen kann. Der eine oder an-

dere hatte gedacht, das geht alles noch fixer. Ich habe in der Tat eigentlich auch die Erwartung gehabt, dass wir im Laufe dieser Legislaturperiode für alle sechs Planabschnitte zumindest Baurecht bekommen werden. Das war das eigentliche Ziel.

Dieses Ziel werden wir nun aller Voraussicht nach nur in vier der sechs Teilabschnitte bis zum Ende der Legislaturperiode hinbekommen, im Teilabschnitt 3 um Bad Segeberg, im Teilabschnitt 4 bis zur Anschlussstelle A 7 - darauf komme ich gleich noch - und in den westlichen Abschnitten von der A 23 in Richtung Elbquerung.

Wo wir - das ist das Ernüchternde daran - bei allem Planungsdruck bis zum Ende der Legislaturperiode kein Baurecht hinbekommen werden, ist im Bereich der Abschnitte 5 und 6 zwischen der A 7 und der A 23. Dies liegt schlicht und ergreifend daran, dass die Vorgängerlandesregierung die Planungen an diesen beiden Bauabschnitten eingestellt hat.

(Beifall FDP - Zuruf: Unerhört!)

Eingestellt! Das führt jetzt dazu, dass die DEGES sagt, die dort vorher vorgenommenen Kartierungsarbeiten in Flora und Fauna sind hinfällig. Wir müssen quasi von Grund auf in ein neues Planungsverfahren einsteigen. Deshalb wird das Ganze erst 2023 die Planreife erhalten.

Das ist der Stand. Er ist ernüchternd. Jetzt gilt es trotzdem, ihn zu nehmen und mit Realismus frisch ans Werk zu gehen, wie wir das in allen anderen Abschnitten tun. Deshalb lassen Sie mich ganz aktuell auch ein bisschen zu dem sagen, was gestern und vorgestern vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig geschehen ist. Darüber hat es ja die eine oder andere Berichterstattung nach dem Motto gegeben: Wollen die da jetzt mit der Brechstange irgendwas in die Gegend bauen?

Nein, meine Damen und Herren, das ganze Gegenteil wollen die. Es geht um einen Planabschnitt, der ganz zum Ende der letzten Legislaturperiode noch planfestgestellt worden ist und der eine natürliche Verklammerung mit dem Abschnitt südlich Segebergs hat, weil die Anschlusspunkte zusammenpassen müssen, was in der Tat sinnvoll wäre. Niemand baut Autobahnen, die im Nirwana enden. Das wollen wir selbstverständlich auch nicht. Deshalb haben wir gesagt, wir haben diesen Abschnitt in der Planfeststellung fertig. Das Fehlerbeseitigungsverfahren in dem anderen Abschnitt ist aber noch nicht ganz fertig. Deshalb habe ich vorgeschlagen - wir haben das auch vor Gericht zu Protokoll erklärt -, dass wir eine Teilverklammerung dieses vierten Abschnittes von der zukünftigen Anschlussstelle

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Hartenholm mit dem Abschnitt 3 vornehmen, dass man dort quasi Baurecht erteilt, aber gleichzeitig sagt: Die Bauausführung darf erst beginnen, wenn ihr sicher seid, wo der Anschlusspunkt aus dem dritten Abschnitt liegt.

Das ist etwas, von dem mir die DEGES mitteilt, dass das Gericht diesem Vorschlag sehr aufgeschlossen gegenüberstand. Ansonsten ist vor Gericht viel erörtert worden, viel Artenschutzrechtliches, Wasserrechtliches und vieles mehr.

Die Einschätzung des Bereichsleiters ist heute so, dass er sagt - vor Gericht und auf See sind ja alle in Gottes Hand -, die Chancen stehen 70 zu 30, dass es uns gelingt, am 27. November 2018 - das ist der Verkündungstermin für die Entscheidung - tatsächlich Baurecht zu bekommen. Dann könnte es in dem Teilabschnitt zwischen Hartenholm und dem Bauwerk über die A 7 - das ist eines der wichtigen Bauwerke; wir brauchen nämlich ein Autobahnkreuz über die A 7; wir brauchen ein weiteres Brückenbauwerk auf diesem Abschnitt - dann in der Tat mit Baubeginn 2020 losgehen. Das ist das, was wir erstreben und was wir uns erhoffen.

Parallel dazu - auch das will ich ganz deutlich sagen - habe ich die Hoffnung, dass man mit Naturschutzverbänden darüber reden kann, welches die ökologisch sinnvollste Veranstaltung ist, wenn sicher ist, dass wir die Autobahn bauen können. Ich werde nicht müde, mit den Naturschutzverbänden darüber zu sprechen. Das ist jetzt noch nicht in einem Stadium, in dem man sagen kann, das hat die größtmögliche Aussicht auf Erfolg. Aber wir müssen doch alles versuchen, alle Beteiligten an den Tisch zu holen und dabei darüber zu reden: Wie bekommen wir das ökologisch am besten hin? - Wenn es uns gelingen sollte, eine Einigung zum Teilabschnitt 3 mit BUND und NABU herzustellen, dann sind damit die letzten beiden Kläger auf diesem Bauabschnitt befriedet. Dann hätten wir in der Tat noch relativ bald - je nachdem, wann diese Gespräche abgeschlossen sind - etwas, was zwischen Wedel und der A 7 das komplette Baurecht erzeugen könnte. Das ist das Ziel.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss aber auch eines sagen. Das sage ich jetzt als FDP-Minister: Was wir auch bei diesen Zeitplanungen sehen, ist, dass das Planungsrecht in Deutschland nicht nur diffizil ist, sondern dass das Planungsrecht in Deutschland bestimmte Vorgaben macht, die es einem Vorhabenträger heute nahezu unmöglich machen, in einem Zeithorizont Dinge

abzuwickeln, die tatsächlich sinnvoll sind. Deshalb ist mein Appell an alle Beteiligten, das Thema Planungsbeschleunigung mit dem, was zum Teil heute auf dem Tisch des Hauses im Bundesrat und im Bundestag liegt, aber auch darüber hinaus - das sage ich schon heute - anzugehen; wir brauchen in Deutschland ein anderes Planungsrecht, um solche großen Infrastrukturvorhaben abgewickelt zu bekommen. - Ich danke Ihnen herzlich.

(Beifall FDP, CDU und AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Der Wirtschaftsminister bleibt sich treu und hat die vereinbarte Redezeit zuverlässig um 4 Minuten überschritten. Diese Redezeit steht zusätzlich zu der vereinbarten Redezeit jeweils auch den Fraktionsrednern zur Verfügung. Zunächst hat der Abgeordnete Flemming Meyer für den SSW das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bereits im Sommer des letzten Jahres hatten wir eine Aktuelle Stunde zur A 20. Wir waren Mit Antragsteller, weil Minister Buchholz bereits kurz nach der Wahl eingestehen musste, dass es nun doch nichts wird mit der Fertigstellung der A 20 bis 2022.

(Zuruf FDP: Das haben wir auch nie behauptet!)

Wir als SSW haben in der Debatte unter anderem gefordert, dass man ernsthaft prüfen sollte, bestimmte Verkehrsprojekte der DEGES zu übertragen. Diesem Vorschlag ist die Landesregierung gefolgt.

(Heiterkeit FDP)

Mittlerweile hat das Land einen Dienstleistungsvertrag zur Planung und Realisierung der A 20 mit der DEGES geschlossen. Diesen Schritt begrüßen wir außerordentlich;

(Beifall SSW)

denn es ist unbestritten, dass die Expertise für derartige Bauprojekte dort vorhanden ist.

Aus diesem Grund fanden wir es an der Zeit, einen Bericht über den Planungsstand der A 20 zu fordern. Dieser Bericht liegt uns nun vor, und wir können ihn hier im Landtag ausführlich beraten. Ende Oktober hat es ja dazu bereits eine Pressekonferenz gegeben. Ich muss sagen: Es ist mehr als ernüchternd, womit wir konfrontiert wurden. Um nicht

(Flemming Meyer)

missverstanden zu werden: Es ist gut, dass wir jetzt einen Zeitplan und eine Einschätzung darüber haben, was uns in Bezug auf die A 20 erwartet. - Die Ernüchterung bezieht sich daher auf die im Bericht gegebene Einschätzung der Zeitschienen. Unter dem Strich stellen wir fest, dass mit der Fertigstellung der A 20 samt Elbquerung wahrscheinlich nicht vor 2030 zu rechnen ist.

Als wir seinerzeit den Bericht gefordert hatten, war uns nicht klar, was da auf uns zukommt. Aber jetzt haben wir Gewissheit, und damit müssen wir als Politik umgehen. Daher nützt es jetzt auch keinem, so verlockend es vielleicht auch sein mag, sich gegenseitig Versagen vorzuwerfen. Niemand sollte sich hier hinstellen und den politischen Gegner mit Vorwürfen überhäufen. Schlammschlachten helfen hier nicht weiter. Vielmehr sollten wir alle daran interessiert sein, dieses Großprojekt gemeinsam fertigzustellen.

(Beifall SSW, CDU und FDP)

Eine Mehrheit hier im Haus will die A 20 mit der Elbquerung, aber in all den Jahren hat es keine Regierung vermocht, die A 20 wirklich voranzubringen. Daher ist unser Appell: Lasst uns diesen Bericht zum Anlass nehmen, einen Schlussstrich zu ziehen und zur Sacharbeit zurückkehren. Das ist es auch, was die Menschen hier im Land wollen und wofür sie uns gewählt haben.

Mehrheitlich ist der politische Wille für die A 20 da. Das gilt vielleicht nicht bei allen, aber es ist eine Mehrheit da. Die meisten wollen dieses Projekt und wollen, dass es voran und endlich mal zu Ende kommt. Wir können doch keinem mehr erklären, warum die Umsetzung so lange dauert.

Natürlich gibt es rechtliche Mittel und Wege, um auf die Planung und den Bau solcher Projekte in Deutschland einzuwirken. Das ist auch gut so, denn solche Rechte gehören zu einer Demokratie und werden von uns auch nicht in Zweifel gezogen. Aber das, was wir hier mit der A 20 erlebt haben, zehrt mittlerweile schon an der Geduld. Da fragt man sich immer wieder: Wie machen das eigentlich andere Länder? Warum gehen Autobahnprojekte dort, beispielsweise in Dänemark, eher geschmeidig und zügig über die Bühne?

(Zuruf FDP: Dänemark!)

- Jawohl.

Wenn ich daran denke, wie es mit Sønderborgmotorvejen, der Autobahnverbindung zwischen der A 7 und Sønderborg, gelaufen ist, dann müssen wir

uns schon fragen, warum das hier bei uns alles so extrem anders ist.

Die Größe des Projekts ist zwar nicht vergleichbar mit der A 20, aber darum geht es ja auch gar nicht. Auch dort hat es einen zeitlichen Vorlauf gegeben, bis der politische Beschluss getroffen wurde. Trassenplanung, Grundstückserwerb, naturschutzfachliche Beratung: All das hat dort auch mit entsprechenden Klagen und Einwänden und Änderungen stattgefunden. - Aber als das endlich alles eingetütet war, wurde auch gebaut. Spatenstich war Februar 2010, Eröffnung war im März 2012, sogar ein Jahr, bevor es eigentlich fertig sein sollte.

Auch in Dänemark gibt es Klage- und Einspruchsmöglichkeiten. Auch Dänemark hat entsprechende EU-Vorgaben zu beachten. Letzteres kann also nicht der Grund sein, um gesetzliche nationale Planungsbeschleunigungsmaßnahmen nicht auf den Weg zu bringen. Darum sage ich: Wenn wir schon so einen bescheidenen Zeitplan für die Fertigstellung der A 20 haben, dann sollten wir uns jetzt endlich daran machen, die Ursachen für die Verzögerungen zu beheben. Die nationalen Planungsvoraussetzungen müssen dringend dahin gehend geändert werden, dass sich solche Großprojekte nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag hinausziehen können. Auch wenn sich der Zeitplan für die Fertigstellung der A 20 wahrscheinlich nicht mehr so positiv beeinflussen lässt, sollten wir alles dafür tun, dass Planungsbeschleunigungsmaßnahmen endlich auf den Weg gebracht werden. - Jo tak.

(Beifall SSW, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat nun für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schön, dass wir einmal wieder darüber reden.

(Heiterkeit)

Herzlichen Dank für den Antrag an den SSW. Herr Minister, herzlichen Dank für den schonungslosen Bericht, den Sie uns hier vorgelegt haben. Dem Ministerpräsidenten ebenfalls mein herzliches Dankeschön. Das erste Mal, dass Ministerpräsident und Wirtschaftsminister uns ganz detailliert über den weiteren Verlauf aufgeklärt haben! Das hatten wir in den letzten Jahren nie. Deshalb herzlichen Dank für diesen Bericht.

(Hans-Jörn Arp)

(Beifall CDU und FDP)

Es wurde immer wieder gesagt: Nein, es gilt, Sorgfalt vor Eile, wir machen das sorgfältig, aber nicht unter Zeitdruck. Ich lese von der Mär, die noch kurz vor Ende der Legislaturperiode aus dem Wirtschaftsministerium unter Herrn Meyer ausgegangen ist. Da hieß es: Macht das bloß schnell fertig, damit wir bis zum 7. Mai noch den Planfeststellungsbeschluss einreichen können. So ist die Situation. Selbst da ging es nicht um die Sorgfalt. Das werden wir aber erst erfahren, wenn wir das Urteil bekommen.

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass die DEGES die Planung übernommen hat. Ich sage Ihnen: Wenn es einen Fehler gibt, dann ist das der, dass Sie das nicht schon vor fünf Jahren gemacht haben. Vor fünf Jahren haben wir darauf hingewiesen, dass der Landesbetrieb für Straßenbau strukturell und personell dazu nicht in der Lage war. Ich werfe ihm nicht vor, dass man nicht das qualifizierte Personal dafür hat. Man hat nicht genügend Personal gehabt, um diese Maßnahme durchzuführen, und dafür war der damalige Minister Meyer verantwortlich. Er hätte - genauso wie Bernd Buchholz - relativ schnell erkennen können, dass er den Koalitionsvertrag, den er vor sich hat, nicht einhalten kann. Er hat bei jeder Veranstaltung gesagt, man wolle mit dem Bau bis zur A 7 bald fertig sein. Aber nach einem Blick auf den Betrieb hätte er sagen müssen: Das kann dieser Betrieb nicht leisten. Deshalb ist es gut, dass die DEGES übernommen hat.

Lieber Kollege Meyer, die DEGES hat zum ersten Mal so ein Planfeststellungsverfahren in einem laufenden Verfahren übernommen. Eigentlich beginnt die DEGES immer mit ganz neuen Verfahren, wie beispielsweise bei der A 7 oder anderen Maßnahmen. In ein laufendes Verfahren einzusteigen, war keine Selbstverständlichkeit. Daher gilt mein Dank auch dem Herrn Minister, der die DEGES überredet hat, an dieser Stelle so damit umzugehen.

(Beifall CDU und FDP)

Auch ich habe damals mit der DEGES gesprochen. Dort hat man mich gefragt: Sagen Sie mal, Herr Arp, welches sind die drei wichtigsten Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein? Ich habe gesagt: die A 20, die A 20, die A 20. Das sind die drei wichtigsten.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und SSW)

Dann hat man dort gesagt: Okay, dann werden wir einmal mit dem Minister darüber reden.

Wie war die Situation vor der Wahl? - Ich sage Ihnen: Ich war derjenige, der die Verantwortung dafür übernimmt und schon immer übernommen hat und dem jetzigen Ministerpräsidenten und damaligen Oppositionsführer zu der Aussage gebracht hat: Das schaffen wir in dieser Legislaturperiode. Das war bei einem Interview mit der „Norddeutschen Rundschau“ in Itzehoe. Auf die Frage: „Wann kriegt ihr das hin?“, sagte der damalige Fraktionsvorsitzende und heutige glückliche Ministerpräsident: „Hans-Jörn, was meinst du?“ Ich sagte: „Das werden wir in fünf Jahren schaffen, wenn wir uns mit den Umweltverbänden einigen.“ Das war die Voraussetzung. So war es.

(Beate Raudies [SPD]: Unglaublich! - Weitere Zurufe SPD)

- Hört doch mal zu. Wenn du das nicht hören magst, dann kannst du ja rausgehen. Ist auch nicht schlimm.

Also noch einmal: Herr Dr. Stegner, die Situation war die, dass im April 2017 auf der Homepage des Verkehrsministeriums stand, dass das Planfeststellungsverfahren in 2017 und in 2018 abgeschlossen sein sollte. Das war die Aussage des Verkehrsministeriums, von niemand anderem.

Wir haben immer geglaubt, das liege an den Grünen. Nein, das lag an der Unfähigkeit dort drüben in dem Haus. Das ist das Problem gewesen. Wir haben es gesehen. Zum Glück ist der Bericht öffentlich, und wir werden es auch überall erzählen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bernd Buchholz hat es eben gesagt: In dem Bericht steht auf Seite 6 zu Abschnitt 5, L 114 bis A 7: Das ruhende Planfeststellungsverfahren wurde wieder aufgenommen. - Die haben nicht geplant. Zu Abschnitt 6 von der A 23 bis zur L 114: Auch in diesem Abschnitt soll ein ruhendes Planfeststellungsverfahren wieder aufgenommen werden. - Wie kann man, wenn man nicht plant, gleichzeitig auf der Homepage erklären, dass man 2018 planfestgestellt hat? Das war eine glatte Lüge. Wenn das unparlamentarisch ist, dann entschuldige ich mich dafür. Das war nicht die Wahrheit.

(Beifall CDU und FDP)

Ich erwarte von einem Ministerium, egal, von wem geführt, dass man den Leuten nicht die Unwahrheit sagt. Das ist der Vorwurf, den wir damals immer wieder Herrn Meyer und auch Herrn Nägele gemacht haben. Wenn die sich in den Ausschüssen dazu geäußert haben, dann haben sie uns nicht die Wahrheit gesagt. Ich sage: Sie haben uns belogen. Für den Ausdruck entschuldige ich mich, aber sie

(Hans-Jörn Arp)

haben uns wirklich belogen. Das ärgert mich massiv, meine Damen und Herren.

Es gibt ein zweites Problem, und Bernd Buchholz sprach es an. Das ist die Frage des Verbandsklage-rechts, wer auch immer das eingeführt haben mag. Es mag sicherlich gute Gründe dafür gegeben haben - lieber Kollege Dr. Tietze, Sie waren ja ein Verfechter davon -, ich will diese auch nicht abstreiten. Das kann aber nicht dazu führen, dass alle großen Infrastrukturprojekte, die wir in Deutschland, speziell aber in Schleswig-Holstein, haben, zum Beispiel bei der Fahrrinnenanpassung und jetzt bei der A 20 und demnächst wahrscheinlich bei der Fehmarnbelt-Querung in allen Abschnitten und immer beklagt werden.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Es geht Ihnen ja gar nicht darum, dass Sie die Stimme für Flora, Fauna und Habitat erheben, sondern es geht Ihnen nur darum, dass Sie die Projekte verhindern. Das Schlimme daran ist: Nicht eines der Projekte haben Sie bisher verhindert.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben das nur verzögert. Dadurch sind die Projekte später gekommen. Sie sind auch immer wieder teurer geworden, das ist auch hier bei der A 20 der Fall. Das geht zulasten der Arbeitnehmer, denn der Standort Schleswig-Holstein ist dadurch in Gefahr gewesen. Es geht darum, dass die Menschen, die jeden Tag durch den Hamburger Elbtunnel fahren müssen, im Stau stehen. Wenn man sich einmal überlegt, mit wie viel Geld diese Organisationen unterstützt werden, dann kann ich nur jedem sagen: Wer BUND und NABU unterstützt, der schadet dem Standort Schleswig-Holstein.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

- Da ich das auch schon in der Presse gesagt habe, kann ich das hier am Mikrophon auch sagen. Ich bin zutiefst davon überzeugt: NABU und BUND wären besser beraten, wenn sie sich mit den Projekten auseinandersetzen und sich konstruktiv beteiligen, aber nicht an jeder Stelle und jedes Mal wieder klagen.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Arp, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine -bemerkung der Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Da würde ich nie Nein sagen.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Kollege Hans-Jörn Arp, Sie kennen sich ja auch mit anderen Dingen als der A 20 aus. Das weiß ich. Sie kennen sich sicherlich auch mit Themen wie Tourismus, Gesundheit und Umweltschutz aus. Sind Sie wirklich der Meinung, dass der BUND und der NABU dem Standort Schleswig-Holstein schaden?

- Durch ständige Klagen. Nur an der Stelle. Bei jedem Projekt, bei jedem Abschnitt der A 20 gibt es von denen Klagen, sonst von fast keinem mehr. Sie sollten doch, wie der Herr Ministerpräsident es ihnen anbietet, konstruktiv zusammenarbeiten und auf Klagen verzichten. Sie erreichten dadurch inhaltlich wahrscheinlich sogar noch mehr.

(Beifall AfD)

Ich habe nichts zu dem Bereich Tourismus und zu anderen Bereichen gesagt. Da leisten sie eine gute Arbeit, aber dort, wo es um Infrastrukturmaßnahmen geht, wie beispielsweise bei der Fahrrinnenanpassung oder bei der A 20, schadet es, wenn wir nicht schneller vorankommen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Arp, Frau von Kalben möchte eine weitere Zwischenfrage stellen. - Ich frage jetzt den Kollegen Arp, ob er eine weitere Zwischenfrage gestattet.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau von Kalben kann ich keinen Wunsch verwehren. Jederzeit.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Dann haben Sie jetzt das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jederzeit? - Dann möchte ich jetzt zur Kenntnis geben, dass ich den Wunsch habe, dass Sie diese generelle Äußerung, dass BUND und NABU dem Standort Schleswig-Holstein schaden, zurücknehmen. Ich weise diese Bemerkung ausdrücklich für uns als grüne Fraktion zurück.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

- Dann nehme ich das natürlich zurück. Wenn das dem Koalitionsfrieden dient, nehme ich das zurück und werde es auch in der Form nicht wieder behaupten.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Redezeit ist jetzt leider abgelaufen. Ich hoffe, dass wir in der Form über die A 20 nicht noch einmal diskutieren müssen. Ich würde mich über eine Diskussion freuen, wenn wir die ersten Bauabschnitte eröffnen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kollege Arp, ganz davon abgesehen, dass Sie noch 2 Minuten Redezeit hatten, weise ich Sie darauf hin, dass Sie bei den Begriffen, die in der einen oder anderen Form den Kontext der Lüge erwähnen, in Zukunft vielleicht etwas zurückhaltender sein sollen. Es macht es auch nicht besser, dass Sie sich dafür entschuldigt und es danach wiederholt haben.

Zum Zweiten bitte ich Sie, sich mit Aufforderungen an gewählte Kolleginnen und Kollegen von anderen Fraktionen, den Saal zu verlassen, auch zurückzuhalten. Ansonsten würden wir darauf noch auf andere Art hinweisen.

Als nächster Redner hat für die SPD-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Austausch eben war allein schon die Sitzung wert, das muss ich ehrlich sagen. Es ist wirklich sehr spannend, zu sehen, wie die Koalition hier miteinander arbeitet. Ich komme noch einmal darauf zurück.

Zunächst einmal will ich sagen, dass wir mit Spannung verfolgen, wie die Landesregierung seit 2017 schrittweise auf Distanz zu den großspurigen Versprechungen von Daniel Günther geht. Das fing im Juli 2017 kurz nach der Wahl an, und es erreichte mit Ihrer Pressekonferenz in der vorletzten Woche seinen traurigen Höhepunkt. Auch wenn Sie sich beim SSW bedankt haben, so muss ich sagen: Ich finde das schon ein wenig merkwürdig, dass man sich mit vollem Orchester eineinhalb Wochen, be-

vor der Bericht im Parlament gegeben werden soll, an die Presse wendet. Das ist schon ein wenig ungewöhnlich im Umgang mit dem Parlament, aber sei es drum.

(Beifall SPD)

Herr Buchholz, ich kann mir vorstellen, wie schwer es für Sie ist. Sie waren es schließlich nicht, der im Wahlkampf diese Versprechungen gemacht hat. Daher war es auch folgerichtig, dass Sie in der letzten Woche nicht alleine vor die Presse gegangen sind, sondern den Herrn Ministerpräsidenten gleich mitgebracht haben.

Sie haben gesagt, Sie wollten der DEGES Dampf machen. Dampf ist das Richtige, was zu Ihren Plaudereien passt, wenn man hört, was Sie öffentlich bekanntgeben. Man könnte ohne Bedenken sagen, Sie sind ein richtiger Dampfplauderer.

An der Sache ändert das allerdings nichts, Herr Minister, denn Ihre Pressekonferenz war kein Akt der Transparenz, wie Sie es beschrieben haben. Ich fand es wunderbar, wie Sie sagten, Sie seien transparent und Sie räumten ein, das nichts von dem stimme, was Sie gesagt haben. Es war der Teil der Inszenierung eines Stückes, das man treffend mit „Selig sind die Unwissenden“ überschreiben kann.

(Christopher Vogt [FDP]: Er schenkt den Leuten reinen Wein ein!)

Das nämlich ist es, was der Herr Ministerpräsident uns gern erzählen möchte, auch bei der Pressekonferenz vor 14 Tagen. Zusammengefasst lautet die Geschichte nämlich wie folgt: Ein junger, unwissender CDU-Spitzenkandidat wurde geradezu böswillig von der Vorgängerregierung im Unklaren gelassen, dass seine Wahlversprechen vollkommen aus der Luft gegriffen sind. Das ist kurz und knapp gesagt Ihre Geschichte.

Ich erinnere mich noch sehr gut an das TV-Duell Ende April 2017. Nein, Herr Kollege Arp, nicht Sie standen da, sondern es war wirklich Herr Günther. Insofern war Ihr heldenhaftes Übernehmen - -

- Ach, da stehen Sie! Man sieht das nicht immer sofort, Entschuldigung, Herr Kollege Arp. Aber das waren nicht Sie, sondern es war in der Tat der Herr Ministerpräsident, der interviewt wurde. Wir haben Sie, Herr Günther, da nicht nur gesehen, sondern wir haben auch noch die Zitate zu dem parat, was Sie gesagt haben. Sie wurden gefragt, wie Sie die A 20 voranbringen wollen. Ihre fundierte Antwort war: Indem wir das politisch wirklich wollen. - So weit, so schön.

(Dr. Ralf Stegner)

Dann folgten noch einige Sätze zu mehr Mitarbeitern, die vorher von Schwarz-Gelb teilweise entlassen worden seien, einer engen Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Werkverträgen, bevor Sie dann ausführten, dass Sie es schaffen werden, egal, was die gegenwärtige Landesregierung behauptete. Jetzt zitiere ich Sie noch einmal wörtlich:

„...dadurch werden wir dafür sorgen, dass wir in den nächsten fünf Jahren alle Teilabschnitte auf schleswig-holsteinischem Gebiet bauen werden.“

- Soweit Daniel Günther vor aller Öffentlichkeit im NDR-Fernsehen. So ist es gewesen, Herr Ministerpräsident. Es war nicht Herr Arp, sondern Sie. Sie fügten noch hinzu: Egal, was die gegenwärtige Landesregierung - also unsere Küstenkoalition - damals gesagt habe.

Wissen Sie noch, wer Ihnen damals kopfschüttelnd gegenüberstand? - Ich verrate es Ihnen gern, es war der damalige Ministerpräsident Thorsten Albig. Er war nicht der Einzige, der Ihnen widersprochen hat. Auch Verkehrsminister Meyer, Staatssekretär Nägele und ich haben es getan. Heute hat das übrigens sogar Herr Arp gesagt. Er äußerte, das wäre mit den Mitarbeitern im Landesamt gar nicht möglich gewesen. Sogar Ihr eigener Parlamentarischer Geschäftsführer widerspricht Ihnen, allerdings erst nach der Wahl und nicht vor der Wahl. Das muss ich Ihnen zugestehen. Er hat Ihnen erst heute in der Plenartagung widersprochen und nicht vor der Wahl.

Wenn man sich das aber anschaut, muss man schon feststellen, dass die A 20 hochkompliziert ist, und das nicht erst, seitdem die SPD ab dem Jahr 2012 für fünf Jahre den Verkehrsminister gestellt hatte, sondern schon lange davor. Wir alle hatten wiederholt gesagt, dass Sie die A 20 in fünf Jahren eben nicht fertigbauen können, sondern dass Sie die Menschen mit einem solchen Versprechen hinter die Fichte führen. Das haben Sie ganz bewusst getan, und das muss man hier auch festhalten.

(Beifall SPD)

Wenn Sie das nicht gehört haben, dann müssen die Wattebäusche schon sehr tief in Ihren Ohren gesteckt haben. Wahlkämpfe leben natürlich von Zuspitzung, das ist wahr und das machen wir auch. Komplizierte Sachverhalte müssen manchmal heruntergebrochen und auf wesentliche Punkte reduziert werden. Das haben Sie eben nicht getan, sondern Sie haben damals etwas behauptet, von dem Sie genau wussten, dass es nicht haltbar ist.

Herr Ministerpräsident Günther, Herr Wirtschaftsminister, lassen Sie mich den großen Liberalen Theodor Heuss zitieren, der formuliert hat:

„Wer immer die Wahrheit sagt, kann sich ein schlechtes Gedächtnis leisten.“

Für Sie gilt beides leider nicht. Weder sagen Sie die Wahrheit noch können Sie sich Ihr schlechtes Gedächtnis leisten. Im Übrigen ist das dokumentiert. Haben Sie also bitte den Anstand, sich nicht einhalb Jahre später vor die Presse zu stellen und die Verantwortung für Ihre gebrochenen Wahlversprechen bei der Vorgängerregierung abzuladen. Das ist unredlich, das schadet dem Vertrauen in die Politik, und das weisen wir hier ausdrücklich zurück.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Stegner, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage vom Kollegen Vogt.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Später gern, ich will das jetzt im Zusammenhang vortragen.

Wir reden ja hier nicht darüber, dass Sie das Ziel 2022 knapp verfehlen. Frühestens im Jahr 2030 wird die A 20 nach Ihrem Bericht fertig sein. Das ist weit hinter dem, was Sie den Menschen versprochen haben. Das ist übrigens nicht transparent, sondern das ist der Ausdruck Ihres politischen Versagens. Das muss man betonen.

(Beifall SPD)

Dass es wirklich so kommt, dafür fehlt einem die Phantasie. Selbst wenn Sie, wie der Minister es so flott formuliert hat, alles neu staffen. Vielleicht müssen Sie Ihre Landesregierung neu staffen, wenn dabei etwas Vernünftiges herauskommen soll, Herr Minister. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, und so viel Selbstkritik muss in der Tat auch sein: Die A 20 ist für keine Partei, die in den letzten Jahren Verantwortung getragen hat, ein Ruhmesblatt. Von Austermann bis de Jager waren die Planungen schon vermurkst. Zur Wahrheit gehört auch, dass das Verkehrsministerium auch unter sozialdemokratischer Führung in den vergangenen fünf Jahren nicht so weit gekommen ist, wie wir uns das vorgestellt haben. Das sage ich hier ausdrücklich.

Aber gerade weil das so ist, nützt es natürlich nicht, wenn man im Fünfjahresrhythmus den Schwarzen Peter von einem zum anderen schiebt. Auch wenn ich jetzt an die Mails denke, die plötzlich vor der

(Dr. Ralf Stegner)

Landtagsdebatte wieder auftauchen, kann ich nur sagen: Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Andere hätten bei diesem Punkt wahrscheinlich schon die Staatsanwaltschaft eingeschaltet.

(Heiterkeit SPD)

Das ist natürlich interessant. Erst wird eine Pressekonferenz gehalten, dann tauchen ein paar Mails auf. Aber einige Punkte gelten unabhängig von der Farbkonstellation der Regierung. Erstens muss ich auf das, was Sie zur Planbeschleunigung ausgeführt haben, eingehen. Zu dem Thema sollte die Koalition wirklich schweigen. Was Sie sich da im Kontext mit der Fehmarnbelt-Querung innerhalb Ihrer Koalition geleistet haben, ist wirklich ein starkes Stück.

(Beifall SPD)

Da will man das verabschieden, damit man später mit Nein stimmen kann. Das ist eine Form von Scheinheiligkeit, meine Damen und Herren, die wirklich dem Fass den Boden ausschlägt. - Sie sollten sich dazu gar nicht melden, sondern sich schamvoll in die Reihe setzen, Herr Kollege Tietze. Ich trage das jetzt im Zusammenhang vor.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Nichtsdestotrotz frage ich Sie, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tietze zulassen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Nein, das möchte ich nicht. - Ich will damit nur sagen, Sie wollten den Eindruck erwecken, dass die Öffentlichkeit das nicht merkt. Man schreibt das schnell ins Gesetz und kann dann später in der Koalition dagegen stimmen und denken, die Leute merken es nicht. Aber das merken die Abgeordneten in diesem Saal und die Öffentlichkeit übrigens auch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Zweitens. Auch wenn Herr Vogt seinen grünen Koalitionsfreunden dafür einen mitgegeben hat - Gründlichkeit geht immer noch vor Schnelligkeit -, denn niemandem ist geholfen, wenn die Dinge vor Gericht kassiert werden. Genau das wird passieren, wenn man das macht, was Herr Arp hier gerade gesagt hat. Ich denke, das funktioniert nur, wenn man sich mit den Naturschutzverbänden verständigt. Wenn man das dann so macht, wie Herr Arp es gerade getan hat - ich habe das Gesicht von Herrn Buchholz beobachtet -, dann hat das jedenfalls nichts mit dem zu tun, was Sie gerade erklärt ha-

ben, nämlich dass Sie sich mit denen schon einigen und es auf diesem Weg hinbekommen werden. Wenn die Einigung jedoch darin besteht, dass der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU sagt, sie schade dem Land, dann kann ich nur sagen: Prost Mahlzeit, dann kann das nie etwas mit der Einigung werden.

(Beifall SPD)

Das ist wirklich abenteuerlich.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Stegner?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Nein, immer noch nicht. Ich möchte es im Zusammenhang vortragen.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Sie lassen keine Zwischenfrage - -

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich lasse mich ungern dabei stören auszuführen, wie Ihre Koalition hier zusammenarbeitet. Das ist wirklich abenteuerlich.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Mir bleibt nur die Aufgabe, Sie immer wieder zu fragen, wenn sich Menschen zu Wort melden. Sie können immer wieder erneut sagen, dass Sie keine Zwischenfragen gestatten. Ich stelle fest, dass das jetzt bei diesem Versuch auch der Fall ist. Dann können Sie nun mit Ihrer Rede fortfahren.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das ist sehr nett. Ich lasse in der Regel fast immer Zwischenfragen zu, aber es ist gerade so schön, die Koalition bei der Arbeit zu beobachten und ihre Gesichter und den Applaus zu sehen. Dazu kann ich nur sagen: Hund und Katz sind im Vergleich zu Ihnen eine harmonische Veranstaltung, wenn man sieht, was Sie bei den Naturschutzthemen veranstalten.

(Beifall SPD)

Wenn man das erreichen will, muss man sich schon einig sein, wie man da vorgehen möchte. Jedenfalls gewiss nicht so, wie Herr Arp, und nicht allein mit solchen dampfenden Presseauftritten. Das transparent zu nennen, wenn das Gegenteil von dem, was man versprochen hat, herauskommt, ist jedenfalls

(Dr. Ralf Stegner)

nicht meine Vorstellung von Transparenz, sondern ich halte das in Teilen wirklich für unredlich. Und das holt Sie auch ein. Wir können es Ihnen auch nicht ersparen, dass das hier immer wieder diskutiert werden muss. Das ist übrigens der Job, den die Opposition hat.

Alles in allem kann ich Ihnen nur sagen, dass es ein außerordentlich wichtiges Infrastrukturprojekt ist, welches so schnell wie möglich vorankommen sollte. Das wird es jedoch nur, wenn man die Naturschutzverbände vernünftig einbezieht und die Dinge vernünftig erörtert und nicht, wenn man die Öffentlichkeit hinter die Fichte führt.

Die SPD ist auf jeden Fall immer dann auf Ihrer Seite, wenn Sie ordentlich arbeiten. Das haben Sie bei diesem Thema noch nicht getan. Sie haben noch nichts geliefert. Es ist wie immer bei Ihnen, Herr Buchholz - -

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Stegner, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich bin bei meinem letzten Satz. - Sie sind immer laut, aber unter Ihrer Regierung ist nichts besser geworden, aber vieles schlechter. - Vielen Dank.

(Beifall SPD - Widerspruch CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete, Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen: Bei dieser Debatte, Herr Kollege Arp, haben Sie sich vergaloppiert. Ich finde es auch nicht gut, wie Sie hier gegen die Naturschutzverbände argumentiert haben. Das, was Sie aber geliefert haben, Herr Dr. Stegner, zeigt, dass es Ihnen überhaupt nicht um die A 20 geht, sondern einzig und allein um eine schnöde Abrechnung mit dem Ministerpräsidenten. Das ist Ihr Ziel gewesen. Sie haben nicht zur Sache geredet. Sie haben lediglich Witterung aufgenommen. Deswegen reden auch Sie und nicht Ihr kundiger Fachkollege. Deshalb reden Sie. Sie haben die Witterung aufgenom-

men, um hier mit plumpen und populistischen Vorwürfen gegen die Regierung vorzugehen.

(Beifall FDP)

Lesen Sie den Bericht. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie sind Teil des Problems.

(Beifall FDP)

Sie haben in diesem Land drei Verkehrsminister gestellt; Sie haben hier lange Jahre die Verantwortung für die A 20 getragen; und Fehler sind bei Ihnen genauso passiert wie bei anderen Vorgängerregierungen.

(Martin Habersaat [SPD]: Das haben wir gesagt!)

- Ja, Sie haben es gesagt. Sie haben es aber in einer Art und Weise gesagt, die alles von Ihnen weist; und das kann ich Ihnen hier nicht durchgehen lassen.

Meine Damen und Herren, die A 20 hat uns hier - ich weiß gar nicht, die wievielte Rede das hier ist, das wievielte Mal ich hier schon stehe und zur A 20 rede - schon häufig beschäftigt. Ich, meine Fraktion und meine Partei haben den Wählerinnen und Wählern zur A 20 nie etwas versprochen. Wir haben immer das Prinzip des Realismus gehabt. Wir haben immer gesagt: Wir können sie nicht verhindern; wir achten darauf, dass die Standards im Naturschutz eingehalten werden. Wir achten darauf, dass es eine gute und solvente Planung gibt, aber wir versprechen hier gar nichts.

Wir sind, wenn es um die A 20 ging, in einer Regierung auch nie vor der Verantwortung geflohen. Wir haben uns dieser Verantwortung gestellt und Verantwortung getragen, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gehört dazu, wenn man über die Rolle der Grünen in diesem Land und über die Rolle der Grünen bei der A 20 spricht.

Meine Damen und Herren, die A 20 ist nun mal die Trasse mit den erdenklich schwierigsten Widerständen, die es in ganz Deutschland oder Europa bei einem Autobahnbau überhaupt geben kann. Sie beansprucht viel Fläche. Sie geht durch natursensibles Gebiet.

Herr Arp, dann müssen Sie doch einmal sagen, wie Sie zum Artenschutz stehen, wenn über 20.000 Arten sterben. Sind Sie auch dafür, dass diese Arten geschützt werden? Wie stehen Sie zu den Roten Listen? Wie stehen Sie zu den FFH-Gebieten? - Ich höre auch aus Ihrer Partei, dass diese Arten ge-

(Dr. Andreas Tietze)

schützt werden sollen. Da Sie nicht wissen, wer das Verbandsklagerecht eingebracht hat: Das war die Regierung Kohl; es war Töpfer, der dies auf den Weg gebracht hat. Daher ist das, was Sie hier vorgebracht haben, auch ein bisschen geschichtskittend, dass Sie Ihre eigene Geschichte mit dem Verbandsklagerecht nicht kennen. Dies aber immer wieder auf die Naturschutzverbände, auf diejenigen zu schieben, die sich jeden Tag ehrenamtlich für den Schutz von Mensch und Tier einsetzen,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und ihnen zu unterstellen, dass sie mit bewussten Aktionen gegen die A 20 agierten und dass sie bremsen, ist perfide. Das kann ich Ihnen an dieser Stelle auch als Koalitionspartner nicht durchgehen lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Um es ganz deutlich zu sagen: Wir sind in der Koalition auch schon ein Stück weiter; das muss man zu Herrn Buchholz einmal sagen. Er redet mit den Naturschützern auf Augenhöhe und versucht, die Schwierigkeiten im Dialog und im gemeinsamen Gespräch zu klären. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung; und diesen Schritt - das sage ich Ihnen an dieser Stelle auch - unterstützen wir mit vollster Überzeugung; und da hat er uns Grüne auch an seiner Seite.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Nun zu dem, was jetzt ansteht, meine Damen und Herren: Wir wissen doch ganz genau, dass die Argumente vor Gericht ausgetauscht werden, dennoch haben wir es immer wieder erlebt, dass sich kurz vor den Landtagswahlen ein jeder aus den großen Parteien noch einmal hingestellt und gern damit Wahlkampf gemacht hat, dass er der A 20 jetzt zum Durchbruch ver helfe. Und damit hat er - meine Damen und Herren, das gehört auch zur Wahrheit dazu - dem Land sehr viel Schaden zugefügt, denn diese, auf die Schnelle fabrizierten Planfeststellungsbeschlüsse sind vor Gericht alle gescheitert. Sie sind gescheitert, weil man immer wieder gesagt hat - egal, ob dies nun Herr Meyer oder andere waren -: Es ist doch gar nicht nötig; die Fledermäuse fliegen nur 3 bis 4 km; die Korridore in Abschnitt IV sind gar nicht vorhanden. - Ein Verwaltungsrichter in Leipzig fragte jetzt aber: Wie kommen Sie darauf? Haben Sie das einmal untersucht? - Und dann lautet die Antwort schlicht und ergreifend: Nein. Das ist nicht die beste Voraussetzung,

um für den Abschnitt 4 einen Planfeststellungsbeschluss zu bekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das liegt nicht daran, dass man hier Naturschützer hatte, die das als Argument vorgebracht hätten, sondern es hat schlicht und ergreifend daran gelegen, dass es von den Planungsbehörden nicht geprüft worden ist.

Meine Damen und Herren, das ist zumindest der DEGES bewusst. Wir haben jetzt eine professionelle Planungskompetenz an Bord, die dafür bekannt ist, dass sie anders und professioneller auch mit diesen Dingen, den Einsprüchen von Naturschutzbelangen, umgeht. An dieser Stelle sage ich Ihnen auch: Das ist gut so. Das ist gut für die Umwelt; und das macht einen fairen Interessensausgleich möglich. Deshalb müssen wir die Probleme jetzt so, wie sie sind, annehmen. Das ist auch ein Stück Ehrlichmachen. Das ist eine Art - Herr Ministerpräsident, Sie haben es gesagt - von Größe. Sie haben sich hingestellt und gesagt: Ich habe mir nun in der Regierungsverantwortung die Fakten angesehen. Sie haben diesen Bericht im Kabinett besprochen. Sie haben sich ehrlich gemacht; und es gehört auch ein Stück Größe dazu, dies so zu tun. Ich möchte Ihnen ausdrücklich dafür danken, dass Sie dies so getan haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

So, jetzt ist es auch einmal gut. Jetzt haben wir nämlich den Sachstand. Jetzt können wir uns endlich auf die Sacharbeit konzentrieren.

Deshalb möchte ich einfach einmal auf diese Sacharbeit zurückkommen und fragen: Was ist jetzt dran? Was tut not? - Ich glaube, dass es wirklich gut ist, dass wir in dem Abschnitt Segeberg - - In dieser sensiblen Frage des Fledermausschutzes müssen wir möglicherweise auch mit dem Bund noch einmal verhandeln. Die Fledermäuse in den Kalkhöhlen sind eine international wirklich bedeutende naturschutzfachliche Besonderheit. Das ist naturschutzfachlich international von hoher Bedeutung. Daher darf es nicht am Geld scheitern, wenn wir dieses wichtige naturschutzfachliche Problem mit einer möglichst großen technischen Variante haben wollen. Ich rede von einer Einhausung; ich rede von einer Maßnahme, die es wirklich gründlich möglich macht, dass diese Tiere geschützt werden. Darüber müssen wir nachdenken. Daher hieße es, am falschen Ende zu sparen, wenn wir meinten, dass wir hier mit einfachen Lösungen zum Ziel kämen.

(Dr. Andreas Tietze)

Für die weiteren Abschnitte gilt für mich - das möchte ich hier auch noch sagen -: All das, was wir dort tun, werden wir im Einklang mit den naturschutzfachlichen Standards voranbringen. Wir haben als Grüne auch gesagt - das ist die Unterschrift im Koalitionsvertrag; und dazu stehen wir voll und ganz -: Na klar haben wir in der Küstenkoalition gesagt, wir bauten von Ost nach West, wenn jetzt von West nach Ost gebaut wird, ist das für uns nicht das Problem.

Wir sagen aber auch; und das ist zu prüfen: Es gilt, bitte keine Brückenruinen oder Bauwerke in den Raum zu stellen, die uns der Steuerzahlerbund hinterher wieder auf die Füße fallen lässt, indem er sagt, das sei doch rausgeschmissenes Geld. - Darin sind wir uns einig; das ist klar. Insofern werden wir diesen Schritt in aller Verantwortlichkeit und Klarheit miteinander gehen. Meine Damen und Herren, deshalb gibt es für uns bei diesem Thema überhaupt keine Denkverbote.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
vereinzelt CDU)

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen: Nehmen Sie es mir einfach ab; wir haben uns in der letzten Legislaturperiode mit einer eigenen Trassenvariante zu Wort gemeldet. Diese ist von vielen verworfen und für nicht möglich gehalten worden. Sagen Sie aber bitte nicht, dass sich die grüne Landtagsfraktion nicht konstruktiv mit dem Thema der A 20 auseinandergesetzt hätte. Wir haben zumindest auf unsere Weise versucht, einen anderen Weg zu beschreiben. Dieser ist in der Presse mehrfach veröffentlicht und kommuniziert worden.

Herr Stegner, das entspricht auch unserem Politikverständnis: nicht den Kopf in den Sand zu stecken, nicht immer alle für alles verantwortlich zu machen, sondern selbst zu sagen - auch dann, wenn es schwierig ist, wenn wir es unseren eigenen Parteileuten erklären müssen -: Wir sind immer bereit, für konstruktive Lösungen in diesem Land Politik zu machen. Das haben wir mit unserem Vorschlag bewiesen; und es ist leider so, dass dieser Vorschlag in diesem Haus keine Mehrheit gefunden hat. Uns aber zu unterstellen, dass wir nicht konstruktiv an Lösungen mit gearbeitet hätten, möchte ich an dieser Stelle sehr deutlich zurückweisen; und deshalb stehen wir auch für diese konstruktive Debatte weiterhin zur Verfügung. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU
und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort hat der Abgeordnete Kay Richert für die FDP-Fraktion.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben von Minister Buchholz einen Bericht zum Planungsstand der A 20 bekommen, der Vorbildcharakter hat, denn damit wird ein neues Kapitel aufgeschlagen; und es ist - auch wenn Sie dies nicht hören mögen - ein Kapitel voller Ehrlichkeit und Transparenz, wie es eigentlich von Beginn der Planung anständig gewesen wäre, dies zu machen.

(Beifall FDP)

Die Wahrheit über die Planungen löst natürlich keine Jubelstimmen aus, auch bei uns nicht. Aber endlich kommen die Fakten ehrlich und schonungslos auf den Tisch. Wir Freien Demokraten finden das auch gut so. Die Öffentlichkeit wird jetzt nicht mehr länger mit irgendwelchen Halbwahrheiten abgefüttert - das wurde in der Vergangenheit manchmal so gehandhabt -, sondern die Sachlage kommt jetzt ehrlich auf den Tisch; und dafür gebührt dem Minister unser Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Minister, ich wüsste auch nicht, wo Sie hier geschwindelt haben sollten, wie es Herr Kollege Stegner angedeutet hat.

(Zuruf FDP: Ja!)

Herr Kollege Stegner, ich frage Sie: Wo hat denn der Wirtschaftsminister gelogen? Erklären Sie uns das doch einmal; oder nehmen Sie diese Aussage zurück.

(Beifall FDP und CDU - Christopher Vogt
[FDP]: Ja!)

Was mich auch interessieren würde, ist: Wie war das eigentlich mit der Kommunikation in ihrer alten Regierung? Wussten Sie eigentlich, dass in den Bauabschnitten 5 und 6 nicht mehr geplant wurde, oder wurden Sie hierin auch getäuscht? Es wäre schön, wenn Sie auch dazu einmal Stellung beziehen würden.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, eine funktionierende, an den Bedarfen der Menschen ausgerichtete Infrastruktur ist wichtig; denn sie sorgt für Lebensqualität und ist auch ein entscheidender Standortfaktor für unsere Wirtschaft. Jeder, der in Schleswig-Hol-

(Kay Richert)

stein heutzutage unterwegs ist, bekommt das vor Augen geführt. Es ist daher ein gutes Zeichen, dass fraktionsübergreifend Einigkeit über die notwendige Fertigstellung der A 20 herrscht, so wie es übrigens auch in unserem Koalitionsvertrag steht, und dass wir alle gemeinsam dem Projekt im Hinblick auf eine schnellstmögliche Realisierung den Rücken stärken; denn in der Vergangenheit ist bekanntlich vieles nicht so rund gelaufen. Das wurde mehrfach ausführlich diskutiert und ist auch hier durchaus schon zur Sprache gekommen.

Mit der FDP, Jamaika und Minister Bernd Buchholz wurde hier meinem Empfinden nach eine Zeitenwende eingeläutet. Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit wurden endlich angepackt, und es wurde aufgeräumt. Die Fakten liegen jetzt auf dem Tisch, und wir können endlich gemeinsam nach vorne gucken und Dinge für unser Land bewegen.

Die Debatte macht aber auch ein grundlegendes Problem deutlich: Das Planungsrecht in Deutschland macht Großprojekte immer komplexer und dadurch auch anfälliger für Klagen. Warum ist das so? Unser Planungsrecht soll sicherstellen, dass niemand durch staatliche Planungen unangemessen und damit ungerechtfertigt benachteiligt wird. Das Interesse der Allgemeinheit wird also gegen das Interesse des Einzelnen abgewogen. Die Rechte der „Voiceless“, also zum Beispiel Tiere und Pflanzen, werden in diesen Verfahren von Verbänden wahrgenommen, die sich darauf spezialisiert haben. Natürlich steht es allen von diesen Verfahren Betroffenen zu, die getroffene Verwaltungsentscheidung gerichtlich überprüfen zu lassen. Das ist die Rechtsweggarantie, die sich aus unserem Grundgesetz ergibt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So funktioniert unser Rechtsstaat, und so funktioniert er auch gut. Aber bei vielen Großprojekten wird dieses Verfahren dazu genutzt, um diese Projekte zu verzögern, und in der Öffentlichkeit entsteht tatsächlich der Eindruck, als ob dies nicht mit dem Ziel der gemeinsamen Lösungsfindung oder auch nicht aus fachlichen Beweggründen geschieht, und damit können wir natürlich nicht zufrieden sein. Selbstverständlich müssen auch die Belange der Verbände oder der von ihnen vertretenen Interessen angemessen berücksichtigt werden. Daher finde ich es vorbildlich, Herr Minister, wie Sie den Kontakt zu den Verbänden suchen, um zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Das machen Sie gut so.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich finde es nämlich besonders hilfreich, dass hier gerade keine Feindbilder bedient werden, sondern der Konsens gesucht wird. Wir möchten das gern in allen Bereichen so machen. Das sage ich ausdrücklich in Richtung unseres Koalitionspartners. Ich würde mich freuen, wenn auch der Umweltminister das Versprechen seines Amtsvorgängers einlösen würde und bei Umweltbelangen als zusätzliche hilfreiche Unterstützung zur Verfügung stehen würde; denn schließlich verfolgt die gesamte Landesregierung das Ziel, Projekte wie die A 20 so zügig und so einvernehmlich wie möglich umzusetzen.

Trotzdem: Große Projekte dauern in Deutschland viel zu lange. Es kann nicht sein, dass der Bau einer Straße - einer Straße! - 30 Jahre und länger dauert. Ich würde mich deswegen sehr darüber freuen, wenn große Infrastrukturprojekte zukünftig durch zum Beispiel ein Baugesetz auf den Weg gebracht würden - som det er i danmark, Kollege Flemming.

Ich würde auch gern das Verfahren an sich verbessern. Natürlich weiß ich, dass die umfangreiche Prüfung aller Belange der Staatszielbestimmung zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen entspringt. Wir haben ja Ähnliches in unsere eigene Verfassung mit übernommen. Aber stellt die generelle Beweislastumkehr jetzt die beste Lösung dar, um dem gerecht zu werden, oder gibt es vielleicht noch andere Möglichkeiten? Ich finde, das sollte hier wenigstens einmal neu gedacht werden; denn durch schnellere Planungsprozesse und weniger Klagen bekommen wir die neuen Projekte nicht nur wesentlich schneller ins Laufen und haben wir auch schneller die Vorteile, die aus den neuen Projekten entstehen, zum Beispiel die Erleichterungen, die die Menschen von uns erwarten, sondern es wird auch sehr viel Steuergeld dabei eingespart.

Apropos Umweltverträglichkeitsuntersuchung. Bei jedem Projekt werden die Auswirkungen auf diverse Schutzgüter untersucht. Das ist der Inhalt der UVU, der Umweltverträglichkeitsuntersuchung. Da gibt es das Schutzgut Wasser, das Schutzgut Luft, die Schutzgüter Boden, Landschaft, Tiere und Pflanzen. Und es gibt das Schutzgut Mensch. Es gibt die vielen tausend Menschen in den betroffenen Orten, die sich durch die A 20 eine Erleichterung erhoffen, die die A 20 dringend ersehnen, deren Orte unter der Last des Durchgangsverkehrs ächzen oder die als Pendler stundenlang in Staus stehen und dabei nicht nur Zeit, sondern auch Gesundheit verlieren. Dieses Schutzgut, die Menschen, kommen in der Diskussion fast immer zu kurz.

(Kay Richert)

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Für uns von der FDP sind die Menschen nicht nachrangig, und wir werden weiter aufpassen, dass ihre Belange nicht unter die Räder kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin seit 2017 Abgeordneter. Das ist noch nicht allzu lange. Ich weiß nicht, wer wann was gesagt hat und warum das jetzt besonders toll oder besonders schlimm ist. Ehrlich gesagt, finde ich, ist das auch gar nicht der Kern der Debatte. Darüber sollten wir uns gar nicht unterhalten. Wir von der FDP möchten gern nach vorne schauen. Wir möchten etwas umsetzen. Wir möchten etwas für die Menschen in diesem Land bewegen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Damit sollten wir uns beschäftigen. Deshalb werden wir weiterhin alles dafür tun, um mit der A 20 schnellstmöglich nicht nur bis zur Elbe bei Glückstadt zu kommen, sondern auch unter der Elbe hindurch bis nach Niedersachsen. Das kann bei guter Vorplanung schnell gehen, bei nicht so guter Vorplanung kann das auch sehr anstrengend sein. Aber wir hängen uns weiter rein; denn von der A 20 haben wir alle was in Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort hat nun für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Gestatten Sie mir eine kurze Vorbemerkung. Ich freue mich sehr, dass die großen Fraktionen der CDU und der SPD bei diesem Thema wieder mehr Interesse zeigen. Vor der Mittagspause, als es um Wohnungsbau und Vorschule ging, waren die Ränge doch sehr leer. Ich habe einmal durchgezählt: Es waren jeweils nur elf Abgeordnete von den großen Fraktionen anwesend. Das fand ich traurig. Wer noch Latein in der Schule hatte, weiß, dass Plenum „voll“ bedeutet.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Schnurrbusch, ich bitte Sie, zur Sache zu reden. Das Thema ist nicht die Anwesenheit der Abgeordneten nach Fraktionen verteilt, sondern das Thema ist die A 20.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Richtig. Dazu komme ich auch sofort. Ich wollte nur meiner Freude darüber Ausdruck geben, dass dieses Thema bei Ihnen so großes Interesse findet. Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Ich komme jetzt zum Thema.

(Zurufe: Oh!)

Was den Landesvorsitzenden der Grünen in Schleswig-Holstein dazu bewogen haben mag, dem Wirtschaftsminister vorzuwerfen, er wolle die A 20 mit der Brechstange weiterbauen, erschließt sich uns in keiner Weise. Das ist absurd, da mit ersten Bautätigkeiten östlich der A 7 frühestens in zwei bis drei Jahren zu rechnen ist. Aber vielleicht träumen die Landesgrünen ja von einer flächendeckenden Begrünung der Autobahn und wollen dafür Schnellwege für Radfahrer bauen, so wie es die Hamburger Grünen fordern.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tolle Idee!)

- Finde ich auch. - Seit 1992 wurden in Schleswig-Holstein erst 39 von insgesamt 112 km der A 20 gebaut. In keinem Bauabschnitt liegt derzeit vollziehbares Baurecht vor, und daran wird sich vor allem aufgrund der derzeit anhängigen Klageverfahren auch weiterhin nichts ändern. Zunächst ist daher die Wiederherstellung der Rechtssicherheit notwendig. Sie, sehr geehrter Herr Minister Dr. Buchholz, haben das betont. Vielen Dank dafür und auch für Ihren ausführlichen Bericht.

Wie geht es nun weiter? Gerade in dieser Woche waren Vertreter der Landesregierung in Leipzig, um vor dem Bundesverwaltungsgericht die Interessen des Landes in Bezug auf den vierten Bauabschnitt gegenüber den Umweltverbänden NABU und BUND zu vertreten. Mit einem Urteil wird für Ende November 2018 gerechnet, und wir können nur hoffen, dass der Stillstand nicht noch länger fort dauert. Der Minister hat seine Hoffnung dahingehend geäußert, dass es zu einer guten Lösung kommt.

In Anbetracht dieser komplexen Lage ist heute weder Platz für gegenseitige Schuldzuweisungen noch für parteipolitische Großsprecherei; denn seit 1992 haben sämtliche heute im Landtag vertretenen Parteien bereits Regierungsverantwortung getragen - mit Ausnahme der AfD natürlich.

(Lars Harms [SSW]: Das kann auch so bleiben!)

(Volker Schnurrbusch)

Daher besteht jetzt natürlich eine gemeinsame Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass es mit diesem zentralen Infrastrukturprojekt endlich vorangehen kann. Die AfD-Fraktion begrüßt es daher ausdrücklich, dass die Landesregierung einen Dienstleistungsvertrag mit der DEGES abgeschlossen hat und die Projektverantwortung vom Landesbetrieb Straßenbau auf die DEGES übergegangen ist.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Das gesamte Verfahren zum Bau der A 20 verdeutlicht die Notwendigkeit, bei Infrastrukturprojekten dieser Größenordnung in Zukunft gesetzliche Neuregelungen zur Planungsbeschleunigung zu treffen.

(Das Licht im Plenarsaal wird eingeschaltet.)

- Es werde Licht, Fiat Lux!

Gerade hier macht uns der vorliegende Bericht der Landesregierung aber wenig Hoffnung, da er nur sehr allgemein auf das derzeit auf Bundesebene laufende Verfahren zum Planungsbeschleunigungsgesetz Bezug nimmt. Leider ist deshalb auch völlig offen, ob das Projekt A 20 von einer gesetzlichen Neuregelung profitieren wird. Wir mussten leider gerade erleben, dass die Abgeordneten von SPD, Linken und Grünen im Bundestag das Planungsbeschleunigungsverfahren in Sachen Fehmarnbelt-Querung behindert beziehungsweise gestoppt haben. Das finde ich sehr bedauerlich. Das ist wenig konstruktiv und bringt uns nicht voran. Wir wissen im Moment noch nicht, ob wir davon profitieren können; das ist gerade gesagt worden. Dennoch müssen neue Wege beschritten werden, so wie es mit dem aktuell diskutierten Instrument der Legalplanung, bei dem das Parlament die Funktion der Planfeststellungsbehörde übernehmen soll, in der Diskussion ist. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass dieses neue Verfahren bei fünf Pilotprojekten im Bundesgebiet angewendet werden soll. Ob dabei Schleswig-Holstein zum Zuge kommt, ist noch offen. In diesem Zusammenhang kritisieren wir ganz klar die dauernd klagenden und aus unserer Sicht auch dauernd blockierenden Umweltverbände.

(Beifall AfD)

Eine Prozessführung des Alles oder Nichts - wie jetzt wieder in Leipzig praktiziert - liegt ganz sicher nicht im Interesse Schleswig-Holsteins. Wir wollen unser Land gemeinsam nach vorne bringen und nicht zum Freilichtmuseum mit angeschlossenem Naturreservat machen. Wenn der Geschäftsführer des BUND das Ziel formuliert, den laufenden Prozess gewinnen zu wollen, dann kann ich nur den Kopf schütteln. Bei den Umweltverbänden ist nir-

gendwo von einem Interessenausgleich oder -vergleich die Rede, noch nicht einmal von einer Vergleichsbereitschaft. Dies ist in der Tat nichts anderes als Blockadementalität. Die bringt unser Land nicht nach vorne.

Prozessuales Entgegenkommen, so wie im Moment in Leipzig - das sei diesen Herrschaften gesagt - ist keine Einbahnstraße. Deshalb darf Entgegenkommen vor Gericht auch nicht allein von der Landesregierung gefordert werden. Auch die Umweltverbände tragen in diesem Prozess eine hohe gesellschaftspolitische Verantwortung. Wenn sie sich dieser nicht bewusst werden, müssen sie sich nicht wundern, wenn wir als AfD auch in diesem Fall eine grundlegende Form des Verbandsklagerechts fordern, damit die Bürger, die Feriengäste und die gewerbetreibende Wirtschaft freie Fahrt auf der A 20 haben und nicht von der Blockadehaltung klagewütiger Verbände gestoppt werden.

(Beifall AfD - Zuruf Lars Harms [SSW])

Wir haben heute miterleben dürfen, dass es darüber auch in der Jamaika-Koalition erheblichen Gesprächsbedarf geben dürfte.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Ja!)

Die Diskrepanz zwischen CDU und Grünen ist da sehr offensichtlich geworden. Vielen Dank auch für diese Offenheit. Wir können nur hoffen, dass diese Gespräche keinen Streitcharakter haben - so wie eben -, sondern dass sie zu einer Lösung führen, die für alle Bürger dieses Landes etwas bringt. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zu den weiteren Wortbeiträgen. Ich gehe davon aus, dass das nicht Restredezeiten sind, sondern alles Dreiminutenbeiträge, wobei der SSW auch noch eine Restredezeit von 3 Minuten hat.

(Zuruf SSW: Gern! - Heiterkeit)

Dann ist vorerst nur die Inanspruchnahme der Restredezeit von 3 Minuten möglich. - Lars Harms hat das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Ich könnte natürlich auch 20 Minuten zu diesem Thema reden. Aber darum ging es mir jetzt eigentlich gar nicht, sondern mir geht es erst einmal nur darum, dass ich

(Lars Harms)

mich auch ganz herzlich für den Bericht bedanken will. Für uns war es wichtig, einfach einmal zu schauen: Wie ist jetzt wirklich der Stand? Dann wollen wir versuchen, konstruktiv voranzugehen. Deswegen haben wir auch gesagt: Es ist okay, dass man das vorher veröffentlicht, dass man vorher die Bevölkerung darüber informiert. Wir haben das als einen konstruktiven Prozess angesehen. Das war für uns ganz wichtig, weil wir jetzt mit der DEGES - was wir sehr begrüßen - einen Planer haben, der da noch professioneller herangehen kann als es uns mit unserer Verwaltung, mit unseren Möglichkeiten, die wir hatten, vielleicht möglich war.

Ich glaube, alle Wirtschaftsminister haben Fehler gemacht, weil alle Wirtschaftsminister höchst enthusiastisch waren und immer schnell zu Potte kommen wollten. Das gilt für uns als Parlament natürlich genauso, jedenfalls für diejenigen, die es immer befürwortet haben. Sie haben bei allem immer Druck gemacht. Sie haben gesagt: Ja, nun macht einmal, das muss endlich losgehen, wir wollen das endlich, weil auch die breite Bevölkerung - 80 % bis 90 % der Bevölkerung - dieses Projekt als wichtig ansieht.

Insofern will ich da niemandem einen Vorwurf machen. Ich glaube, auch hier im Hohen Haus - unter den derzeitigen Bedingungen, die wir haben - will keiner das Verbandsklagerecht infrage stellen. Allerdings ist es schon so, dass es oft als Verhinderungsplanung, als Blockierplanung wahrgenommen wird. Der Kollege Arp hat das dann auch noch einmal ein bisschen emotional nach außen dargestellt, sodass man weiß, wie die Gefühlswelt von Enthusiasten aussehen kann. - Also man merkt, dass das so wahrgenommen wird.

Ich glaube, das liegt an zwei Punkten, die bei uns im Planungsrecht wirklich ein Problem darstellen.

Das Erste ist: Jeder kann einen Einwand machen, aber nachweispflichtig ist dann immer der Maßnahmenträger. Ich muss also nicht beweisen, dass der Adlerhorst bewohnt ist, sondern der Maßnahmenträger muss beweisen, dass der Adlerhorst nicht bewohnt ist. - Das kann eigentlich nicht sein, dass das so läuft; denn das ist einmalig im Rechtssystem. Bisher muss immer derjenige, der eine Klage führt, entsprechend nachweisen, dass diese Klage auch berechtigt ist.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Das andere, meine Damen und Herren, ist, dass wir immer zuerst sagen: Ihr müsst planen, und danach sind dann erst Einwände möglich. Dann ist es natürlich klar: Wenn man einen Plan macht, dann

läuft man los und sagt, das ist alles richtig. Dann kommen alle Bedenken-träger mit ihren Einwendungen und dürfen das dann auch noch in dem Maße tun, wie ich es gerade beschrieben habe.

Meine Damen und Herren, ich glaube, da ist ein Fehler im System. Da gibt es einen Fehler im Planungsrecht. Es ist eigentlich unsere Aufgabe, wenigstens dafür Sorge zu tragen, parteiübergreifend, auch regierungs- und oppositionsübergreifend, sich darüber Gedanken zu machen, dass man ein neues Planungsrecht schafft. Ich kann mir vorstellen: Wenn wir das gemeinsam machen und unseren Minister damit beauftragen, dann mag das vielleicht ein etwas größeres Gewicht haben, als wenn es „nur“ eine Regierungskoalition einer bestimmten Couleur macht - egal, aus welchem Land es kommt. Das wäre zumindest meine Aufforderung an Sie, dass wir es sicherstellen, dass wir es hinkriegen, ein neues Planungsrecht zu bekommen. - Wie das aussehen wird, Herr Präsident, werde ich dann in einem Dreiminutenbeitrag, sofern Sie es denn zulassen, gleich noch einmal darstellen.

(Beifall SSW und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat jetzt der Abgeordnete Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Dr. Tietze, Sie fragten ja zu Recht, ob wir kein Interesse an der Vielfalt der Arten der Tiere, der Flora und Fauna haben. Natürlich haben wir, gerade als Konservative - und ich glaube, das verbindet uns - ein großes Interesse, der Nachwelt eine intakte Natur zu hinterlassen. Wenn dieser Eindruck eben nicht so entstanden ist, dann will ich das gern zurücknehmen.

Gerade wir haben uns ganz früh dafür eingesetzt; der erste Bundesumweltminister war sogar jemand aus der CDU. Insofern sind wir da der gleichen Meinung. Da unterscheiden wir uns nicht.

Nur es wird ja immer wieder die Frage gestellt: Inwieweit geht es um die einzelne Population, oder hängen da auch Arbeitsplätze dran? Da kann es sein, dass wir hin und wieder unterschiedlicher Meinung sind. Das wollen wir auch in Zukunft weiterhin gemeinsam auf demokratische Art ausfechten.

Wenn jetzt hier der Eindruck entstanden ist - und er ist hier offensichtlich entstanden -, dass ich gerade

(Hans-Jörn Arp)

die ehrenamtlich Tätigen beim NABU und BUND hier in irgendeiner Form disqualifiziert habe, dann möchte ich mich dafür entschuldigen. Das liegt mir fern. Das will ich nicht.

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielmehr ging es mir im Wesentlichen um das Verhalten beim Klagerecht, und nichts anderes stelle ich bei denen infrage. Ich lobe sogar ihre Arbeit für unser Haus, für unser Land und für uns alle. - Ich glaube, damit ist das verstanden.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh, oh, oh!)

Eine dritte Äußerung, Herr Stegner, noch sind Sie Oppositionsführer. Ich kann nur sagen: Ich habe mich in keiner Weise von den Äußerungen des Ministerpräsidenten distanziert.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich habe die Verantwortung. Ich habe ihm empfohlen, die Aussage zu machen, weil ich Ihren Äußerungen - den Äußerungen von Herrn Meyer - geglaubt habe. Es war meine Schuld, mein Fehler. Ich würde niemals einem sozialdemokratischen Haus wieder etwas glauben, wenn Sie es auf der Homepage haben. Das habe ich aus dieser Debatte gelernt. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weil sich ja Lars Harms zu seinem heutigen Geburtstag mehr aus der Gefühlswelt von Enthusiasten gewünscht hat, möchte ich mich jetzt gern auch einmal enthusiastisch für den Naturschutz äußern und vier Punkte ansprechen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte auf die Frage eingehen: Ist der Naturschutz nur für den Konflikt da, oder ist er nicht auch für den Interessenausgleich da und bereit, Vergleiche abzuschließen? - An den Abgeordneten Schnurrbusch: Vergleichen Sie einmal die Situation beim Flughafen Blankensee und dem Vergleich, den der NABU damals in Bezug auf die Grönauer Heide gemacht hat. Da sehen Sie eine ganz gute

Möglichkeit, wie man zu einem solchen Ausgleich kommen kann. Das ist dem NABU sicherlich sehr schwer gefallen, der nämlich gute Gründe hatte, sich dem Flughafen Blankensee kritisch gegenüberzustellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, kein einziges Projekt in Deutschland - und ich betone das an dieser Stelle immer wieder - ist je am Natur- oder Artenschutz gescheitert. Alle sind durchgezogen worden. Ich sage ganz deutlich - auch nach den Worten von Herrn Arp gerade -: Wer die Axt an das Verbandsklagerecht legt, wird mit uns Grünen nicht erfolgreich regieren können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, Verzögerungen sind aber nicht dem Verbandsklagerecht zuzuschreiben. Herr Kollege Richert hat das gerade sehr deutlich gemacht. Lars Harms wird ja gleich vielleicht darauf zurückkommen, und wir als Grüne und ich als naturschutzpolitische Sprecherin haben das im Übrigen auch im Rahmen der Koalitionsverhandlungen sehr ernsthaft angeregt. Ich freue mich, dass es jetzt wenigstens Gespräche gibt.

Wenn man im Planverfahren diese Dinge zunächst „wegwägt“, nicht ernsthaft abwägt und nicht ernst nimmt - es geht nämlich dabei nicht um irgendetwas, was Marlies Fritzen oder der NABU schick finden, sondern es ist EU-Recht, das beachtet werden muss, für das man ansonsten auch ein Vertragsverletzungsverfahren kassieren kann, das scheint manchen Leuten hier egal zu sein -, wenn man das also von vornherein wegwägt, dann hat man am Ende in diesen Planungsverfahren diese langen Klagen. Das bedeutet, die Sache auf den Kopf zu stellen. Deswegen glaube ich auch, dass dieses im Moment so heiß diskutierte Planungsbeschleunigungsgesetz an dieser Stelle nicht einen Zentimeter weiterhilft und Ihnen auch beim Straßenbau nicht weiterhilft.

Man muss das Planungsrecht insgesamt auf den Kopf stellen und nicht die Rechte einschränken oder verkürzen. Es geht um eine ernsthafte Abwägung, ich habe es gesagt.

Jetzt noch ein letzter Satz zur FBQ. Dass mich das nicht freut, was da gelaufen ist, kann jeder hier im Haus nachvollziehen. Aber ich bitte doch um ein bisschen mehr Zurückhaltung, weil jetzt schon gesagt wird, die feste Fehmarnbelt-Querung sei aus

(Marlies Fritzen)

dem Gesetz heraus. Nach den Informationen, die mir vorliegen - und das wird heute Abend erst im Bundestag beschlossen -, ist es mitnichten so. Sie ist nur an einer anderen Stelle reingeschrieben worden. Das werden wir ja sehen. Ich will nur sagen: Die Informationen, die wir dazu haben, sind andere als die, die Bettina Hagedorn öffentlich macht. Dann werden wir einmal schauen, wie heute Abend beschlossen wird. Wo immer die FBQ in diesem Gesetz stehen wird, mich freut es nicht, ganz egal, wer sie hinein- oder herausgeschrieben hat. Das können Sie mir glauben. Aber ich finde, man muss dann auch bei der Ehrlichkeit bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin bekanntermaßen schon ein paar Tage länger hier im Landtag als der Kollege Richert. Lieber Kollege, seien Sie froh, dass Sie nicht jede Debatte dazu mitbekommen haben.

Ich hatte mir vorgenommen, mich heute einmal zurückzuhalten, und angenommen, dann würde es zur A 20 vielleicht sachlicher. Das ist nicht ganz der Fall gewesen, habe ich festgestellt. Aber ich muss ganz ehrlich sagen: Es gibt einige Punkte, die man vielleicht betonen sollte, die in der Tat aus meiner Sicht für die Bevölkerung wichtig sind.

Erstens. Es gibt endlich Offenheit vonseiten der Regierung beim Umgang mit der A 20, eine neue Klarheit und auch mehr Engagement, indem wir die Planungskapazitäten durch das Heranziehen der DEGES deutlich erhöht haben. Das ist kein Misstrauensvotum gegenüber dem LBV, sondern das ist eine Entlastung, die insgesamt die Infrastrukturpolitik in Schleswig-Holstein stärkt. Das hätte man schon früher machen können. Wir haben es jetzt gemacht, und das ist richtig.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die Kapazitäten müssen also erhöht werden, was gar nicht so einfach ist. Da muss man noch an vielen Stellschrauben drehen. Wir müssen den Dialog verstetigen, weil ich schon glaube, dass es den Verbänden um die Sache geht, nämlich um die Verbesserung des Umweltschutzes und um Tierschutz.

Wenn man da gemeinsam zu Lösungen kommt, ist es allemal besser, als jahrelange Gerichtsverhandlungen durchzuführen. Ich setze da ehrlich gesagt auch auf die Vermittlerrolle der Grünen und muss auch mein Urteil über den Kollegen Tietze aus den letzten Jahren da ein Stück weit revidieren: Er nimmt eine konstruktive Rolle ein, die grüne Fraktion und die grünen Minister auch. Insofern glaube ich, wird man da auch in Gesprächen zu guten Ergebnissen kommen können, wenn alle an einem Strang ziehen.

(Beifall FDP und CDU)

Wir müssen in der Tat über das Planungsrecht reden, weil es ein Problem in einer Demokratie ist: Wenn man über Jahrzehnte gewaltige Mehrheiten in den Parlamenten an verschiedenen Stellen für ein Projekt hat, und es geht nichts voran, dann schürt das sehr viel Frust bei sehr vielen Bürgern - auch über das ganze Steuergeld, das dort ins Land fließt, ohne dass etwas passiert. Ich glaube, darüber muss man auch ohne Schaum vor dem Mund reden. Flemming Meyer hat es gesagt: In Dänemark macht man das anders. Da muss man zum Thema Baugesetze, durch die dann irgendwann, nachdem man alles berücksichtigt hat, auch einmal ein Punkt gesetzt und losgelegt wird, sagen: Dies ist, so glaube ich, ein gutes Modell, das man sich in Deutschland anschauen könnte. Das entscheiden nur nicht wir hier, sondern das wird auf Bundesebene entschieden. Ich glaube aber, das muss man sich einmal anschauen. Das ist eine Sache: In einem Rechtsstaat muss man immer schauen, ob die Verfahren noch richtig sind.

Ein letzter Punkt, Herr Dr. Stegner: Sie haben leider keine Zwischenfragen zugelassen, weil Sie hier ein bisschen ins Schwimmen gekommen sind. Ich habe schon souveränere Auftritte von Ihnen gesehen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich finde es schon erstaunlich, dass Sie, wenn wir uns hier gegenseitig ernst nehmen wollen, dem Minister Buchholz unterstellen, er hätte nicht die Wahrheit gesagt. Das ist starker Tobak, wenn ein Oppositionsführer das gegenüber einem Minister sagt. Ich weiß nicht, ob Ihnen da etwas durcheinandergeraten ist, Herr Dr. Stegner, aber ich erwarte, dass Sie Ihren Vorwurf entweder gleich hier am Rednerpult konkretisieren oder den Vorwurf zurücknehmen und sich beim Minister entschuldigen. Das ist das Mindeste, was Sie tun sollten.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Christopher Vogt)

Ein allerletzter Punkt, Herr Dr. Stegner: Wenn man sich hier hinstellt und viel über Wahrheit spricht, frage ich mich: Wussten Sie als SPD-Fraktion oder wussten Sie persönlich, dass in den Abschnitten 5 und 6 gar nicht mehr geplant wird, obwohl auf der Internetseite und in den Gremien des Landtages von der alten Regierung etwas anderes behauptet wurde? Wussten Sie, dass in den Abschnitten 5 und 6 nicht mehr geplant wurde, oder wurden Sie auch getäuscht wie der Rest des Parlaments und die Öffentlichkeit? Auch dazu können Sie sich gleich gern noch einmal äußern, wenn Sie schon so viel über Wahrheit reden. Ich finde, auch das gehört zur Redlichkeit dazu. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines vielleicht vorausgeschickt, weil die Kollegin Fritzen gesagt hat, das EU-Recht gelte und sonst habe man Probleme, weil man möglicherweise Vertragsverletzungsverfahren riskierte: Man muss dann aber auch eingestehen, dass es natürlich in anderen Ländern auch andere Rechtsregime gibt, und dort funktioniert es auch, obwohl diese Länder alle in der EU sind. Flemming Meyer hat gerade eben schon einmal dargestellt, wie schnell das in Dänemark von der Entscheidung, eine Autobahn zu bauen, bis zur Fertigstellung geht. Das dauert keine zehn Jahre. Das geht, und auch das Königreich Dänemark ist immer noch in der EU. Es scheint also doch zu funktionieren, wenn man das richtige Planungsrecht hat.

Frau Fritzen, Sie haben gesagt, alle Projekte seien durchgezogen worden. - Ja, das stimmt, sie sind aber teurer geworden - wesentlich teurer - durch die Zeitverzögerung und durch den ganzen Rechtskampf, den man sich da geleistet hat. Oft ist auch weniger für die Umwelt erreicht worden, was schade ist. Das ist erst einmal schade. Da muss man sich schon Gedanken machen, ob es nicht schlaudere oder bessere Möglichkeiten gibt, die sowohl der Umwelt dienen als auch der Umsetzung der Projekte.

(Beifall Lukas Kilian [CDU] und Kay Richter [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Fritzen?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich gern, klar.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Herr Kollege Harms, genau das ist das, was ich andeuten wollte, dass es in anderen Ländern anders geht. Dänemark macht es auf eine Weise, aber auch in den Niederlanden und in Frankreich gibt es unterschiedliche Verfahren. In Frankreich redet man eine geraume Zeit sehr ernsthaft mit allen Trägern öffentlicher Belange, wie sie in Deutschland heißen, um dann zu einem möglichst konsensualen Vorschlag zu kommen, wie man denn eine Straße oder ein anderes großes Projekt bauen möchte. Dazu tragen dann natürlich auch Umweltverbände bei, und man kommt dann auch zu einer Lösung, die von vielen viel breiter getragen wird, und man muss in den abschließenden, möglicherweise noch beklagbaren Möglichkeiten nur noch Kleinigkeiten klären. Ich habe mitnichten gesagt, dass es keine Möglichkeit gäbe, sondern genau beschrieben, was Sie gerade gesagt haben, dass man, wenn man diese ernsthaften Überlegungen vorzöge, abwägte und auch ernsthaft abwägte, man sich die Gefahr von Klageverfahren sparen könnte.

- So, nun kommen wir genau zu des Pudels Kern. Nun sind wir nämlich genau an der Stelle, wie ein Planungsrecht in Zukunft aussehen soll. Das ist eigentlich das, wofür ich hier plädieren möchte: dass wir uns einmal hinsetzen und gemeinsam darüber Gedanken machen. Sie haben recht, Frau Fritzen: Es geht darum, dass man erst einmal einen Interessensausgleich hinbekommt, wie man es in Dänemark auch macht, wo man quasi einen Einigungszwang hat. Es wird ein Korridor vorgegeben, in dem man etwas machen will: Wie können wir es machen? Welche Einwendungen gibt es privater, aber auch umweltrechtlicher Natur? Aber auch die Frage: Welche Einwendungen haben die Wirtschaftsverbände? Dann gleicht man das ab. Als Politik stellt man dann fest: Die und die Maßnahme wollen wir so und so durchführen. Und danach, nach dieser Einigung, kommt der Prozess, bei dem man sagt: Wir legen die Trasse fest, und wir legen vor allen Dingen fest, welche Maßnahmen erledigt werden müssen, damit die Eingriffe, die man dort

(Lars Harms)

tätigt, nicht so schädlich sind. Manchmal werden sogar Maßnahmen getroffen, die auch für den Naturhaushalt besser sind.

Das haben wir aber derzeit noch nicht gesetzlich festgelegt, sondern derzeit ist es immer noch anders herum: Der Staat plant, und danach darf der deutsche Bürger oder eben auch ein Verband klagen. Das führt eben zu diesen Konflikten. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass es ein Land geben muss, das sagt: Nein, wir haben jetzt diese miesen Erfahrungen gemacht, wir müssen das ändern, wir müssen das Planungsrecht auf neue Beine stellen. - Die beste Möglichkeit, das auch umsetzen und durchsetzen zu können, ist, wenn wir das gemeinsam partei- und regierungs- und oppositionsübergreifend machen. Das ist zumindest das, was ich mir wünschen würde.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] und Tobias Koch [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Abgeordneten Fritzen? - Bitte.

Lars Harms [SSW]:

Wir werden immer einiger, gern.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich glaube, wir waren vielleicht gar nicht so uneinig, wie Sie geglaubt haben, mit Ihren ersten Sätzen sagen zu müssen. Ich weiß auch, dass es da verschiedene Vorschläge gibt. Es gibt auch viele verschiedene Vorschläge von Juristen, wie man das rechtlich umsetzen kann. Es gab auch schon diverse Expertengespräche dazu. Ich wollte nur sagen und noch einmal darauf hinweisen, dass der Naturschutz sehr wohl bereit ist und auch mit seiner Fachkenntnis darauf hinweisen kann, wenn zum Beispiel im Verlauf von Trassen wertvolle Arten zu schützen sind und im Vorwege vielleicht auch Maßnahmen ergriffen werden sollten, damit sie durch die Trasse nicht zu Schaden kommen. Das alles sollte mit einbezogen werden, und zwar nicht wie bei den Erörterungsterminen - „wir haben es mal gehört und machen es dann doch anders“, wie es heute häufig ist -, sondern vielleicht in einem sehr frühen Stadium rechtlich verbindlich.

(Zuruf)

- Ja, natürlich, aber man kann im Verfahren sicherstellen, dass diese dann nicht so leicht weggewägt werden können.

- Genau darum geht es, aber auch darum - ich drücke es einmal anders aus -: Mit einem solchen Prozess haben wir schon Erfahrung aus der Zeit, in der wir all die Überlandleitungen für die Stromversorgung geplant haben. Nur hatten wir da einen Hintergrund, den wir bei anderen Großprojekten nicht haben, weil die Umweltverbände natürlich „zwei Interessen“ vertreten mussten: Sie wollten die Energiewende, aber gleichzeitig stellt das einen Eingriff in die Umwelt dar. Da ist man dann durchaus kompromissfähiger; das muss man ehrlich gestehen. Deswegen lief der Prozess richtig gut. Es ist toll, dass das zum ersten Mal funktioniert hat. Nur gibt es in solchen Projekten - das ist völlig verständlich; das würde ich dem NABU, dem BUND oder anderen Umweltverbänden niemals vorwerfen - einen Interessenkonflikt: Straße bauen oder Umwelt erhalten? Das verstehe ich. Dann müssen eben wir als Politiker dafür sorgen, dass die rechtlichen Grundlagen so geschaffen werden, dass es einen Einigungsplan gibt. Es wird da Dinge geben, bei denen man als Straßenplaner sagen muss: Okay, ich muss da Zugeständnisse machen. Ich kann das nicht einfach so gerade durchplanen. Aber wir kämen in den Planungen möglicherweise schneller voran, wenn wir das Planungsrecht änderten. Das ist für mich immer noch das Entscheidende.

Am Ende - das soll gleichzeitig mein Schlusswort sein - geht es doch darum, dass wir in Schleswig-Holstein seit Jahrzehnten eine wirklich breite Mehrheit in der Bevölkerung haben, wonach das Projekt A 20 dringend notwendig ist und von allen gewünscht wird. Ob es ein Pendler ist, der einfach schnell zur Arbeit kommen will, ein Unternehmen, das dort möglicherweise etwas ansiedeln will, oder der Tourismusbereich, der sagt: „Es wäre schön, wenn die Leute nicht immer vor dem Elbtunnel im Stau stünden und alles vollstinken“, alle sagen: Sie wollen es gern haben. - Dann ist es unsere verdammte Pflicht, das Planungsrecht so zu gestalten, dass die Leute bekommen können, was sie haben wollen. Das ist uns wichtig.

(Beifall SSW, FDP und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Zu einem weiteren Beitrag hat jetzt der Abgeordnete Holowaty das Wort.

Stephan Holowaty [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Wir haben in den letzten Minuten so ziemlich alles erlebt, was man erleben kann: Wir haben Emotionen erlebt, Schuldzuweisungen und Beschimpfungen links und rechts - zumindest sind sie so empfunden worden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Jetzt auch noch Sie!
- Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Sie dürfen jetzt gern etwas zu dem Thema sagen, Herr Abgeordneter.

Stephan Holowaty [FDP]:

Vielen Dank, Herr Stegner: Und jetzt auch noch ich - das setzt dem Ganzen natürlich die Spitze auf, meine Damen und Herren.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Ich freue mich zunächst einmal, dass die Diskussion in den letzten Minuten in Richtung eines sinnvollen, praktischen Planungsrechts gegangen ist, das uns erlaubt, mehr Projekte zu ermöglichen. Das finde ich ganz toll.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

Der Kollege Richert war der einzige, der in der ganzen Debatte einmal das Wort „Schutzgut Mensch“ erwähnt hat. Ich komme selbst aus dem Kreis Segeberg. Der Kreis Segeberg ist, wie Sie wissen, einer der Hauptbetroffenen der A 20 und - ich sage einmal ganz bewusst - einer der Hauptnutznießer. Ich bitte Sie, bei solchen Projekten für einen Moment daran zu denken: Warum machen wir das überhaupt? Fragen Sie die Menschen in Henstedt-Ulzburg, die Richtung Lübeck wollen. Fragen Sie die Menschen in Kisdorf, die unter dem Lkw-Verkehr leiden, der auf diesen nicht vorhandenen Querverbindungen fährt. Fragen Sie die Menschen auf der B 206, die ständig in mit Schwertransporten vollgestellten Staus stehen, die Menschen, die dort wohnen, die Tag und Nacht durch Schwertransporte belastet werden. Fragen Sie die Menschen in Struvenhütten. Fragen Sie die Menschen in Stuenborn. - Das sind die Menschen, für die wir die A 20 bauen,

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

um den Verkehr auf eine erträgliche Art und Weise durch den Kreis und das Land zu schicken.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Volker Schnurrbusch [AfD])

Im Übrigen werden die Kollegen aus dem Kreis Pinneberg genau die gleichen Geschichten erzählen - da bin ich mir absolut sicher -, ebenso die Kollegen aus dem Kreis Steinburg, aus den Elbmarschen. Darum bauen wir die A 20, darum brauchen wir sie auch, denn wir machen mit der A 20 das Leben für die Menschen vor Ort - nicht nur für eine abstrakte Wirtschaft oder einen abstrakten Tourismussektor - einfacher, bequemer und besser und ermöglichen ihnen damit neue Chancen vor Ort. Dafür bauen wir die A 20. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung hat der Minister Dr. Bernd Buchholz das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir ist nach dieser Debatte, in der sich einige vergaloppiert haben, wichtig, für die Landesregierung noch mal eines klarzustellen: Diese Landesregierung setzt auf den Dialog mit den Naturschutzverbänden, denn das, was Sie gerade besprochen haben, ist richtig und wichtig. In einem permanenten Gegeneinander geht das nicht. Irgendwann muss man den Knoten dann zwar einmal durchschlagen, aber man muss sich auch zusammensetzen und vor allem gucken, dass die wechselseitigen Interessen auch tatsächlich Berücksichtigung finden.

Deshalb bin ich außerordentlich dankbar, Herr Kollege Arp, dass Sie das, was Sie da gesagt haben, zurückgenommen haben; denn ich erlebe in den Gesprächen, die ich führe, Naturschutzverbände, die durchaus auch an Lösungen interessiert sind, aber natürlich für die Ökologie das größtmögliche herausholen wollen und vor allem - das gilt es festzustellen - ihre nach dem Gesetz existierenden Rechte wahrnehmen und deshalb in einem Rechtsstaat das tun, was ihnen zusteht. Das ist ihnen in keiner Weise vorzuwerfen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Wenn ich über Planungsbeschleunigung rede, rede ich übrigens nicht etwa über Verbandsklagen, sondern über ganz andere Sachen. Dann rede ich darüber, dass mit einer frühzeitigen Beteiligung und

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

dem darauffolgenden frühzeitigen Prozess irgendwann auch einmal eine Art Präklusion eintreten muss, mit der man sagt: Ab jetzt ist alles vorgebracht. Jetzt geht es aber auch weiter.

Wir planen derzeit in einer Situation, in der bis zum letzten Verhandlungstag alles Mögliche neu behauptet werden darf. Das führt zu Gerichtsverhandlungen, bei denen man in der Tat völlig überrascht ist, was plötzlich noch zwei Tage vorher mit Schriftsätzen an Themen „hochpoppt“, die dann in wissenschaftlicher Art in mündlicher Verhandlung vor Gericht behandelt werden sollen. Ich sage Ihnen: Das macht es für planende Behörden in der Tat schwierig.

Insoweit ist die eine Äußerung zurückgenommen worden. An anderer Stelle, Herr Kollege Stegner, muss ich wirklich sagen: Ich lasse mir bestimmte Dinge gern sagen, finde etwa den Begriff „Dampfplauderer“ charmant und mit Dampf zu plaudern positiv; damit kann man gut umgehen. Aber wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, ich hätte an irgendeiner Stelle die Unwahrheit gesagt, dann erwarte ich, dass Sie das belegen.

(Beifall FDP - Christopher Vogt [FDP]:
Ganz richtig! - Zurufe SPD)

Ansonsten erwarte ich in der Tat, weil ich das für ehrenrührig halte, Ihre Entschuldigung. Sagen Sie an irgendeiner anderen Stelle - nach dem Motto -, diese Landesregierung habe mit dem Bericht nicht für Transparenz gesorgt, erwarte ich, dass sich irgendjemand aus Ihrer Fraktion hier hinstellt und sagt, wo es intransparent ist. Ich erwarte, dass nicht mit in den Raum geworfenen Sachen irgendetwas gemacht wird, das sich aus meiner Sicht weder zur Versachlichung der Debatte noch zu sonst etwas eignet. In dieser Weise, Herr Stegner, sind Sie ein stabilisierender Faktor für Jamaika. Das finde ich in Ordnung.

(Beifall und Heiterkeit FDP und CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Anmerkung zu dem machen, was zur Debatte eigentlich gar nicht dazugehört, hier aber am Rande eine Rolle spielt, nämlich zur Frage Fehmarnbelt, was da eigentlich gelaufen ist und gerade läuft. Meine Damen und Herren, mit dem Antrag, den Schleswig-Holstein gestellt hat, haben wir etwas getan, um das Projekt Fehmarnbelt schlicht und ergreifend in derselben Weise wie jedes andere Projekt des vordringlichen Bedarfs im Bundesverkehrswegeplan behandeln zu lassen. Nur: Das ist das Fehmarnbelt-Projekt eben nicht, weil es durch einen Staatsvertrag einen Bedarf angemeldet hat. Deshalb ging es

bei diesem Projekt um die Eingangsinstanz im juristischen Prozess, um die Frage: Ist es das Bundesverwaltungsgericht oder ein anderes Gericht? Eine rechtliche Auseinandersetzung um den Fehmarnbelt vor einem Oberverwaltungsgericht wäre ein Treppenwitz. Das sah im Übrigen auch der Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes so und hat deshalb darum gebeten, dass es zu einer Klarstellung im Gesetz kommt. Die haben wir angeregt und beantragt, und das ist jetzt übrigens auch durch die beiden Koalitionsfraktionen in Berlin in einem Änderungsantrag aufgenommen worden.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Es gibt einen Änderungsantrag - schlicht und ergreifend -, der die Aufnahme in der Anlage im Allgemeinen Eisenbahngesetz und im Fernstraßengesetz beinhaltet. Das war am Dienstagnachmittag - vielleicht ist das Ihr Stand, Frau Kollegin - in der ersten Fassung des Antrags von CDU und SPD noch nicht enthalten. In der abendlichen Neufassung war es dann aber drin, und das ist dann auch so vom Verkehrsausschuss beschlossen worden. Das ist jedenfalls der Stand, den ich habe.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Ehrlich gesagt: Alles andere wäre auch ein wirklicher Treppenwitz. Dass man dadurch, dass man das Projekt Fehmarnbelt den Projekten gleichstellt, die ansonsten im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans stehen, wie bei jeder Autobahn sofort eine erstinstanzliche Zuständigkeit beim Bundesverwaltungsgericht hat, ist richtig. Dass das beim Fehmarnbelt anders sein sollte, war nun wirklich nicht einzusehen.

Was in der Tat von der SPD-Fraktion in Berlin moniert worden ist, ist, dass die Aufnahme des Sofortvollzugs der Maßnahme dort nicht - wie bei anderen Projekten - ebenfalls drin steht. Das hat man ins Gesetz nicht mit aufgenommen. Es ist auch völlig in Ordnung, dass man das nicht aufgenommen hat, denn jeder weiß, dass bei einer Maßnahme wie dieser der Sofortvollzug sowieso niemals angeordnet wird,

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

denn man hat eigentlich immer sofort die Vorwegnahme in der Sache. Dementsprechend ist das kein Problem für das Projekt insgesamt.

Sie sollten darauf achten, dass die Bundestagsabgeordnete aus Ostholstein nicht dafür sorgt, dass sol-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

che Meldungen verbreitet werden, die leider nicht der Realität entsprechen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Doch, Herr Dr. Stegner. Bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Drei Bemerkungen, weil ich angesprochen worden bin.

Man merkt schon, in welcher schweren See die Koalition hier geraten ist, wenn sie so viele Wortbeiträge braucht, um sich hier zu erklären, Dinge zurückzunehmen und untereinander klarzustellen. Da war die Opposition gar nicht nötig; deswegen haben wir uns zurückgehalten.

(Vereinzelt Lachen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte aber gern die drei Fragen, die an mich gerichtet worden sind, beantworten.

Dass man sich erstens auf bestimmte Planungsabschnitte konzentriert und nicht gleichzeitig an verschiedenen Ecken plant, darüber ist öffentlich immer wieder geredet worden. Insofern brauchen Sie dahingehend keine Geheimnistuerei zu veranstalten.

Zweitens lese ich noch einmal wörtlich vor, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt: Herr Buchholz, ich kann mir vorstellen, wie schwierig das für Sie ist. Sie waren es schließlich nicht, der im Wahlkampf uneinhaltbare Versprechungen gemacht hat.

(Zurufe CDU und FDP)

Sondern ich habe mich auf den Ministerpräsident bezogen, dem ich in der Tat vorgehalten habe - mit „Sie“ war der Ministerpräsident gemeint -, dass das, was er im TV-Duell gesagt hat, nicht der Wahrheit entspreche. Das habe ich ihm in der Tat vorgehalten.

Drittens, was das Planungsbeschleunigungsgesetz angeht. Dazu will ich nur so viel sagen: Solche Dinge hinein zu verhandeln, um sich dann hinterher als Koalition in Berlin enthalten zu können, das ist eine Form von Taktieren, die mit Transparenz nun einmal gar nichts zu tun hat. Das wollte ich hier deutlich machen, und mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

(Vereinzelter Beifall SPD - Wortmeldung Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner - - Frau von Kalben, Sie haben das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es immer etwas müßig, wenn wir uns hier gegenseitig Sachen vorhalten müssen. Es geht aber nicht, Herr Dr. Stegner, dass Sie aus Ihrer Rede und Ihrer Pressemitteilung, die Sie eben herausgegeben haben,

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

den ersten Teil zitieren, in dem Sie zu Recht sagen, dass Sie an der Stelle den Wirtschaftsminister noch ausnehmen, uns hier den zweiten Teil der Pressemitteilung aber nicht vorlesen. Das ist wirklich - -

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Herr Präsident, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis:

Präsident Klaus Schlie:

Die haben Sie.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

„Herr Ministerpräsident Günther, Herr Wirtschaftsminister, lassen Sie mich den großen Liberalen Theodor Heuss zitieren, der formuliert hat: ‚Wer immer die Wahrheit sagt, kann sich ein schlechtes Gedächtnis leisten.‘ Für Sie gilt das leider nicht.“

- Danke schön.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zurufe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, ich habe abgewartet, aber jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen.

(Zurufe Serpil Midyatli [SPD], Sandra Redmann [SPD], Birte Pauls [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Gibt es doch noch weitere Wortmeldungen? - Nein. Wenn Sie gestatten, meine Damen, würde ich jetzt gern abstimmen lassen. Wollen wir?

(Präsident Klaus Schlie)

(Sandra Redmann [SPD]: Entschuldigung, Herr Präsident!)

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung in der Drucksache 19/1009 dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen. Ich danke Ihnen.

Die Geschäftsführungen haben miteinander vereinbart - ich glaube, das ist dem nächsten Tagesordnungspunkt auch angemessen -, dass der heute eigentlich auch vorgesehene Tagesordnungspunkt 32, Bericht zur Lehrkräftegewinnung, auf die Dezember-Tagung vertagt wird, sodass wir jetzt zu den Tagesordnungspunkten 3 und 25 kommen.

(Anhaltende Unruhe)

- Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werden jetzt gleich bei der Verlesung des Titels des Gesetzes davon überzeugt werden, dass wir die eine aufgeregte Debatte jetzt abgeschlossen haben und zu einer anderen wichtigen Debatte kommen. Ich bitte Sie alle um Ihre besondere Aufmerksamkeit. Vielen herzlichen Dank.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 und 25 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Zustimmungsgesetzes zum Vertrag über die Förderung des jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/880

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 19/985

b) Antisemitismus bereits in der Schule vorbeugen

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1019 (neu)

Ich erteile dem Berichterstatter des Bildungsausschusses das Wort. - Da der Vorsitzende des Ausschusses hier vorn sitzt, müsste das jemand anderes übernehmen. Wer erstattet für den Bildungsausschuss den Bericht? - Frau Abgeordnete Strehlau ist so nett. Bitte.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. - Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Frau Ministerin, gestatten Sie mir, zuvor noch auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages die Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins zu begrüßen. - Seien Sie uns ganz besonders herzlich willkommen!

(Beifall)

Frau Ministerin, gestatten Sie mir eine weitere geschäftsleitende Bemerkung, weil das für uns alle wichtig ist: Der Herr Ministerpräsident muss uns gleich - wenn ich das richtig verstanden habe - zur Sitzung des Bundesrates verlassen. Wir wussten es bereits. Ich glaube aber, es ist wichtig, das an dieser Stelle für alle noch einmal zu sagen. - Sie haben das Wort, Frau Ministerin.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Europa braucht die Juden und ihre Kultur.“

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle ausnahmsweise mit einem Zitat zu beginnen, einem Zitat des in Cambridge lehrenden Historikers Christopher Clark. Ich würde den Satz gern ergänzen: Schleswig-Holstein braucht ein lebendiges jüdisches Leben.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt AfD)

Jüdisches Leben ist Teil unserer religiösen und kulturellen Vielfalt, meine Damen und Herren, es ist auch Teil unserer schrecklichen Vergangenheit und unserer gemeinsamen toleranten, demokratischen und hoffentlich friedlichen Zukunft.

(Beifall im ganzen Haus)

Deutschland wäre arm ohne die wunderbare jüdische Kultur. Ich bin glücklich über jedes Zeugnis jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein. Ich bin glücklich über ein Zusammenleben, das auf Nähe, Verständnis und Verzeihen aufgebaut ist und das in den Alltag, ja in die Normalität zurückgefunden hat

(Ministerin Karin Prien)

und mit unserem Staatsvertrag mit den jüdischen Landesverbänden gefördert und gesichert wird.

Ich danke deshalb im Namen der gesamten Landesregierung allen Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen Landesverbände, allen Frauen, Männern, Jugendlichen und Kindern jüdischen Glaubens in Schleswig-Holstein, die mit uns leben und unseren Zusammenhalt mit ihrer Kultur bereichern.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt AfD)

Ich danke auch allen Menschen, die sich auf ganz unterschiedlichen Ebenen für ein neu erblühtes jüdisches Leben in Schleswig-Holstein und in Deutschland einsetzen, in der Gemeindearbeit, im politischen Raum, in der Wirtschaft, an den Hochschulen, in der Kunst, der Musik und im Bereich der Kultur. Ganz besonders - gerade weil wir vor Kurzem sein Jubiläum gefeiert haben - danke ich auch dem Jüdischen Museum in Rendsburg. Es leistet viel für unser Verstehen. Das ist fundamental wichtig, gerade in einer Zeit, in der leider der Antisemitismus wieder lauter wird und seine hässliche Fratze zeigt.

Diesen Antisemitismus in all seinen Spielarten, meine Damen und Herren, den können wir in Deutschland nicht dulden. Lassen Sie mich aus aktuellem Anlass sagen, dass für morgen, zum 9. November 2018, in Berlin eine Demonstration Rechtsradikaler angemeldet wurde: Was für eine Provokation! Ich finde, dem müssen wir uns mutig entgegenstellen.

(Beifall im ganzen Haus)

Jüdisches Leben hat hier im Land nach der brutalen Vertreibung und Vernichtung durch die Nationalsozialisten nur zaghafte wieder Fuß gefasst. Erst die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion in den 90er-Jahren ließ im Land neue Gemeinden wachsen, sodass das Land 1998 seinen ersten Vertrag mit der Jüdischen Gemeinde in Hamburg schloss. 2005 wurde dieser durch den Vertrag über die Förderung jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein ersetzt. Vertragspartner waren die mittlerweile hier ansässigen beiden jüdischen Landesverbände als Dachorganisationen der jüdischen Gemeinden.

Die bisherigen Landesleistungen betragen damals - 2009 - 420.000 € und seitdem 500.000 €. Die Landeszuwendung soll einen Beitrag zur Förderung des jüdischen Lebens in unserem Land leisten.

Aber das Geld, das muss man leider sagen, reichte bisher kaum für die wesentlichen Aktivitäten. Deshalb kündigten die Verbände den Vertrag zum Ende

des vergangenen Jahres fristgerecht, und er war neu zu verhandeln. Ergebnis ist das Ihnen nun vorliegende Zustimmungsgesetz, ein neuer Vertrag mit den Landesverbänden der jüdischen Gemeinden. Seit Januar erhalten sie 800.000 € jährlich - ein deutlicher Zuwachs. Außerdem wurde eine Dynamisierung vereinbart. Die Landeszuwendung wird analog zu den Verträgen mit der evangelisch-lutherischen Kirche und der römisch-katholischen Kirche jährlich dynamisiert.

Mit dem Vertrag erreichen wir eine Gleichbehandlung der jüdischen Landesverbände mit den beiden christlichen Kirchen. Besonders freue ich mich darüber, dass sich der Zentralrat der Juden in Deutschland außerordentlich positiv zu diesem Vertragswerk geäußert hat. Im Übrigen, dafür will ich an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich danken, hat er wesentlich dazu beigetragen, dass dieser Vertrag in dieser Form zustande gekommen ist.

Wir wollen, meine Damen und Herren - und damit komme ich zum zweiten Thema dieser Debatte -, damit auch ein deutliches Zeichen setzen, gerade in Zeiten steigenden, wachsenden Rechtspopulismus und Antisemitismus in Deutschland. Ein Zeichen setzen wir auch mit unseren Maßnahmen zur Antisemitismusprävention und -bekämpfung an unseren Schulen. Es muss jedem und jeder klar sein: Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen ist nicht hinnehmbar.

(Beifall im ganzen Haus)

Unsere historische Verantwortung, aber nicht minder unsere Auffassung von Menschenwürde und Religionsfreiheit, unsere Verbundenheit mit dem Judentum und unsere Dankbarkeit gegenüber den Menschen erfordern ein entschiedenes Eintreten gegen Antisemitismus. Da gilt es, auf allen Ebenen zu handeln.

Gemeinsam mit dem IQSH entwickeln unsere Fachleute ein Modul zur Ausbildung von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern, das Extremismusprävention und Demokratiestärkung zum Inhalt hat. Vom nächsten Jahr an - ab Januar 2019 - erlernen Studierende entsprechende Grundlagen in den Pädagogikmodulen der Christian-Albrechts-Universität. Wir haben die Lehrkräftefortbildung in diesem Bereich ausgeweitet. Wir prüfen auch, ob wir die Fachanforderungen und die ergänzenden Leitfäden für alle Schularten mit Blick auf das Thema Antisemitismus und auch mit Blick auf den Staat Israel überarbeiten müssen. Aktuell diskutieren wir mit den Schulleitungen intensiv auch über diese Themen auf den Schulleiterdienstversammlungen.

(Ministerin Karin Prien)

Ich erinnere auch gerne an die Gedenkstättenarbeit und die wichtige Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte in Yad Vashem, wo wir bewusst jedes Jahr Lehrkräfte aus Schleswig-Holstein ausbilden.

Zudem gibt es in Schleswig-Holstein seit dem 1. August 2018 als präventive Maßnahme ein Gewaltmonitoring an Schulen. Dort erfassen wir auch, aus welchen Gründen Gewaltvorfälle stattfinden. Wir wollen an dieser Stelle auch für Transparenz sorgen. Ich kann aber auch an dem heutigen Tag sagen, dass bisher keine antisemitischen Vorfälle in Schleswig-Holstein gemeldet worden sind. Wir werden das Thema aber weiter im Blick behalten.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, Antisemitismus und Gewalt haben keinen Platz in Schleswig-Holstein. Wir freuen uns über ein lebhaftes, sichtbares jüdisches Leben und fördern dies nach Kräften.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias Loose.

Tobias Loose [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erinnern in diesem Jahr an viele prägende historische Einschnitte in unserer Geschichte. Ich möchte heute mit meiner Rede am Anfang an die Reichspogromnacht erinnern, welche sich morgen zum 80. Male jährt.

Dieses Datum steht für eine menschenverachtende Brutalität sowie Grausamkeit gegen das jüdische Leben und die Menschlichkeit, welche sich wie eine Welle über Deutschland, aber eben auch über Schleswig-Holstein in der dunkelsten Zeit unserer Geschichte ergoss. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 versammelten sich in Kiel auf dem heutigen Rathausplatz, dem damaligen Adolf-Hitler-Platz, zahlreiche SA-, SS- und NS-Parteianhänger, um die Synagoge in der Goethestraße zu zerstören. Heute erinnert ein Mahnmal an diese Tat mitten in unserer Landeshauptstadt. In der gleichen Nacht wurden auch Privatpersonen angegriffen und wurde Eigentum zwangsenteignet und zerstört. In den folgenden Jahren folgten weitere Verfolgungen, Deportationen und Massenmorde.

Worte können das erlebte Leid kaum fassen. Der Zeitzeuge Leonhard Zimmak beschreibt sein Erleben in den letzten Kriegstagen wie folgt:

„Am 14. April 1945 wurden wir in Marsch gesetzt in Richtung Kiel und sind dort ... wieder im KZ angekommen. ... ich selbst war sehr viel gewöhnt, aber Kiel (das Arbeitererziehungslager Hassee) war die Hölle, geleitet von Bestien in Menschengestalt.“

Die antisemitischen Strömungen und Verfolgungen, die daraus resultierende Flucht aus Deutschland und die Morde trugen dazu bei, dass sich die Zahl der Einwohner Schleswig-Holsteins mit einem jüdischen Glauben um zwei Drittel verringerte.

Es sind diese Ereignisse, die uns eine besondere Mahnung sein müssen. Wir haben eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Leben in Schleswig-Holstein.

(Beifall im ganzen Haus)

Im großen Kontext haben wir genauso eine besondere Verbindung zum Staat Israel. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dies in ihrer viel beachteten Rede 2008 in der Knesset unterstrichen. Ich zitiere:

„Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.“

Wir in Schleswig-Holstein sind uns dieser Verantwortung bewusst und lassen Worten auch Taten folgen. Heute verabschieden wir in zweiter Lesung einen neuen Staatsvertrag mit den jüdischen Landesverbänden, der die Unterstützung von jüdischem Leben auf neue Beine stellt. Insgesamt weiten wir die Förderung der jüdischen Gemeinden um 300.000 € aus. Daneben stellen wir im Rahmen des IMPULS-Programms weitere 500.000 € für Investitionen zur Verfügung. Viele jüdische Gemeinden sind in prekären - so will ich das sagen - Immobilien untergebracht, die unter Gesichtspunkten wie Ausstattung, aber auch Brandschutz und Sicherheit nur schwer hinnehmbar sind. Gerade hier in Kiel ist es schon absehbar, dass uns das Thema trotz der ge-

(Tobias Loose)

planten Investitionsmittel noch weiter beschäftigen wird.

Es geht uns aber auch darum, dem Antisemitismus unserer Zeit offen und entschieden entgegenzutreten. Offen judenfeindliche Äußerungen, aber auch direkte Angriffe auf jüdische Einrichtungen oder Restaurants in der jüngeren Zeit in Deutschland lassen uns aufhorchen und müssen uns eine Mahnung sein. Unser Antrag ist dabei ein wichtiger Bestandteil.

Gerade im Jahr der politischen Bildung 2019 ist hier ein Zeichen zu setzen. Wir wollen in den Schulen eine stärkere Auseinandersetzung mit dem Judentum, den Besuch von Synagogen und Gedenkstätten fördern, gerade Lehrer für dieses Thema stärker sensibilisieren, Schulbücher genauer auf das Thema Antisemitismus überprüfen und den deutsch-israelischen Jugendaustausch weiter unterstützen.

Ich freue mich aber auch sehr, dass wir nicht nur Geld zur Verfügung stellen und Anträge stellen, sondern auch selbst als Schleswig-Holsteinischer Landtag tätig werden. Der Ältestenrat, aber auch die CDU-Landtagsfraktion, werden in den kommenden Monaten Reisen nach Israel unternehmen und dort auch den direkten Austausch pflegen. Ich freue mich sehr, dass der Ältestenrat die Gründung eines parlamentarischen Freundeskreises zur deutsch-israelischen Zusammenarbeit unterstützt.

Noch wichtiger ist für mich allerdings die Anmerkung, dass der Austausch mit jüdischem Leben in Schleswig-Holstein und die Zusammenarbeit mit Israel nicht allein auf die Vergangenheit ausgerichtet sein sollten. Israel ist ein spannendes und aufregendes Land. Nur zwei Themen möchte ich exemplarisch nennen, bei denen man eine mögliche Zusammenarbeit ausbauen kann:

Das Literaturhaus Schleswig-Holstein hat in diesem Jahr Israel zum Schwerpunktland für den Literatursommer ausgewählt. Die Auftaktveranstaltung in Lübeck war ein spannendes Zusammentreffen von Sprache, Worten und natürlich Kultur. Sie war eine Bereicherung für alle, die mitgemacht haben. Gerade Literatur und Kultur allgemein können verbinden. Es würde mich sehr freuen, wenn wir diese Bemühungen weiter verstärken.

Zum anderen ist gerade die Gründerszene in Israel besonders belebt, von der, so glaube ich, auch viele Start-Ups hier in Schleswig-Holstein profitieren können. Erste Verbindungen in die Kreativwirtschaft hier bei uns in Schleswig-Holstein gibt es meines Wissens schon. Das ist ein weiteres Feld der

Zusammenarbeit, was ja auch die Kollegen, die nach Israel reisen, entsprechend als Anregung mitnehmen können, um das, was schon besteht, weiter auszubauen.

Für uns muss es also nicht nur darum gehen, in die Vergangenheit zu gucken. Heute ist mit unserem Beschluss hier im Landtag ein guter Tag für das jüdische Leben in Schleswig-Holstein und die deutsch-israelische Zusammenarbeit. Von Tagen wie diesen wünsche ich mir noch mehr in der Zukunft.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der SPD hat der Abgeordnete Tobias von Pein.

Tobias von Pein [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Am 20. Oktober brachte der „DER SPIEGEL“ einen langen Artikel über den langjährigen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Pinneberg, wonach dieser seine Biographie einschließlich seiner Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft erfunden haben soll. Abgesehen davon, dass es ziemliche Unterschiede zwischen liberalem und orthodoxem Judentum und der Frage der Zugehörigkeit gibt, würde ich gern wissen, wie viele Leser dieses Artikels und der ungewöhnlich zahlreichen Berichte in der Landespresse erst einmal spontan gedacht haben: Da sieht man es doch einmal wieder, diese Juden!

Die Frage muss schon erlaubt sein, warum ein solcher lokaler Sachverhalt Gegenstand einer bundesweiten Reportage ist. Oder anders gefragt: Würden ähnliche Sachverhalte in einer örtlichen katholischen oder evangelischen Gemeinde in gleicher Weise skandalisiert werden? Ich will das nicht als Antisemitismus im Sinne von Judenfeindlichkeit bezeichnen, aber es ist Ausdruck der Tatsache, dass das Verhältnis zwischen der Mehrheitsgesellschaft einerseits und deutschen und nicht-deutschen Juden andererseits auch 73 Jahre nach dem Ende der Shoah nicht normal ist und auch nie normal sein wird.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war Deutschland das allerletzte Land auf der Welt, das sich die jüdischen Menschen als neue Heimat wünschten, die aus welchen Gründen auch immer ihre bisherige Heimat verlassen wollten oder muss-

(Tobias von Pein)

ten. Der Gedanke einer jüdischen Zuwanderung nach Deutschland, in das Land der Shoah, wäre damals als grausamer Zynismus verstanden worden. Dennoch ist Deutschland heute noch vor Israel und den USA zum wichtigsten Zielland für jüdische Immigration geworden.

Trotz dieser Zuwanderung ist nicht alles in bester Ordnung. Zur Realität gehört in Deutschland im Jahr 2018, dass antisemitische Äußerungen an Normalität gewinnen, die in der Vergangenheit nicht toleriert worden wären. Das Wort „Jude“ ist in diesem Land als Schimpfwort leider wieder gebräuchlich. Menschen werden aufgrund eines vermeintlich jüdischen Aussehens auf der Straße angepöbelt oder angegriffen. Der Versuch, mit Kipa durch die Straßen zu laufen, endet mancherorts in einem Spießrutenlauf. Schüler werden aus der Schule herausgemobbt, weil sie als Juden für alles Unglück im Nahen und Mittleren Osten mitverantwortlich gemacht werden.

Umfragen in der Bundesrepublik zeigen wiederholt, dass pauschale Vorurteile gegen die Juden immer noch lebendig sind. Gerade gestern wurde wieder die „Mitte“-Studie der Leipziger Forscher herausgebracht. Dort ist zu lesen, dass Antisemitismus in Deutschland weiter auf einem erschreckenden Niveau gesellschaftsfähig ist.

Doch es schicken sich auch neue Freunde an, auf die die meisten Menschen jüdischen Glaubens wohl verzichten könnten; Freunde, die sie gegen den durch die Flucht von Menschen muslimischen Glaubens nach Deutschland angeblich neu importierten Antisemitismus verteidigen wollen. Nach Deutschland, dem Land der Täter! Die Absurdität der Versuche der neuen Rechten, sich bei den Jüdischen Gemeinden anzubiedern und hier zwei religiöse Minderheiten gegeneinander auszuspielen, ist kaum in Worte zu fassen,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

waren es doch die geistigen Vorgänger der heute wieder erstarkten Rechten, die erst für die Shoah verantwortlich waren.

Es ist empörend, Deutschland als ein Land darzustellen, das gegen Antisemitismus immun geworden sei. Wir alle sind herausgefordert. Wir haben uns hier mehrheitlich -, wenn auch ohne meine Stimme - zum Erbe der Reformation bekannt, als wir den Reformationstag zum Feiertag erhoben haben. Das verpflichtet aber auch, sich mit den dunklen Seiten der Reformation und besonders

Martin Luthers auseinanderzusetzen, ganz besonders natürlich mit dem Thema Antisemitismus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe volles Verständnis für die Zwänge, eine Tagesordnung so zu gestalten, dass sie in einer zweitägigen Landtagstagung abzuhandeln ist. Aber muss es wirklich sein, dass deswegen kurzerhand zwei vollkommen unterschiedliche Dokumente, ein Gesetzentwurf und ein Sachantrag, in der Aussprache zusammengepfercht werden, nur weil es bei beiden irgendwie um das Thema Juden geht? Lassen Sie mich deshalb noch einmal kurz auf die Unterschiede der beiden Dokumente hinweisen:

Bei dem Staatsvertrag geht es darum, den jüdischen religiösen Verbänden zu mehr Gleichstellung mit anderen Religionen zu verhelfen, also eine positive Regelung zu treffen, die das jüdische Leben in Schleswig-Holstein besser absichert. Das ist ein Fortschritt, und das freut mich sehr.

Bei dem gemeinsamen Sachantrag der demokratischen Fraktionen geht es aber um etwas anderes. Es geht um die Abwehr der Form von Rassismus und Ausgrenzung, die in der deutschen Geschichte die schrecklichsten Konsequenzen gehabt hat.

Lassen Sie mich den Vergleich etwas bildlicher machen: Es liegt auf einer ähnlichen Ebene wie die von vielen Vertretern der Jüdischen Gemeinde kritisierte Praxis von Bibliotheken, in der Abteilung „Judaika“ auch die wildesten antisemitischen Pamphlete einzustellen, sodass die Werke von Theodor Herzl, dem Begründer des Zionismus, neben denen von Theodor Fritsch, dem Serienproduzenten antisemitischer Handbücher, stehen. - Da haben wir noch einiges zu tun, daran müssen wir noch arbeiten.

August Bebel, einem der Gründerväter der Sozialdemokratie, wird oft das Zitat zugeschrieben: „Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerls“. Tatsächlich stimmt das nicht ganz, denn das Zitat stammt von Ferdinand Kronawetter. Es zeigt: Auch Menschen, die progressiv denken, sind nicht gegen ein Abgleiten in Vorurteile immun. Das gilt etwa für Menschen, die aus einer anti-imperialistischen Haltung heraus die Juden persönlich für jede militärische Operation der israelischen Armee in den palästinensischen Gebieten mitverantwortlich machen und Terroranschläge auf die israelische Zivilbevölkerung dadurch auch legitimieren. Und wir sehen mit großer Beunruhigung, dass derartige Positionen in unserer britischen Schwesterpartei offensichtlich mehr sind als die Verirrungen von einzelnen Leuten. Jede Verschwörungstheorie mündet

(Tobias von Pein)

letztendlich im Antisemitismus, weil sie am Ende immer davon ausgeht, dass eine kleine Gruppe einflussreicher Männer die Welt steuert, und diese Leute müssen natürlich Juden sein, weil niemand sonst die finanziellen Ressourcen dafür hätte und so weiter und so fort.

Meine Damen und Herren, wir haben uns bereits in der Beratung im Bildungsausschuss damit auseinandergesetzt, dass wir den Staatsvertrag mit den jüdischen Verbänden unterstützen. Das Gleiche gilt auch für den Antrag, den Antisemitismus schon in der Schule zu bekämpfen. Wir stehen zusammen im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und jede Form von Antisemitismus.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, FDP, SSW und Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Es ist mir dabei wichtig, bei der Förderung von Besuchen bei Synagogen und Gedenkstätten das Jüdische Museum in Rendsburg nicht außen vor zu lassen. Nach mehreren Jahren deutlich zurückgehender Besucherzahlen ist es im vergangenen Jahr wieder von mehr Leuten besucht worden, aber ich bin der Überzeugung, dass zirka 5.000 Besucher im Jahr noch zu wenige sind. Das Jüdische Museum macht jüdisches Leben sichtbar und zeigt, dass es vor der Shoah in Schleswig-Holstein auch sehr umfangreich war. Tatsächlich war unsere Region nämlich als Teil Dänemarks eine der ersten in Europa, in der jüdisches Leben bereits im 18. Jahrhundert emanzipiert und ihm umfangreiche Rechte zugesprochen wurden.

Wir wollen, dass unser Land für alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, egal welchen Glaubens oder Kultur, ein sicherer Ort ist. In ganz besonderer Weise und in historischer Verantwortung gilt dies für die jüdische Kultur in unserem Land. Die SPD-Fraktion steht daher fest an Ihrer Seite.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste von den jüdischen Gemeinden! Heute ist ein guter Tag. Da kann ich mich der Ministerin nur anschließen. Ich danke Ihnen, und ich danke auch der Ministerin und allen Beteiligten in der Verwaltung

dafür, dass dieser Vertrag in der Form zustande gekommen ist. Darüber bin ich wirklich froh. Insofern ist das heute wirklich ein Tag, um zu feiern. Nachher werden wir das sicherlich auch noch tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Lieber Tobi von Pein, Du sagst, es würde nicht zusammenpassen, jetzt auch noch über die Schattenseiten in unserer Gesellschaft zu sprechen. Ich finde, das muss man aber. Ich denke, man muss beides tun können. Deshalb finde ich es richtig, dass wir diesen Antrag gestellt haben und ihn hier beraten. Ich komme nachher noch auf diesen Zusammenhang zurück.

Meine Damen und Herren, der Angriff auf das jüdische Restaurant in Chemnitz oder die Schändung mehrerer Stolpersteine in Kiel sind keine Einzelfälle. Jeden Tag finden in Deutschland mindestens vier bis fünf antisemitische Straftaten statt; die Dunkelziffer ist noch viel höher. Dennoch glaubt die Mehrheit der Deutschen nicht, dass der Antisemitismus wächst. Das berichtete der Deutschlandfunk vor wenigen Tagen.

Ganz anders empfinden das die Betroffenen. Das ist mir in mehreren Gesprächen mit den jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein deutlich geworden, zuletzt bei dem Besuch der Synagoge in Lübeck, wo wir darüber diskutiert hatten, ob es wirklich nötig ist, einen so abschirmenden Zaun aufzubauen, der im Widerspruch dazu steht, dass man sich öffnen und mit der Gesellschaft in Kontakt kommen möchte. Die Verantwortlichen vor Ort haben mir sehr deutlich gesagt, wie nötig das ist, auch wenn es auf die Synagoge seit Langem keinen Anschlag mehr gab. Auf dem Friedhof gibt es jedoch um den 20. April eines jeden Jahres immer wieder Schändungen, und das Sicherheitsbedürfnis ist nach wie vor sehr hoch.

Das war auch Thema beim letzten Jour Fixe Rechtsextremismus, den mein Kollege Lasse Petersdotter organisierte, bei dem die Menschen konkret von ihren Bedrohungen erzählt haben. Sie berichteten von Angriffen im ÖPNV und auf offener Straße. Briefe aus Israel kämen häufig zerstört, zerrissen oder leer bei den Adressaten an. Pakete an Menschen mit jüdischen Namen würden mit dem Hinweis „Empfänger unbekannt“ zurückgeschickt. Auch Briefe, die von ihren Gemeinden kommen, kämen bei den Menschen leer an, die Briefe seien aufgerissen und ohne Inhalt.

Stellen Sie sich einmal vor, wie das auf Menschen wirkt. Das ist nicht nur eine Verletzung des Brief-

(Eka von Kalben)

geheimnisses. Es handelt sich ganz klar um Angriffe auf jüdisches Leben in Deutschland. Das ist insbesondere auch aufgrund der Geschichte unseres Landes nicht nur beschämend, sondern schlichtweg eine bodenlose Schande.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Heute schließen wir das Verfahren für ein gutes und längst überfällige Zeichen ab. Wir beschließen einen Vertrag mit den jüdischen Gemeinden. Jüdisches Leben gehört zu Schleswig-Holstein. Und dass dafür nun auch eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, ist gut und richtig. Denn damit sorgen wir nicht nur für eine bessere Finanzierung - darauf haben meine Vorredner schon hingewiesen -, sondern es ist auch ein deutliches Signal, wie wichtig uns jüdisches Leben in Schleswig-Holstein ist. Wir wollen, dass das Leben sichtbar wird. Dafür braucht man Geld. Ansonsten kann man keine Gemeindegemeinschaft leisten. Ich habe das in einer Gemeinde erlebt, in der Jugendarbeit erfolgt, und zwar nicht nur mit jüdischen Kindern, sondern mit Kindern aller Glaubensrichtungen, zum Beispiel auch mit muslimischen Kindern. Insofern ist es eine großartige Friedensarbeit, die sie leisten und die wir unterstützen möchten. Denn, meine Damen und Herren, Dinge, die den Menschen fremd sind, führen zu Vorurteilen und Angst. Deshalb ist es schon ein Zusammenhang, dass wir jüdisches Leben fördern und damit gleichzeitig den Antisemitismus bekämpfen.

Ein weiterer Punkt ist natürlich auch, dieses im Schulunterricht stärker zu thematisieren. Auch da kann man einen Besuch der Synagoge nur durchführen, wenn es eine Synagoge gibt. Insofern gibt es auch da einen ganz direkten Zusammenhang.

Meine Damen und Herren, die AfD wirbt jetzt auch für eine Unterstützung bei den jüdischen Gemeinden, auch hier in Schleswig-Holstein. Mit Verlaub, das ist schon etwas merkwürdig. Es bleibt unglaublich, meine Damen und Herren von der AfD, solange sich Ihre Fraktion und Ihr Landesverband nicht glasklar von Ihren antisemitischen Parteikollegen distanzieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Ich denke da beispielsweise an Björn Höcke, der das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnete, oder an Wolfgang Gedeon, der nicht nur den Holocaust bagatellisiert, sondern darüber hinaus auch noch von einer „Judaisierung“ der Welt spricht.

Selbst wenn Sie sich gegen Antisemitismus aussprechen - -

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

- Sie haben ja noch Gelegenheit, sich hier am Pult genau davon zu distanzieren. Bisher war es so, wenn wir Sie dazu aufgefordert hatten, sich bei anderen Gelegenheiten von Rassismus zu distanzieren, dass Sie das nicht getan haben. Wir warten darauf.

Selbst wenn Sie sich gegen Antisemitismus aussprechen, bleibt es trotzdem unglaublich; denn - das hat Herr Kollege von Pein auch schon gesagt - Antisemitismus ist eine Form von Rassismus. Sie können sich nicht gegen die Diskriminierung jüdischen Lebens aussprechen und gleichzeitig Muslime und Geflüchtete diskriminieren. Das ist vollkommen inakzeptabel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Zahlreiche jüdische Institutionen auf Landes- und Bundesebene haben sich übrigens ganz klar von Ihrer Partei und Ihren Positionen distanziert. Sie warnen ihre Mitglieder davor, sich vom Rechtspopulismus blenden und manipulieren zu lassen. Sie lassen sich nicht für Hetze missbrauchen. Sie haben Ihre Partei durchschaut.

Meine Damen und Herren, Diskriminierung ist nie akzeptabel. Was den Antisemitismus betrifft, haben wir in Deutschland eine ganz besonders große Verantwortung.

Ehrlich gesagt, möchte ich mich nicht immer nur auf unsere Verantwortung aufgrund unserer Geschichte beziehen. Ich finde, es ist völlig egal, um welche Generation in welchem Land es sich handelt: Wir alle haben gemeinsam eine Verantwortung, gegen Antisemitismus vorzugehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Zu dieser konsequenten Haltung gehört eben Zweierlei: Bekämpfung von Antisemitismus, aber vor allen Dingen auch - und darüber freue ich mich - positive Darstellung von jüdischem Leben und nicht immer nur im Zusammenhang mit den ganzen Defiziten, die wir in unserer gemeinsamen Vergangenheit hatten.

Beides gehört zusammen. Ich freue mich über den heutigen Tag, und ich freue mich, dass Sie hier sind. - Vielen Dank.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. - Ich denke, das muss die Botschaft des heutigen Tages und der Debatte sein. In diesen Tagen wird uns wieder sehr bewusst, wohin Menschenfeindlichkeit im Allgemeinen und Hass gegenüber Juden im Besonderen führen kann. 80 Jahre ist morgen das Reichsprogrom vom 9. November 1938 her. Daran zu erinnern, ist aus unserer Sicht ungeheuer wichtig. Wir gedenken der Opfer.

Wir erinnern uns auch an die Täter. Der Kollege Loose hat das eindrucksvoll mit Blick auf die Ereignisse damals in Kiel gemacht. Wir sollten auch immer daran denken, wohin die Gleichgültigkeit vieler Menschen damals führte, und was Gleichgültigkeit heute noch als Problem bedeutet. Das sollten wir uns auch vor Augen führen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich ärgere mich sehr darüber, wenn gelegentlich so getan wird, als wäre Antisemitismus in Deutschland kein großes Problem mehr. Die Daten, die dazu vorliegen, sprechen eine ganz andere Sprache. Eine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion hat ergeben: In Schleswig-Holstein gab es seit dem Jahr 2010 fast 300 antisemitische Straftaten. Einige davon waren gewalttätige Übergriffe.

Wer genau hinsieht, erkennt das Problem auch abseits der Statistiken. Dass zum Beispiel seit vielen Jahren vor der Lübecker Synagoge Polizisten stehen müssen, um diese Einrichtung zu schützen - das wurde bereits angesprochen -, ist doch eine Schande für unsere Gesellschaft.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Auch daran, finde ich, darf man sich nicht einfach gewöhnen. Nationalistische, ausgrenzende Tendenzen machen sich leider überall wieder verstärkt breit, in Deutschland, im europäischen Ausland und auch darüber hinaus. Die liberale Gesellschaft ist leider ernsthaft in Gefahr, und deshalb muss man

etwas tun, wenn man sie bewahren möchte, insbesondere dann, wenn sich Menschen in Deutschland nicht mehr trauen, sich offen zu ihrem Glauben zu bekennen. Wenn man zum Beispiel Angst haben muss, mit der Kippa vor die Tür zu gehen, dann läuft hier in diesem Land etwas ganz gewaltig falsch, meine Damen und Herren. Wenn zum Beispiel auf Demonstrationen auf unseren Straßen offen antisemitische Parolen verbreitet werden, müssen wir uns dagegen wehren. Dann muss auch die Polizei konsequent dagegen einschreiten. Auch hier gab es Versäumnisse in der Vergangenheit, auch darauf müssen wir hinweisen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Antisemitismus in unserer Gesellschaft kommt aus verschiedenen Richtungen, sogar teilweise vom linken Rand, vor allem vom rechten Rand - auch darauf hat die Ministerin hingewiesen - und auch von fundamentalen Christen und Muslimen, aber teilweise auch aus der Mitte unserer Gesellschaft. Dies passiert immer wieder, das müssen wir leider feststellen. Deshalb ist aus unserer Sicht die Prävention so wichtig. Je früher man damit beginnt, umso besser ist es.

Wir müssen in den Schulen für Aufklärung und Austausch sorgen und die Kinder zu Toleranz ermuntern. Schülerinnen und Schüler, die wissen, was das Judentum ist, die mit israelischen Austauschschülern ein paar Wochen lang zur Schule gehen, sammeln wertvolles Wissen und wichtige Erfahrungen. Bildung stärkt die Toleranz. Leider ist das Wissen um das Judentum unter deutschen Schülerinnen und Schülern oft nicht so umfassend, wie man sich das wünscht. Eine aktuelle Studie des Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen hat gezeigt: Nur ein Drittel der Grundschüler weiß, was das Wort „Jude“ überhaupt bedeutet. Auf den Schulhöfen gilt es teilweise - das wurde schon gesagt - wieder als Schimpfwort. Das ist wirklich unfassbar. Ich finde, wir sollten schon bei den Jüngsten ansetzen, weil sich Vorurteile besonders leicht in der frühen Kindheit einprägen.

Das Judentum ist zum Glück selbstverständlicher Teil Deutschlands. Es ist schön, zu sehen, dass das jüdische Leben in Deutschland nach den schrecklichen Verbrechen der Vergangenheit vielerorts wieder aufgeblüht ist. Diese erfreuliche Entwicklung sollten wir mit der Zustimmung zum Vertrag über die Förderung des jüdischen Lebens unterstützen. Wir geben den jüdischen Gemeinden künftig mehr Geld an die Hand, mit dem sie ihre Infrastruktur er-

(Christopher Vogt)

halten und ausbauen können. Dabei geht es aus meiner Sicht auch um überfällige Gleichbehandlungen. Damit das jüdische Leben in Deutschland florieren kann, damit Antisemitismus hier keine Chance hat, müssen wir alle einen Beitrag leisten. Wir sollten vor allem Vorbilder für unsere Kinder sein und ihnen jeden Tag zeigen, wie ein offenes und faires Miteinander aussehen kann. Ich freue mich, dass ich in rund drei Wochen an der Reise nach Israel teilnehmen kann. Ich werde zum ersten Mal nach Israel reisen; und ich freue mich sehr auf diese Reise, auf den Austausch, den wir weiterhin verstärken sollten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl für die AfD-Fraktion.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste auf der Tribüne! Es ist für unsere Fraktion das erste Mal, dass in diesem Haus über die Themen "Antisemitismus und jüdisches Leben" gesprochen wird. Ich möchte dies und den morgigen 9. November zum Anlass nehmen, zunächst etwas Grundsätzliches voranzustellen, was mir und unserer Fraktion sehr wichtig ist: Die AfD-Fraktion verurteilt ohne jedes Wenn und Aber jedwede Form der Verharmlosung oder der Relativierung der Shoa. Die industriell betriebene Vernichtung von deutschen und europäischen Juden durch NS-Deutschland steht in der Menschheitsgeschichte einzigartig da. Die unvorstellbar große Zahl der Opfer ist das eine; das dahinterstehende Leid eines jeden Einzelnen ist das andere.

Aus den bitteren Erfahrungen der nationalsozialistischen Zeit erwächst uns auch heute noch eine Verantwortung - eine Verantwortung, die aus unserer Sicht ein eindeutiges und frühzeitiges Einschreiten gegen Diskriminierung oder Herabwürdigung jüdischen Lebens in allen seinen Erscheinungsformen nach sich ziehen muss: gegen „Judenfeindschaft“, gegen „Antizionismus“, gegen „Antijudaismus“, gegen „Antisemitismus“, gegen „BDS-Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“, oder positiv formuliert: eine Verantwortung für das Wiedergedeihen jüdischen Lebens bei uns in Schleswig-Holstein.

Dass es bei uns im Land wieder jüdisches Leben gibt, ist für unser Land ein großer Glücksfall.

(Beifall AfD)

Bevor ich zum Staatsvertrag komme, zunächst zum Antrag „Antisemitismus muss überall in der Gesellschaft vorgebeugt werden“: Antisemitismus muss und soll überall vorgebeugt werden. Dies schließt Schule und Unterricht mit ein, denn diese sind ein Teil unserer Gesellschaft. Es ist beantragt, in einen Dialog mit den jüdischen Landesverbänden zu treten, um gemeinsam über Maßnahmen zu beraten, wie dem Antisemitismus besser als bislang vorgebeugt werden kann.

Unter den genannten Maßnahmen ist mir der deutsch-israelitische Jugendaustausch besonders wichtig. Dieser sollte wieder intensiviert werden, denn die Freundschaft zwischen Israel und Deutschland darf nicht einschlafen, Freundschaft muss gepflegt werden. Oder, um es mit den Worten Martin Bubers etwas philosophischer auszudrücken - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -:

„Alles wirkliche Leben ist Begegnung.“

Der Austausch zwischen dem Land und den jüdischen Landesverbänden ist überfällig; und dies gilt auch für den Vertrag über die Förderung jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein. Andere Bundesländer sind hier früher aktiv geworden. Zweifelsfrei besitzt unser Land ein reiches kulturelles jüdisches Erbe. Es ist gut, sich daran zu erinnern. Es ist aber ebenso wichtig, daran zu erinnern, dass es wieder eine jüdische Gegenwart gibt - mit seinen positiven Seiten, leider aber auch mit seinen kaum zu ertragenden Schattenseiten, die heute auch schon angeklungen sind. Polizeischutz und die Sicherung von Synagogenbesuchen durch Zäune, haben auch in Schleswig-Holstein Einzug gehalten. Sicherheit ist wichtig, aber dies darf nicht Teil jüdischen Lebens werden - an so etwas wollen und sollen wir uns nicht gewöhnen, und zwar vollkommen unabhängig davon, von wem hier Gewalt, Gewaltandrohungen oder Diskriminierungen ausgehen.

(Beifall AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit dem Reich Karls des Großen waren Juden immer ein Teil Deutschlands. Das Zusammenleben war keineswegs immer schwierig gewesen. Überwogen haben aber Ausgrenzung und Verfolgung. Theodor Hertzl resignierte darüber und zog seine Konsequenzen. Andere betonten umso mehr den Willen zur Assimilation und versicherten den Deutschen immer wieder, sie seien nicht anders als sie, allein um nicht als fremd zu gelten.

(Dr. Frank Brodehl)

Für den Dichter und Shoa-Überlebenden H. G. Adler gab es nicht nur dieses Entweder-oder. Adler erinnerte an die vielbeschriebene deutsch-jüdische Symbiose und äußert mit Blick auf den Religionsphilosophen Martin Buber - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -:

„Hier erblicken wir, so dürfen wir sagen, die edelste Frucht deutsch-jüdischer Symbiose, ein Judentum, das sich nicht verleugnet, weder haltlos noch unwürdig preisgibt, sondern im eigenen Grunde geborgen und doch weltoffen ist, dem Deutschtum zugetan, von seinem Geiste getränkt, und beides einer höheren Gemeinschaft unterzuordnen trachtet: der Menschheit.“

Diese Zeilen, meine Damen und Herren, von H. G. Adler in den 50er-Jahren verfasst, sind heute aktueller denn je. Jüdisches Leben in Deutschland soll sichtbar sein. Es darf sich nicht fremd im eigenen Land fühlen. Der Vertrag wird hierbei seine positive Wirkung entfalten - und dies geht weit über die formalen Einzelheiten hinaus. Er geht weit über die einzelnen Regelungen oder die finanziellen Landesleistungen hinaus.

Lassen Sie mich mit einer Begebenheit schließen, die mir persönlich die besondere Verbindung zwischen Deutschen und Juden schon sehr früh bewusst gemacht hat: Eine Tante von mir, Jahrgang 1920, besuchte in den 1980er-Jahren Israel. Während eines Besuches in einem Thermalbad trafen sich ihre Blicke mit denen einer etwa gleichaltrigen Frau, die dort ebenfalls im Wasser saß. Nach einigen Minuten hob diese ihren Unterarm, auf dem eine eintätowierte Häftlingsnummer sichtbar wurde. Beide Frauen nahmen sich daraufhin wortlos in die Arme und weinten. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben, auch aufgrund der Geschichte, in Deutschland eine Verantwortung gegenüber der jüdischen Gemeinschaft. Ich glaube, das ist völlig klar; das haben auch schon meine Vorredner gesagt. Trotzdem ist es immer wieder wichtig, darauf hinzuweisen: Es geht hierbei nicht darum, dass man

Geschichte einfach vergisst, sondern es ist wichtig, aus der Geschichte zu lernen. Meine Damen und Herren, das, was den Juden vor knapp 80 Jahren angetan wurde, ist etwas, das uns immer wieder mahnen muss, auch im Umgang mit anderen Glaubensgemeinschaften, im Umgang mit anderen Menschen, damit man hierauf immer wieder zurückkommt und weiß, dass ein Mensch ein Mensch ist.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber nicht nur die Geschichte mahnt uns, sondern, ich finde, die Grundlage für diesen Vertrag, wenn wir ihn denn in der nächsten Zeit beschließen werden, ist auch unser Wille zur Toleranz, zur Vielfalt, zu Menschenrechten und zum gegenseitigen Aufeinanderzukommen. Das bezieht sich nach meiner Auffassung nicht nur auf die jüdischen Gemeinschaften, sondern es ist ein ganz starkes Signal, das wir als Menschen aussenden, wenn wir jetzt einen solchen Vertrag mit den jüdischen Gemeinschaften in Deutschland schließen.

Wir setzen heute in der Tat ein starkes Signal nach außen, nicht nur mit diesem Antrag, natürlich auch mit diesem, aber solche Anträge kann man sehr häufig stellen, und diese haben wir schon häufig gestellt, sondern hierbei geht es auch darum, dass wir ein sehr starkes Signal senden: gegen Antisemitismus, für Vielfalt und für ein weltoffenes Schleswig-Holstein. Das ist das Eigentliche, was dahintersteht.

Meine Damen und Herren, durch den Vertrag mit den jüdischen Gemeinschaften wird deutlich gemacht, dass jüdisches Leben in Schleswig-Holstein - zum Glück - zu Hause ist und dass wir alles tun wollen, um auch in Zukunft jüdisches Leben in Schleswig-Holstein zu haben. Das ist uns allen ein persönliches, aber auch ein parteipolitisches Anliegen.

Vor dem Hintergrund unserer Geschichte, aber auch vor dem Hintergrund, dass Juden in vielen anderen Ländern Anfeindungen ausgesetzt sind, ist es ein wichtiges Zeichen, das wir hier als Landtag setzen. Es freut mich besonders, dass wir mit einer Delegation des Landtags am Monatsende genau diese Botschaft mit nach Israel tragen können.

Der SSW hat sogenannte Staatskirchenverträge immer kritisch gesehen. Zum einen erwarten wir, dass die betroffenen Religionsgemeinschaften sich in unser Rechtssystem einordnen und als Körperschaft öffentlichen Rechts staatliche Aufgaben übernehmen. Genau das tut der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein, und ge-

(Lars Harms)

nau das tut die jüdische Gemeinschaft Schleswig-Holstein. Beide legen damit auch ein Bekenntnis zu unserem Staat ab. Sie übernehmen Aufgaben für uns, die wir dann nicht mehr selber erledigen müssen, indem sie zum Beispiel Religionsunterricht organisieren, Kulturarbeit betreiben und auch Seelsorge anbieten.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Wichtig ist aber auch ein anderes Zeichen, nämlich dass man sich vonseiten der jüdischen Gemeinschaft dadurch, dass man Körperschaften des öffentlichen Rechts gegründet hat, dauerhaft am gesellschaftlichen Leben beteiligt, sich rechtstreu verhält und den verfassungsrechtlichen Grundprinzipien verpflichtet fühlt. Das ist nämlich das Wesen einer solchen Körperschaft. Das finde ich, ist auch ein starkes Bekenntnis. Dieses Bekenntnis der jüdischen Organisationen ist ein wichtiges Bekenntnis und eine wichtige Grundlage für den Vertrag, den wir heute beraten.

Wer den Vertrag durchliest, wird viele Dinge wiederfinden, die es auch in den Staatskirchenverträgen mit den christlichen Kirchen gibt. Einen Punkt sehen wir dabei allerdings kritisch, und auch das muss hier gesagt werden. Dass Glaubensgemeinschaften für Verwaltungsleistungen eine Gebührenbefreiung bekommen, ist nach unserer Auffassung aus der Zeit gefallen. Schließlich bekommen andere gemeinnützige Organisationen auch keine Gebührenbefreiung. Noch nicht einmal die Jüdischen Gemeinden haben eine bekommen, als es diesen Vertrag noch nicht gab. Dass die jüdischen Organisationen hier mit den großen Kirchen gleichgestellt werden wollen, ist aber natürlich auch zu verstehen. Solange eine politische Mehrheit für diese Gebührenbefreiungen besteht, solange müssen natürlich alle Religionsgemeinschaften gleichgestellt werden. Insofern ist diese Passage auch in Ordnung.

Es findet sich in dem heute vorliegenden Vertrag auch eine Regelung, die wir absolut begrüßen, nämlich dass der Vertrag immer fünf Jahre gilt und sich dann automatisch verlängert, aber eben auch von beiden Seiten gekündigt werden kann. Das wird mit Sicherheit nicht geschehen, klar. Aber wir begrüßen es, dass der Vertrag keine Ewigkeitsklausel enthält, die dem Staat Fesseln anlegt. Diese Passagen des Vertrags mit den jüdischen Organisationen sollten ein Vorbild für die Vertragsgestaltung mit den großen christlichen Kirchen sein.

(Vereinzelter Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es gibt in Schleswig-Holstein mindestens seit Ende des 16. Jahrhunderts jüdisches Leben, und zum Glück gibt es dieses Leben durchgehend seit dieser Zeit. Selbst die schlimme Zeit des Nationalsozialismus konnte daran nichts ändern. In Glückstadt, Rendsburg, Lübeck, aber auch in Friedrichstadt gab es starke jüdische Gemeinschaften, die zu Vielfalt und Toleranz beigetragen haben. Wir haben jetzt in Schleswig-Holstein an vielen Ecken wieder diese Gemeinschaften, und darüber können wir wirklich froh sein.

Trotzdem, meine Damen und Herren, ist der Schutz der jüdischen Mitbürger und ihrer Einrichtungen weiterhin eine dauerhafte Aufgabe, die wir als Gesellschaft haben. Wir bekommen etwas, und dann haben wir auch eine Pflicht, nämlich unsere jüdischen Menschen mit ihren Organisationen hier zu schützen. Die Notwendigkeit dazu zeigen immer wieder Anschläge auf jüdische Synagogen, im Übrigen auch in Schleswig-Holstein. Es wurde ja gerade eben ausgeführt, dass in den letzten acht Jahren allein 300 Mal etwas geschehen ist, was wir eigentlich hier in Schleswig-Holstein nicht haben wollen.

Deshalb bleibt es dabei: Wir wollen nicht nur jüdisches Leben in Schleswig-Holstein erhalten - das wollen wir natürlich -, sondern wir wollen es auch schützen, und wir wollen es vor allen Dingen fördern. Wir wollen, dass jüdisches Leben hier in Schleswig-Holstein nicht nur weiter blühen kann, sondern noch viel stärker aufblüht. Der vorliegende Vertrag ist eine richtig gute Grundlage dafür. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/880. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf, Drucksache 19/880, unverändert anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Gesetzentwurf, Drucksache 19/880, einstimmig angenommen.

(Beifall im ganzen Haus)

(Präsident Klaus Schlie)

Wir kommen dann zur Abstimmung zum Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1019 (neu).

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: SSW!)

- Pardon, das ist hier leider nicht mit aufgeführt. Selbstverständlich; ich sage es noch einmal: Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1019 (neu). Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.
- Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, das ist ein wichtiger Tag in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein. Es ist ein deutliches Zeichen gegen jegliche Form von Antisemitismus und Relativierung der Zeit des Nationalsozialismus, woraus sich wiederum schlussfolgern lässt, dass auch andere Dinge, die dort geschehen sind, nicht relativiert werden. Es ist ein guter Tag für ein aktiv gestaltendes, von uns Demokraten begleitetes jüdisches Leben in Schleswig-Holstein. Ich gratuliere allen, die daran mitgewirkt haben, und danke allen. Wir sehen uns ja gleich noch einmal bei der Feierstunde. - Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/746

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/790

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 19/1004

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1048

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Finanzausschusses, dem Abgeordneten Thomas Rother.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verweise auf die umfangreiche Vorlage. Die Abweichungen sind in der Anlage kenntlich gemacht.

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1048, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion, des SSW und der AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse dann über die Vorlagen abstimmen, zu denen der Finanzausschuss Empfehlungen abgegeben hat. Zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/790, empfiehlt der Ausschuss, ihn abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen der SPD und der AfD sowie die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/746, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der SPD und der AfD. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Drucksache 19/1004 angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlausschusses

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1020

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. - Ich höre

(Präsident Klaus Schlie)

keinen Widerspruch. Dann werden so verfahren. Ich weise noch darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag, Drucksache 19/1020, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei den Pro-Stimmen aller anderen Abgeordneten und der Enthaltung der Abgeordneten der AfD-Fraktion ist dann auch die entsprechende Zweidrittelmehrheit gegeben. Ich stelle fest: Damit ist das vorgeschlagene Mitglied des Richterwahlausschusses gewählt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Entscheidung über die Zulässigkeit der „Volksinitiative zum Schutz des Wassers“

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/1016

Ich erteile das Wort der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Festakt möchte ich auf die Vorlage verweisen inklusive der umfangreichen Begründung, die dort auch enthalten ist.

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt die Teilzulassung der „Volksinitiative zum Schutz des Wassers“. Die Einzelheiten entnehmen Sie bitte der Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, über die ich jetzt abstimmen lasse.

Wer der Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, Drucksache 19/1016, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP, CDU und AfD. Wer ist dagegen? -

Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache.

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 19/1041 (neu)

Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/1041 (neu).

Ich weise noch auf eine Ergänzung zu Tagesordnungspunkt 11, Gesetzentwurf zu den Landesmitteln zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden, hin. Hier wird darum gebeten, den Gesetzentwurf zusätzlich zum federführenden Wirtschaftsausschuss mitberatend auch an den Innen- und Rechtsausschuss und an den Finanzausschuss zu überweisen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Voraussetzung für die Abstimmung insgesamt ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar auch nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt also zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlung entsprechend der Sammeldrucksache 19/1041 (neu) mit der soeben vorgetragenen Ergänzung zu TOP 11 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Alle. Das ist dann einstimmig so beschlossen. Ich danke Ihnen ganz herzlich.

Ich darf Ihnen bekanntgeben: Beginn der nächsten Tagung des Landtags ist am Mittwoch, 12. Dezember 2018 um 10 Uhr.

Wir sehen uns morgen um 10 Uhr hier alle im Plenarsaal wieder zu unserer Gedenkveranstaltung.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:32 Uhr

Anhang**Reden zu Protokoll****Entscheidung über die Zulässigkeit der „Volksinitiative zum Schutz des Wassers“**

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/1016

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Wir Grüne unterstützen das Anliegen der Volksinitiative, Fracking zu verhindern. Wir waren immer und sind auch bereit, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die wir dazu haben.

Eine entsprechende Änderung des Landeswassergesetzes, so wie die Volksinitiative sie fordert, könnte helfen, ist jedoch nach Auffassung von Juristinnen und Juristen verfassungsrechtlich unzulässig. Am Ende wird vermutlich eine gerichtliche Entscheidung die notwendige Klärung dieser juristischen Frage bringen. Es geht nicht um eine politische Debatte für oder gegen Fracking. Seit drei Wahlperioden lehnen alle im Landtag vertretenen Parteien Fracking ab. Wir Grüne gehen noch darüber hinaus und lehnen es grundsätzlich ab.

Die PIRATEN haben in der letzten Wahlperiode einen Gesetzentwurf vorgelegt, der in dieselbe Richtung ging wie jetzt die Volksinitiative. Dazu gab es Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes und eine parlamentarische Anhörung. Damals, im

März 2015, haben CDU, SPD, Grüne und SSW diesen Gesetzentwurf abgelehnt. Im Juli 2016 haben die vier Fraktionen ihre Auffassung bekräftigt und gemeinsam beschlossen:

Der Landtag bestätigt seine Beschlüsse „Keine Genehmigung für Fracking in Schleswig-Holstein“ - Drucksache 18/386 - und „Kein Fracking in Schleswig-Holstein“ - Drucksache 18/671. Der Landtag stellt fest, dass einer Novellierung des Landeswassergesetzes aufgrund der konkurrierenden Gesetzgebung einschließlich der insoweit vorgesehenen Abweichungsbefugnis enge Grenzen gesetzt sind.

Der Landtag hält eine Anpassung des Bergrechtes an moderne Umweltrechtsnormen nach wie vor für geboten. Dabei sollte eine hohe Transparenz in den Verfahren sichergestellt sein. Die Verfahren sollten - soweit sinnvoll - auch dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) unterliegen.

Dass SPD und SSW jetzt in der rechtlichen Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit zu einem anderen Schluss kommen, ist inhaltlich wohl kaum zu verstehen, sondern eher mit ihrer neuen Rolle als Opposition zu begründen. Geradlinige Politik geht anders.